

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 1. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 5,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Stimmung des russischen Militärs.

Es ist für jedermann klar, daß die weiteren Schicksale der Revolution in Rußland in höchstem Maße von dem Verhalten des Militärs abhängen. Der Kadavergehorsam, mit dem das Militär in den letzten Wochen, seit dem 29. Januar, den Nordbefehlen der zarischen Besatzung folgte und die ruhige Bevölkerung niedermachte, war immerhin einigermaßen überraschend. Es blieb jedoch abzuwarten, ob diese schändlichen Schlächtereien, ob der Bürgerkrieg selbst nicht auf das Militär aufrüttelnd, auf die bestialische Disziplin demoralisierend wirkt und so für die weiteren unvermeidlichen Zusammenstöße des Volkes mit der bewaffneten Macht günstigere Aussichten schafft. In dieser ungemein wichtigen Frage erhalten wir die nachstehende interessante Korrespondenz aus Offizierskreisen.

Warschau, im Februar. (Fig. Ver.) Ein Offizier gibt uns folgenden Bericht über die „Tätigkeit“ des hiesigen Militärs während des Generalstreiks. Sobald der Generalstreik in Warschau erklärt war, wurde im Militär Alarm geschlagen. Wie immer im Falle der „Unruhen“ wurde die Befehlsmacht dem Kommandanten des hiesigen Festungsregiments, Bogdanow, übergeben. Da er aber zurzeit auf Urlaub war, so vertret ihn der Generalleutnant Kowosiljew. Dieser verfügte sofort, durch Vermittlung Tschertkows, daß folgende Hilfstruppen nach Warschau zusammengezogen werden: Eine Brigade der zweiten Division aus Biela, die Reservebrigade aus Jablonna und Nowominsk, zwei Regimenter Dragoner aus Krasn und ein Regiment Kosaken. So kamen zu den 40 000 Mann des Warschauer Bezirks noch circa 6000 Mann „Hilfstruppen“. Den Soldaten wurden scharfe Patronen gegeben, 120 Stück pro Mann. Den Kompaniechefs wurde empfohlen, ihre Soldaten durch Anreden besonders scharf zu machen. Am Sonnabend, den 8. Januar, wurde eine Sitzung der Abteilungschefs unter Vorsitz von Kowosiljew abgehalten, ein formeller Kriegsrat. . . . Es wurde beschlossen, die Stadt in Bezirke einzuteilen und jedes einem Regiment „anzuvertrauen“, unter Vergebung einer Abteilung Kavallerie. Besonders wurde auch die Frage der Einnahme von Barrikaden ventiliert. Mit einem Wort, man bereitete sich zu einem Kampf auf Tod und Leben vor.

Am anderen Tage begann denn auch der Massenmord. Nach minimalen Berechnungen wurden 200 Menschen getötet. Das Petersburger Regiment der Gardebatalion hat eine ungeheure Zahl von Patronen verschossen; einige seiner Kompanien hatten ihre sämtlichen Patronen verbraucht und nahmen noch welche von anderen dazu. Der Oberleutnant dieses Regiments Petrow hat eigenhändig zwei Menschen erschossen; seiner Kompanie befahl er direkt, auf Gruppen von 5-10 Personen zu schießen. Das Wolhynier-Regiment der Gardebatalion schuß unterwegs, als es aus der Kaserne in die Stadt zog, einfach auf die Passanten auf den Straßen, „übungshalber“. Sie töteten drei Kinder und eine Frau. Neben der Garde zeichneten sich die Gusaren aus, unter der Führung von Fähnrichen, unter denen sich besonders zwei Polen: Dalinski und Pshesdeski, hervorgetan haben. Der erstere dieser beiden überfiel am Sonntag mit seinen Gusaren einen Hochzeitszug bei dem „Europäischen Hotel“ und vernichtete sechs Personen. Der andere zeichnete sich in der Rojow SwiatstraÙe aus. Die Armee glich im heiligen Eifer nicht ganz der Garde. Auf das 183. Grochowter Regiment entfielen 16 Tote und Verwundete, auf das 184. Warschauer Reserve-Regiment ein Toter und ein Verwundeter; das Kurländer Regiment, das die ganze Nacht vom Sonnabend auf Sonntag geschossen hat, hat niemand getötet und niemand verwundet. Aus dem 184. Warschauer Regiment hat sich noch der Unterleutnant Malasjow durch sein Schießen auf Volk hervorgetan. Ein Kapitän hat den strengsten Verweis gekriegt, weil er „Maßnahmen zur Niederhaltung der Unruhen“ unterlassen hätte. Aber dieser Fall blieb vereinzelt. Im allgemeinen ließ sich eine ruhende Harmonie und Allianz zwischen den Offizieren und der Polizei mitsamt den Spitzeln beobachten, wobei die Offiziere manchmal selbst und zwar mit großem Eifer den Pflichten der Geheimpolizei oblagen. So sind bis jetzt fünf Fälle festgestellt worden, wo Offiziere an den Passanten auf der Straße — in zwei Fällen am helllichten Tage — die Leibbesitzungen vornehmen und nach revolutionären Schriften schnüffeln. In der Blotastraße kam folgender Fall vor: eine Kompanie Soldaten marschiert vorbei, an der Spitze ein Offizier, ein Polizeikommissar und ein Spitzel. Letzterer späht unter dem Publikum „die Aufwiegler“ aus. „Sehen Sie — der da — der da!“ flüstert er dem Offizier ins Ohr, auf irgend jemand zeigend, und der tapfere „Marsohn“ stürzt sich in die Menge, greift den „Aufwiegler“ heraus und visitiert ihn eigenhändig. . . . Die formelle Unterstellung der Offiziere unter die Polizei war bereits im Oktober laut einem Armeebefehl des Kommandierenden vollzogen. Der Offizier muß demgemäß den Weisungen der Polizeikommissare folgen und gehorchen. . . . Das Offizierskorps protestierte und murkte „unter sich“ gegen diese Schmach, frontierte wohl im Stillen, ging aber und geht mit der Polizei und den Geandarmen Hand in Hand.

Wen der letzte Generalstreik der Arbeiterschaft hat innerhalb der Offizierskreise einen scharfen Miß hervorgerufen. Alle halbwegs anständigen Elemente unter den Offizieren sprechen sich jetzt in schroffer Weise gegen das herrschende politische Regime aus, gegen die schändlichen Zumutungen, das wehrlose, verzweifelte Volk niederzuzumeheln. Diese besseren Elemente reden jetzt freier von der Leber weg, wagen sich laut mit scharfen Urteilen hervor und sondern sich offen von dem knutentruenen Pöbel im „Noch des Jaren“. Die Ereignisse der

jüngsten Tage revolutionieren eben auch die Offiziere. Diese sind nicht mehr jene stumpfsinnige, gedankenlose, homogene Masse der früheren Tage; es gärt auch schon in dieser Schicht und der frühere politische Indifferentismus ist dahin. Es lassen sich auch bereits die verschiedenen Gruppen und Richtungen wahrnehmen, in die sich die Offiziersmasse differenziert. Es gibt da sichtbar eine Gruppe, die ganz bewußt der großen Volksmasse in Rußland feindselig gegenübersteht und über den engen Zusammenhang der eigenen Interessen mit denen der herrschenden Clique des Absolutismus sich klar ist. Diese Gruppe kämpft gegen den „inneren Feind“ mit voller Ueberzeugung, als gegen den Feind auch der eigenen Klasse. Sie ist besonders stark in der Garde und der Kavallerie, den beiden von der Regierung am meisten bevorzugten und gehätschelten Truppengattungen. Mit dieser dunklen Nacht wird man sehr rechnen müssen.

Unter den Mannschaften läßt sich dieselbe Gruppierung in verschiedenen „Lager“ bemerken. Die Mehrzahl der Unteroffiziere und der übrigen soldatischen „Obrigkeit“ ist der Volksbewegung feindselig gestimmt, weil sie mit dem Mutterboden des Dorfes, mit der Heimat jede Fühlung verloren haben. Dafür empfindet die übergroße Mehrheit der Soldaten den Militärdienst und insbesondere die Rolle der Wörder des wehrlosen Volkes als eine unerträgliche Pein. Ueber die Ursachen und den Charakter der Unruhen urteilen die Soldaten meistens so: „Das Volk wird rebellisch, weil es hungert“. Aber die Furcht vor den Vorgesetzten und die Unklarheit über den wirklichen Sinn der Ereignisse, das Fehlen der lebendigen Fühlung mit der Bevölkerung (in Rußland werden die Soldaten möglichst weit von ihren Heimatorten garnisoniert, so daß in jeder Gegend wildfremde Landsmannschaften unter den Waffen stehen. D. Red.) und viele andere Momente wirken dahin, daß schließlich der Soldat, wenn auch mit schwerem Herzen, Gehorsam leistet und gegen das Volk vorgeht.

Und doch, mit welcher Gier fangen sie jedes aufklärende Wort an! Mit welcher Leidenschaft fähren sie sich über jedes „verbotene“ Schriftchen! In Neu-Alexandrien wandte sich neulich der Kommandeur des 71. Bielower Regiments während einer Parade an die Soldaten mit folgender Ansprache: „Brüder! Bald kommt vielleicht an uns die Reihe, gegen die Japaner loszugehen. Wollen wir dann für Wänterchen — Rußland, für Wänterchen — Jaren brav stehen! Wollen wir die Ehre des Bielower Regiments hochhalten!“ Darauf das ganze Regiment wie aus einem Munde schrie: „Nein, wir gehen nicht in den Krieg!“ Was für Folgen dieser Zwischenfall haben wird, ist noch unbekannt.

In einem anderen Briefe wird über denselben Fall noch folgendes berichtet:

Neu-Alexandrien (Pulawy auf polnisch). (Fig. Ver.) Hier steht das 71. Bielower Regiment, in dem es stark gärt. Neulich haben die Soldaten auf eigene Faust und ohne Vorwissen des lokalen Komitees der Sozialdemokratie Rußisch-Polens beschlossen, ihre Unzufriedenheit in irgend einer Weise zu manifestieren. Als das Regimentsschießen kam, gaben sämtliche Soldaten, auf den Befehl, zum Ziel zu schießen, Feuer in die Luft. Man wiederholte den Befehl und wieder zielten die Soldaten in die Höhe, nicht eine Kugel traf ins Ziel. Der Vorfall hatte bereits lebhafteste Erregung in der Obrigkeit hervorgerufen. Kurz darauf wurde das Regiment in Paradestellung aufgestellt und der Regimentsschef wandte sich an die Soldaten mit einer „patriotischen“ Rede, in der er über die „Rebellion“ in Rußland sprach und gegen den „inneren Feind“ und auch die Japaner anfeuernte. „Die Japaner“, sagte er, „haben uns Port Arthur und viele andere Festungen weggenommen, aber ich hoffe, daß wir, das Bielower Regiment, von dem Feinde alles wieder zurückerobert werden.“ Noch war unser Cicero nicht weiter gekommen, als das ganze Regiment den lauten Ruf erhob: „In den Krieg gehen wir nicht!“ Der Regimentsschef stand, wie vom Blitz getroffen, einige Minuten, dann erholte er sich und wollte fortfahren in der Rede, worauf jedoch die Rufe ertönten: „Fort mit dem Kriege!“ Nach diesem Ereignis händigte eine Gruppe Soldaten dem Kommandierenden einen Brief ein, in dem sie ihm erklärten, daß er von seinem Regiment „zum Tode verurteilt sei“ — zur Strafe für seine Soldatenschänderei. Bald gab es eine neue unerhörte Aufregung: die Soldaten haben eine Demonstration mit roter Fahne veranstaltet und die „Dubnischla“ gesungen, worauf sie ruhig auseinandergingen. Die Obrigkeit, die ganz bestürzt ist, nahm noch keine Verhaftungen vor. Nur ein Soldat ist auf direkte Denunziation festgenommen worden.

Aus demselben Regiment wurden zwei Kompanien nach Kielec geschickt zur Aufrechterhaltung der „inneren Ordnung“ an Stelle des dortigen Militärs, das nach der Mandtschurei gezogen war. Während der jüngsten Arbeitererhebung erhielten die Soldaten Befehl, auf das Volk zu schießen. Die zwei Bielower Kompanien verweigerten den Gehorsam, während die übrigen schossen. Als darauf ein Bielower Soldat als „Aufwiegler“ verhaftet werden sollte, revoltierten die sämtlichen übrigen Kameraden und forberten entweder die Freilassung der „Aufwiegler“ oder die Verhaftung der beiden Kompanien. Man ließ einstimmen den Verhafteten frei, die „Obrigkeit“ weih offenbar nicht, was sie mit der rebellischen Mannschaft anfangen soll, da das gesamte Regiment „insiziert“ ist.

Aufruf der streikenden Arbeiter Rußlands an die Arbeiter der freien Länder.

Die russische Arbeiterschaft verbreitet soeben, wie uns aus Petersburg geschrieben wird, einen Aufruf „An die Arbeiter der freien Länder“, der folgenden Wortlaut hat:

Genossen, Arbeiter Frankreichs, Deutschlands und der anderen freien Länder!

Wir, Arbeiter Rußlands, haben beschlossen, gegen unsere größten Feinde loszuschlagen: gegen die Monarchie und den Kapitalismus, mit denen auch ihr viel zu kämpfen genötigt wart und genötigt seid, indem ihr zahlreiche Opfer für ein besseres Leben bringt. Den leiblichen Hunger kann man ertragen; der geistige, der moralische Hunger sind aber unerträglich, und wir haben beschlossen, den teuersten Preis zu bezahlen, um Rechte zu erlangen, die Euch schon lange eigen sind, und in dieser Absicht haben wir einen allgemeinen Streik veranstaltet, in dessen Verlauf wir uns an den Jaren mit einer friedlichen Petition gewandt haben, in der wir unsere unerläßlichen Forderungen niedergelegt haben. Unser Jari hat aber nicht uns anhören wollen, und befahl, auf die friedlich gestimmte waffenlose dreihunderttausendköpfige Menge der Arbeiter, die bei ihm Schutz und Gerechtigkeit suchten, zu schießen.

Die Regierung widersteht sich dem Willen des Volkes und hat beschlossen, um jeden Preis den Krieg fortzusetzen. Darum hat sich unsere Regierung mit Bestellungen für Waffen und Munition, die infolge des Streiks bei uns nicht ausgeführt werden können, an Euch gewandt.

Genossen! Ist es möglich, daß Ihr uns nicht unterstützt? Ihr raubt uns die Möglichkeit weg, den Streik fortzusetzen, der in unseren Händen die einzige Waffe ist, um den Kampf gegen das Joch des Kapitals und des Absolutismus fortzusetzen.

Genossen! Jetzt ist der große Augenblick im Leben der Völker gekommen, wo das Wort von Karl Marx „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ zur Parole des gesamten Arbeitervolks werden soll, und die Proletarier der ganzen Welt einander helfen sollen, um ihre heiligen Rechte auf Leben zu schützen.

Die streikenden Arbeiter.

Es ist außerordentlich schwer, festzustellen, wo im Ausland militärische Lieferungen für Rußland hergestellt werden, da sie naturgemäß mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben werden. Derartige Lieferungen gelten — nach den vorgezeichneten Auffassungen des Völkerrechtes — auch dann als eine Verletzung der Neutralität, wenn sie von privaten Unternehmern hergestellt werden. In erster Linie hätten also auch die Regierungen Anlaß, wachsam zu sein, daß die heimische Industrie keine Waffen für Rußland liefert, und es wird die Aufgabe der Arbeiter sein, die Regierungen zu dieser Wahrung der Neutralität zu zwingen. Auch die Arbeiter in den in Betracht kommenden Werken werden den Geschäften der Unternehmer eine noch erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen, damit sie verdächtige Fälle ermitteln.

Gorkis Präventiv-Verbannung.

Aus Petersburg meldet die Petersburger Telegraphenagentur: Maxim Gorki ist gestern gegen eine Kaution von 10 000 Rubel in Freiheit gesetzt worden. Die Kaution hat der Moskauer Fabrikant Sawwa Morosow hinterlegt. Gorki ist Riga als Aufenthaltsort angewiesen worden.

Die Freilassung ist offenbar darauf zurückzuführen, daß Gorki schwer erkrankt ist und man die Verantwortung für die möglichen Folgen doch scheut! Gorki ist also auf dem Wege einer Präventiv-Verbannung nach Riga als Zwangswohnort geschickt worden; er darf diesen Ort nicht verlassen.

Gorki ist aber nur einer von den Tausenden, die in russischen Aerkern schmachten: Arbeiter und Studenten, Schriftsteller und Professore, zum Teil von Weltalt und hohem Alter, befinden sich noch hinter Gittern.

Der Eisenbahner-Ausstand

ist noch nicht beendet. Man hofft ihn in Rußisch-Polen durch Entgegenkommen zum Ende zu bringen. Aus Warschau wird in dieser Beziehung telegraphiert:

Warschau, 28. Februar. Die Delegierten der Verwaltung der Weichselbahnen beschlossen in einer bis 4 Uhr morgens dauernden Sitzung, die Mehrzahl der Forderungen der Werkstätten- und Depotarbeiter zu erfüllen, um den Ausstand zu beenden. Heute beginnt der Bahnverkehr.

Kriegsrecht.

Warschau, 28. Februar. Hinsichtlich der zahlreichen Angriffe, die von bewaffneten Personen auf Polizei-Agenten ausgeführt werden, ist angeordnet worden, daß alle, die sich gegen die Sondervorschriften betreffend den verstärkten Schutz vergehen, durch Kriegsgerichte nach dem Kriegsrecht abgeurteilt werden sollen.

Man will also Personen, welche sich gegen die Angriffe der Polizisten wehren, standrechteln!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Reichstag.
In der Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte hatten am Dienstag die halben Freunde und ganzen Feinde einer weiteren Ausgestaltung der staatlichen Sozialpolitik das Wort. Zunächst begeisterte sich der konservative Abg. P a u l i für den

allgemeinen Befähigungsnachweis der Handwerker und forderte im Namen der Koalitionsfreiheit Ablehnung unseres Antrages, der Strafen für diejenigen Unternehmer festsetzt, die ihren Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich machen. Man kennt die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren von der Zuchthausvorlage her. Noch weiter ging der antimilitärische Abg. Pruhn; fast schlug er vor, dem Staatssekretär das Gehalt zu verweigern, weil er es sei, der die Sozialpolitik in Deutschland vorwärtstreibe. Im übrigen kämpfte er auf die Warenhäuser, die Juden, auf die übertriebene Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums, und so fort im Tone des letzten Pückerfreundes. Verständiger sprach der antimilitärische Vertreter der anderen Richtung, Abg. Raab. Er weiß doch wenigstens, auf dem Gebiete seiner eigenen Erfahrung, die schweren Mißstände zu erkennen, unter denen die Arbeiter leiden und trat daher für gesetzlichen Schutz der Seeleute wie der Binnenfahrer und der Handlungsgehülften ein. Die Nationalliberalen schickten, dem Beispiele des Zentrums folgend, als ersten Redner in der sozialpolitischen Debatte einen Redner dritter und vierter Garnitur vor. Ihr heutiger Wortführer, der Abg. Dürwinkler, beschränkte sich fast ausschließlich darauf, zu einigen der 21 vorliegenden Resolutionen Ja oder Nein zu sagen und gegen eine weitere Beeinträchtigung des Hausierhandels zu polemisieren. Alles andere überließ er dem „Größeren, der nach ihm kommen soll“. Auch der Abg. Eichhoff verwies auf den großen Ruck, der nach ihm freisinnige Sozialpolitik vortragen wird. Er selbst begründete nur den vernünftigen Antrag, die Oberrealschulabiturienten zum medizinischen Studium zuzulassen, und sond damit bei allen Fraktionen und bei der Regierung Zustimmung. Dann unternahm es Graf Posadowsky, auf die in der Debatte berührten zahlreichen Gegenstände und die in 21. Resolutionen niedergelegten Forderungen der Parteien die Antwort der Regierung zu geben. Sie lautet natürlich bei fast allen: Erwägung. Ganz scharf und bestimmt sprach sich Graf Posadowsky nur gegen die Einführung des Befähigungsnachweises aus. Er erklärte sie im Namen aller Regierungen für gänzlich undenkbar und mahnte die Handwerker, endlich ihr unvernünftiges Streben nach Rückkehr ins Mittelalter aufzugeben. Nebenbei aber fördert die Regierung diese reaktionären Bestrebungen, indem sie, statt einen wirklichen Bauarbeiterchutz zu gewähren, durch die zwecklose Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe die erschreckend hohe Zahl der Unfälle herabzumindern sucht. Schließlich verlor sich Graf Posadowsky wieder in allgemein staatsphilosophische Ausführungen, zu denen er eine starke, aber nicht sehr glückliche Liebe hat. Er deutete an seinen früheren Aeußerungen über den durch die Kapitals-Assoziationen bewirkten Fortschritt herum, um dem Widerspruch, den sie bei der Reden, und der Zustimmung, die sie bei anderen finden konnten, zu begegnen. Graf Posadowsky wollte damit die sozialpolitische Untätigkeit der gegenwärtigen Regierung gerade auf den wichtigsten Gebieten rechtfertigen. Herr Pache von der freisinnigen Vereinigung, der nach ihm sprach, war so mancherlei, daß er jede gezielte Forderung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter für unmöglich erklärte. Trotzdem mußte sich der Staatssekretär von ihm sagen lassen, daß das Unternehmertum in Deutschland die etwägliche Grenze seiner Macht längst überschritten habe. Im übrigen trat Dr. Pache für die Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiterschaft ein.

Für die nächste Sitzung schlug der Abg. Dr. Müller-Sagan Abhaltung eines Scherminstages vor. Der Präsident und das Zentrum wollten aber, um den Etat rechtzeitig oder wenigstens vor Ostern fertig zu stellen, ohne Aufenthalt in der Statberatung fortfahren. Zu einer Entscheidung kam es heute noch nicht, da der freisinnige Redner seinen Antrag, der auch von den Konservativen unterstützt wurde, bis zum Freitag zurückstellte. Mittwoch wird also die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern weitergeführt werden.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das preussische Abgeordnetenhause setzte am Dienstag die zweite Beratung des Kultusetats bei den auf die Ostmarkenzulage bezüglichen Positionen des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“ fort. Der bereits mitgeteilte Antrag, der die Zulage für die Volksschullehrer erhöhen will, wurde abgelehnt, nachdem die Regierung es für untunlich erklärt hatte, zugunsten einer einzelnen Kategorie von Beamten das System der Ostmarkenzulage zu durchbrechen.

In der weiteren Debatte über das Elementar-Unterrichtswesen kam es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Freunden und den Gegnern der konfessionellen Volksschule. Zwischen durch übte Abg. Sackenberg (nat.) Kritik an der mangelhaften Fürsorge des preussischen Staates für das Mädchenschul-Bildungsweien und an der aus Konnivenz gegen das Zentrum geübten Verhinderung von Schul-Verbüchern. Die Antwort des Regierungsvertreters war charakteristisch: Da die Gemeinden die Pflege des Mädchenschul-Bildungsweiens in die Hand genommen haben, braucht der Staat sich nicht darum zu kümmern; Geld hat er dafür nicht übrig, wohl aber will er alle Rechte für sich in Anspruch nehmen. Die Gemeinden haben den Mund zu halten und zu zahlen. So will es die altpreussische Tradition.

Nachdem das Haus schließlich einen freikonservativen Antrag auf Gleichstellung der Ferien an den höheren Schulen mit denen an den Gemeindeschulen abgelehnt hatte, vertagte es die weitere Beratung des Kultusetats auf Mittwoch.

Der Streikunfall.

Durch die Untersuchung ist demnach festgestellt, daß irgend welche Mißstände, welche das Eintreten der Belegschaft in den Ausstand rechtfertigen oder begründen könnten, nicht vorliegen haben.

So resümiert sich wieder eine Untersuchungskommission; diesmal die für Sachat 1 der Reihe „Prosper“ in Vorbed, die aus den Herren Oberberggrat Pommer, Bürgermeister Fried. Landrat Smethlage und Bürgermeister Heinrich bestand.

So kommt eine der Untersuchungskommissionen nach der anderen zu dem Schlusse, daß der Streik ein lächerlicher Unsinn, bestenfalls ein betrieblendes Mißverständnis war.

Die alte Polizeibelehrung! Ausländer, Fremde sind's zumeist, die unter uns gefast den Geist der Revolution. Der Fortschritt besteht lediglich darin, daß man heut unter drohenden Phrasen von sozialer Gerechtigkeit die armen Mißleiteten glauben machen will, man habe keine größeren Sorgen, als das Wohl der Unterdrückten zu fördern. Ehemals verbot man den „Raisonneurs“ einfach das Maul.

Nur schade, daß diese kindische Methode, die Unzufriedenheit durch Untersuchungen wegzubeweisen, heut noch nutzloser ist wie ehemals das Maulverbieten.

Wenn die herrschenden Parteien samt ihrer Regierung mit den Resultaten ihrer Untersuchungskommissionen Geschäfte zu machen gedenken, dann beneiden wir sie nicht um ihre Illusionsfähigkeit. Klüger wäre es aber auf alle Fälle, sie nähmen den Streik und die Forderungen der Bergarbeiter als eine ebenföliche ernste Tatsache, wie sie die Arbeiterbewegung überhaupt als Tatsache zu nehmen gezwungen sind. Mit Untersuchungen, die immer wieder mit Befriedigung feststellen, daß kein Grund zur Unzufriedenheit vorliegt, betrügen sie doch lediglich sich selbst. Aus der Welt geschafft wird damit der Grund zur Unzufriedenheit so wenig wie die Arbeiterbewegung.

Wir wissen nicht, ob die Regierung von der Arbeit ihrer Untersuchungskommissionen erbaut ist. Wir sollten aber meinen, sie könnten ihr nicht unangenehm sein. Denn entweder kommt sie dadurch in die unangenehme Lage, daß die Kohlenherren ihr sagen, die versprochenen Geleise zum Schutze der Arbeiter seien ganz unnützlich, sie wolle der „Industrie“ ohne jeden ersichtlichen Grund Lasten auferlegen, sie handle kopfslos und tue Dinge, zu denen kein Grund vorliege oder sie muß ihre den Arbeitern gegebenen Versprechungen unerfüllt lassen. Davon aber wird sie sich doch wohl auch keinen Vorteil für das sogenannte Staatswohl versprechen. Die Regierung wird sich keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß wir ihr kein Lipfeln von ihren Versprechungen schenken werden und daß wir das, was sie den Bergarbeitern gewähren wird, einer sehr gründlichen Prüfung unterwerfen werden.

Die Regierung wird also sehr schlecht bedient von ihren Untersuchungskommissionen. Sicher liegt aber das mehr an der Regierung selber. Wenn es ihr darum zu tun gewesen wäre, sich über die Ursachen des Streiks zu unterrichten, dann hätte sie wohl auch die geeignete Form der Untersuchung und die geeigneten Leute gefunden, um diese Arbeit zu leisten. Was sie getan hat, ist ein schlechtes Polizei-Bureaukratenkunststückchen. Von sozialer und politischer Einsicht zeigt es keine Spur.

Am wenigsten können davon die bürgerlichen Sozialreformer erbaut sein. Die Hoffnung, daß eine bürgerliche Regierung sogenannte berechtigte Forderungen der Arbeiter anerkennen und soziale Friedensarbeit leisten könnte, muß ihnen doch nach solchen Erfahrungen vollkommen schwinden. Eine Regierung, die über einen solchen gewaltigen Ausbruch sozialer Empörung, wie es der Ruhrstreik gewesen, eine Polizeiuntersuchung anstellt, deren Resultat die Entdeckung ist, daß der ganze Streik Unsinn war, zeigt doch eine geradezu kindliche Stillsichtigkeit und Unfähigkeit den Forderungen der Zeit gegenüber. Sie wird „die Mächte des Umsturzes“ nicht bannen.

Deutsches Reich.

„Journalistisches Vuschleppertum.“

Der Chefredakteur der „Berliner Volks-Zeitung“ schickte uns folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“
richte ich hierdurch das Erluchen, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Verächtigung zu veröffentlichen:
„Es ist nicht wahr, daß wie wir in Nr. 50 des „Vorwärts“ berichtet, die „Berliner Volks-Zeitung“ in bezug auf die Obstruktion der italienischen Eisenbahner allerhand Geschichten über die brutale Selbsthülfe des Publikums gebracht und hinzugefügt habe:
„Man kann es den Reisenden nicht verdenken, wenn sie für solche Schikanen prompt Anschluß suchen.“
Dieser Satz hat nie und nirgends in der „Volks-Zeitung“ gestanden.“
Karl Bollrath,
Chefredakteur der „Berliner Volks-Zeitung“.

Während sich Herr Bollrath, der Chefredakteur der „Volks-Zeitung“, als alter einsichtiger journalistischer Praktiker mit dieser Verächtigung begnügt, die uns sogar liebenswürdig der Mühe überheben sollte, selbst eine Form der Revolution zu finden, poltert die Redaktion der „Volks-Zeitung“ in verblüffend täppischer Weise darauf los. Sie veröffentlicht an der Spitze ihres heutigen Abendblattes einen Artikel, in dem sie in geradezu beispielloser Behemung über den „Vorwärts“ herfällt. Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Wie der „Vorwärts“ lügt.“ Seine Tonart kennzeichnen folgende Stillschriften: „Perfide und gewissenlose Fälschungen“, „schamloseste Chribchneiderei“, „journalistische Vuschlepperei“. Die „Volks-Zeitung“ gibt sich damit also den Anschein zu glauben, daß der „Vorwärts“ mit vollem Bewußtsein ihr etwas „angedichtet“ habe, was sie nie und nimmer geschrieben habe.

Es ist auch richtig, daß der betreffende Satz sich in der „Berliner Volks-Zeitung“ nicht befindet hat. Ein Versehen hat und diesen Satz der „Volks-Zeitung“ zuschreiben lassen, während er in Wirklichkeit in dem „Berliner Tageblatt“ gestanden hat. Dies an sich bedauerliche Versehen ist darauf zurückzuführen, daß die „Berliner Volks-Zeitung“ infolge der gleichen Schriftarten typographisch genau daselbe Bild bietet, wie das „Berliner Tageblatt“. Auch die Farbe ihres Papiers läßt sich namentlich bei künstlichem Licht nur schwer von dem des „Berliner Tageblattes“ unterscheiden. Da wir nun aus beiden Blättern Auschnitte gemacht hatten und an diese Auschnitte unsere Bemerkungen knüpfen, ist die Verwechslung eingetreten, über die sich die „Berliner Volks-Zeitung“ so furchtbar entziffert. Diese Verwechslung wurde noch dadurch begünstigt, daß die „Berliner Volks-Zeitung“ einen Teil jenen Stimmungsbildes, der auch im „Berliner Tageblatt“ gestanden, in ihren Spalten abgedruckt hatte. Dies Versehen mußte ja der „Berliner Volks-Zeitung“ selbstverständlich unangenehm sein; aber die Anschuldigung, daß wir mit Absicht eine „Fälschung“ begangen hätten, ist so absurd, daß sie nur im Zustande deliranter Wut erhoben werden konnte. War es doch ganz selbstverständlich, daß eine solche „Fälschung“ am anderen Tage von dem angegriffenen Blatte sofort entdeckt werden mußte und daß infolgedessen der „Vorwärts“ nach 24 Stunden genötigt war, seinen Irrtum vollständig zurückzunehmen. Bei ein ganz klein wenig Vernunft und journalistischem Aufstandesgefühl hätte das auch die Redaktion der „Berliner Volks-Zeitung“ einsehen müssen. Aber statt sich mit einer unerschrockenen energischen Zurückweisung zu begnügen, stellt sich die „Volks-Zeitung“ veranlaßt, den „Vorwärts“ gleich mit ganzen Kübeln von Unrat zu begießen. Auf welcher Seite infolgedessen, um einmal diesen Ausdruck der „Berliner Volks-Zeitung“ zu gebrauchen, das „journalistische Vuschleppertum“ liegt, können auch wir ruhig dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ meint in ihrer Schimpfkanonade, der „Vorwärts“ habe sich in seinem „kindischen Hass“ gegen die „Volks-Zeitung“ dazu verhalten lassen, die „perfide und gewissenlose Fälschung“ zu begehen. Der „Vorwärts“ weiß sich vollständig frei von irgend welchem Hass gegen das Blatt. Der „Vorwärts“ hat der „Volks-Zeitung“ niemals etwas in den Weg gelegt; erst als die Firma Rosse das ehemals als anständig geltende Blatt dazu mißbrauchte, um in Massen Streikbrecher-Inserate in den Kreisen des arbeitenden Publikums zu verbreiten, hat der „Vorwärts“ dies schandbare Verfahren angezweifelt. Die Redaktion der „Volks-Zeitung“ hat seinerzeit erklärt, daß sie sich in ihrer redaktionellen Haltung durch den Verlag der Firma Rosse nicht im geringsten beeinflussen lasse. Wir hatten das auch niemals behauptet, sondern lediglich die schamliche Tatsache gebremst, daß in einem „demokratischen“ Blatte eine solche doppelte Wuchsführung geübt werde, daß ein kapitalistischer Verlag den arbeiterfreundlichen Inhalt des redaktionellen Teils als Köder benutzte, um seine Streikbrecher-Inserate an den Mann zu bringen. Erst in der Abwehr gegen törichte Anrempelungen der

„Volks-Zeitung“ haben wir auch die Bemerkung gemacht, daß es nicht gerade von hoch entwickeltem journalistischen Anstand zeugt, sich von einem kapitalistischen Verlag für unlaute geschäftliche Zwecke als Lockvogel benutzen zu lassen. Diese Bemerkung dürfte dann allerdings die Redaktion der „Volks-Zeitung“ mit jenem „kindischen Hass“ erfüllt zu haben, den das Blatt jetzt dem „Vorwärts“ andichtet.

Wenn übrigens die „Volks-Zeitung“ in ihrem Artikel behauptet, sie habe mit keiner Silbe gegen die Eisenbahner Partei genommen, sondern lediglich ein nur Tatsachen enthaltendes Telegramm über das gebracht, was zurzeit in Italien auf dem Eisenbahngebiete vorgeht, so spricht sie die Unwahrheit. Der Bericht des „Berliner Tageblattes“, den die „Volks-Zeitung“ in ihrer Nummer 98 abdruckte, stellte keineswegs einen nackten tatsächlichen Bericht dar, sondern vielmehr ein Stimmungsbild, das ganz offensichtlich zu Ungunsten der Eisenbahner gefärbt war. Und zu dieser gegen die Eisenbahnarbeiter Stimmung machenden Korrespondenz wußte die „Volks-Zeitung“ keine geistreichere Bemerkung zu machen, als die, daß dieser Kampf „wenigstens das gute habe, daß die entsetzlichen schmutzigen italienischen Eisenbahnwagen wenigstens einmal gründlich gereinigt würden“. Diese sozialpolitisch tiefsinnige Bemerkung sollte offenbar die „wohlwollende Neutralität“ der „Volks-Zeitung“ gegenüber den Eisenbahnern ausdrücken! —

Kriegsvereine als Wahlmacher.

Die Wahl des konservativen Abgeordneten Winkler im Wahlkreis Merseburg-Querfurt beschäftigte am Dienstag die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages sehr lebhaft, weil ein sozialdemokratischer Wahlprotest eine terroristische Wahlbeeinflussung seitens der Kriegsvereine nachwies. Bei der Hauptwahl hatten 4 Stimmen erhalten: Winkler 10 647, Mittag, Soj., 8168, Fischer, Freil., 6774; bei der Stichwahl Winkler 15 141, Mittag 10 039. Auf Grund des Protestes wurde als Ersatz erachtet, daß in Venedorf gar kein Stimmraum eingerichtet war und daß in Eliaum die Wahlhandlung zu früh geschlossen worden war. Als Kuriosum sei bemerkt, daß in einem Ort ein Klavier als Stimmraum benützt wurde. Eine ausgedehnte und lebhaft Debattirte rief jedoch die Tatsache hervor, daß der Vorsitzende des Kreis-Kriegsvereins in Merseburg ein gedrucktes Flugblatt ausgegeben hat, in dem er allen Kriegsvereinen „unter allen Umständen“ verbietet, bei der Wahl für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, und dieses Verbot mit der Drohung begleitet, daß Verstöße hiergegen den rücksichtslosen Ausschluß aus den Kriegsvereinen unter Verlust aller Vermögens-, Unterhaltungs- und Sterbekassen-Ansprüche bedingen“. Von nationalliberaler, konservativer und antisemitischer Seite wurde bestritten, daß diese Kriegsvereinsliche Beeinflussung als eine unstatthafte zu betrachten sei; ja, der nationalliberale Abg. Wallau meinte, es sei eine Pflicht der Kriegsvereine, auf Grund ihres Status gegen die Sozialdemokratie, als einer staatsfeindlichen Partei, die Kriegsvereinsliche Wähler zu harangieren. Von sozialdemokratischer Seite wurde dagegen eingewendet, daß es keinem Kriegsvereinslichen den Namen sei, gegen die Sozialdemokratie zu agitieren, aber etwas anderes sei es, daß der Vorstand des Kreis-Kriegsvereins, der staatsfeindlich organisiert, staatslich bevorzugen und seinem Status nach unpolitisch sein sollte, den Mitgliedern mit dem Ausschluß unter schweren vermögensrechtlichen Nachteilen drohe, wenn sie sozialdemokratisch wählten. Die Balkanischen Ausführungen führten zu einer Ausnahmestellung der Sozialdemokratie, die bei allen gesetzlich garantierten Vorgängen im Staate, speziell bei der Reichstagswahl, Gleichberechtigung mit anderen Parteien beanspruche. Auch das Zentrum und andere Parteien seien früher als reichsfeindlich bezeichnet und Kriegsvereine gegen sie gehetzt worden, deshalb habe der Reichstag früher mehrfach Wahlen für ungültig erklärt. Obwohl die Mehrheit der Kommission — Zentrum, Sozialdemokratie und Freisinnige — der Meinung war, daß bezüglich der vom Protest nachgewiesenen Beeinflussung der früher festgelegte Standpunkt der Kommission zu gelten habe, entschied sich die Kommission doch dahin, zunächst die Wirkung dieser Beeinflussung festzustellen und deren ziffermäßiges Resultat zu ermitteln. Die sofort angestellten Ermittlungen und Feststellungen führten dann zu dem Beschluß, die Wirkung der Kriegsvereinslichen Beeinflussung keine so große sei, daß nach Abzug aller in Betracht kommenden Stimmen die Mehrheit Winklers besiegelt werde. Die Wahl sei darum als gültig zu erklären. Aus diesem Grunde lehnte es dann die Kommission ab, die prinzipielle Seite der Frage weiter zu diskutieren. —

Woher die Unternehmungen für die streitenden Bergarbeiter gekommen sind, darüber machte Genosse Hue in einer Veranmlung im Bochum wichtige Mitteilungen. Beim politischen Gewerksverein 8000 M. oder 80 Pf. auf den Kopf der Mitglieder ein, beim christlichen Gewerksverein 250 000 M. oder 6,50 M. auf den Kopf, beim alten Verbands 1 400 000 M. oder 23 Pf. auf den Kopf. Die beim alten Verbands eingezogenen Summen stammten fast ausschließlich von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. —

Adlige Strafreform. Der Vorstand der Deutschen Adelsgenossenschaft hat folgenden Antrag an den Staatssekretär des Reichs-Justizamts gerichtet:

Die hohe Regierung wolle dahin wirken, daß: 1. der § 31 des Strafgesetzbuches durch eine Vorchrift ergänzt werde, wonach die Verurteilung zur Zuchthausstrafe außer den bereits gesetzlich vorgezeichneten Rechtsfolgen auch den dauernden Verlust des Adels bewirkt; der § 33 des Strafgesetzbuches durch eine Vorchrift ergänzt werde, wonach die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte außer den bereits gesetzlich vorgesehenen Rechtsfolgen auch den dauernden Verlust des Adels bewirkt. 2. Das Wort „Adelspräbikate“ im § 300 Ziffer 8 des Strafgesetzbuches durch einen Begriff ersetzt werde, welcher nicht nur die unbefugte Annahme von Adeltiteln, sondern auch von adeligen Wappen und Kronen unter Strafe stellt.

Man kann es natürlich begreifen, daß die Adelsgenossenschaft ein Interesse daran hat, die adlige Kriminalstatistik zu vermindern; aber das Mittel, das sie vor schlägt, ist doch etwas sehr unbedenklich. Denn dieser Antrag erfordert naturgemäß eine Ergänzung dahin, daß nun alle mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestrafte Personen nichtadliger Herkunft in den Adelsstand versetzt werden. Das erst ist ausgleichende Gerechtigkeit! —

Im dem Großherzogtum Sachsen-Weimar, 27. Februar. (Fig. Ver.) Im Landtag beantwortete heute der Departementschef v. Burm die Interpellation des Abg. Wandert wegen Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. das Vereins- und Versammlungsrecht. Die Regierung habe bisher eine derartige Vorlage deshalb noch nicht ausgearbeitet, weil in letzter Zeit sich immer deutlicher das Bestreben nach einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsweiens bemerkbar gemacht habe. Da aber in Eliaf-Lotbringen jetzt die Vorarbeiten zu einem solchen Gesetz gemacht seien und die Verwirklichung eines Reichsgesetzes nicht so bald zu erwarten sein werde, wolle die Regierung die eliaf-lotbringischen Bestimmungen in Anwendung ziehen und bei der baldigen Vorlage des gewünschten Gesetzentwurfs berücksichtigen. —

Landtagswahl in Lippe-Deimold. Aus Lemgo meldet uns ein Privattelegramm: Im 6. Landtags-Wahlkreis erhielt Dr. Neumann-Hofer (nationalsozialer Diesterfelder) 1344, Meier Jöbst (fr. Sp.) 776, Wilhelm Strate (Soj.) 107 Stimmen. —

Trepows Regiment in Deutschland. In München wollten zwei Russen einen Wohltätigkeitsabend für die Opfer des 22. Januar veranstalten. Sie hatten, wie die „Münchener Post“ berichtet, alle Vorbereitungen getroffen, als die Veranstaltung verboten wurde, und zwar hieß es in der Begründung:

Hierbei war die Erwägung maßgebend, daß die Veranstaltung schon an sich des demokratischen Charakters nicht vollständig entbehrt und daß dieser Charakter nach den am 17. d. M. in Moskau erfolgten Ereignissen noch in erhöhtem Maße hervortritt. Letztere stehen aber nicht nur mit der

berzogenen revolutionären Bewegung in Russland überhaupt, sondern insbesondere auch mit den Petersburger Vorgängen vom 22. Januar d. J., aus deren Anlaß gerade die nachgeordnete Veranlassung besteht, in unzulänglichem engem Zusammenhang. Aus diesen Gründen kann daher im Interesse der öffentlichen Ordnung sowie des Anstandes und der guten Sitte die Genehmigung zu öffentlichen Lustbarkeiten, Tanzmusiken usw. nicht erteilt werden.

Es widerspricht also dem Anstandsgefühl und der guten Sitte der bayerischen Polizei, daß man für die Opfer einer grauenhaften Menschenfescherei durch künstlerische Veranstaltungen Gelder sammelt. Ob sie wohl eine Totenfeier für Sergius auch unanständig finden würde? —

Kolonial-Bestialität.

Das „Hamburger Echo“ meldet: Mit dem von D i s t r i k t hier angekommenen Dampfer „Herzog“ ist hier unter polizeilicher Begleitung ein gewisser Karl Freitag eingetroffen, der in der Nähe von Dar-es-Salaam eine Farm besessen und sich dort schrecklicher Grausamkeiten gegen Eingeborene schuldig gemacht hat. So hat er u. a. einen Schwarzen an einen Baum gebunden und den Mann dann verhungern lassen! — Einem anderen Neger hat er eine Dynamitpatrone in den Mund gesteckt und diese dann zur Explosion gebracht, so daß der Kopf des Schwarzen in Stücke zerfiel wurde! — Der „Kulturträger“ nannte sich dort Edert und wollte englischer Staatsbürger sein. Das Gericht in Dar-es-Salaam hat ihn wegen seiner bestialischen Grausamkeit zu zwölf Jahren Zuchthaus (wegen zweifachen Mordes!) verurteilt. Zweck Verbüßung der Strafe ist er nach Deutschland überführt worden. Hier nannte er sich nun Karl Freitag und will aus Alisch in Ungarn gebürtig sein. Als er fotografiert werden sollte, leistete er Widerstand. Man nimmt an, daß man es mit einem schweren Verbrecher zu tun hat, der sich unter falschem Namen in der ostafrikanischen Kolonie niedergelassen hat.

Kun haben wir doch auch ein ebenbürtiges Gegenstück zu den französischen Kolonialbestialitäten im Kongogebiet aufzuweisen. Sogar bis auf die Methode stimmen die Kolonialbestialitäten überein! Im kolonialen Wahnsinn liegt eben eine entsetzliche Methode! —

Wieder ein neuer Truppentransport nach Südwestafrika.

Am Dienstag nachmittag wurde in Hamburg ein Truppentransport für Südwestafrika, bestehend aus 45 Offizieren, 5 Portepel-Unteroffizieren und 503 Unteroffizieren und Mannschaften, durch den kommandierenden General v. Bod und Polach verabschiedet. Der Truppentransport, zu dem 196 Pferde gehören, tritt heute abend mit dem Postdampfer „Professor Voermann“ die Reise an.

Die Rechnung! —

Ausland.

Frankreich.

Aus der Jaurès'schen Partei.

Paris, 27. Februar. (Fig. Ver.) Die Seine-Föderation der P. S. F. (Jaurès'schen) hat heute auf einer Konferenz zum kommenden Kongress von Rouen Stellung genommen.

Es waren anwesend ungefähr 100 Delegierte, die über 60 Gruppen mit rund 3000 Mitgliedern vertreten. Die Debatte über die Bloc-Frage fällt zwei Sitzungen aus. Die vom linken Flügel beantragte Resolution gegen den Bloc wurde mit 107 gegen bloß 11 bloßfreundliche Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Resolution lautet:

„Angesichts der Beschlüsse des Kongresses von Amsterdam, der Arbeiten der sozialistischen Einigungskommission und der von der P. S. F. eingegangenen Verpflichtungen; in Erwägung, daß die Ehre, die Würde und das politische Interesse der Partei erfordern, daß sie die Teilnahme an dem Vorstand der Linksparteien aufgibt, wird den Delegierten der Seine-Föderation zum Kongress von Rouen das Mandat gegeben, die Beschlüsse des Nationalrates (gegen den Bloc) aufrechtzuerhalten und mit aller Kraft für die sozialistische Einigung in Frankreich zu wirken.“

Beachtenswert ist das Zusammenwachsen des rechten Flügels der Föderation auf ein winziges Häuflein. Noch bis vor kurzem bildete er eine achtunggebietende Minorität. Es steht übrigens fest, daß in Rouen eine bedeutende Mehrheit mit Jaurès und dem linken Flügel, entgegen der Mehrheit der Kammerfraktion, die Bloc-Frage vertwerfen und den sozialistischen Einigungsentwurf votieren wird. —

Belgien.

Generallstreik der Bergarbeiter.

Brüssel, 28. Februar. Im Vorinage hat sich gestern die Ausstandsbewegung wieder derart verschärft, daß man von einem allgemeinen Streik in diesem Bezirk sprechen kann. Das gleiche läßt sich vom Beden von Charleroi sagen. Im allgemeinen verlief der gestrige Tag ruhiger, doch fanden zwei Bombenattentate in der Gegend von Charleroi statt, die aber nur geringfügigen Schaden anrichteten. (Frankf. Bzg.)

Dänemark.

Die Sozialdemokratie und die bevorstehende Kommunalwahl in Kopenhagen. Die Agitation unserer Kopenhagener Parteigenossen zu den am 28. März stattfindenden Gemeinderatswahlen hat nun mit voller Kraft eingesetzt. Am Sonntag war eine Versammlung nach dem Arena-Theater in dem weltbekannten großen Stabstempel-Tivoli einberufen, wo vor allem der sozialdemokratische Bürgermeister Jensen über die Angelegenheiten der Kommune berichten sollte. Es strömten aber gegen 12 000 Menschen herbei, so daß das Theater sich als viel zu klein erwies. Unter freiem Himmel im Tivoligarten wurde sofort eine zweite Versammlung arrangiert, in der zunächst der Folketings-Abgeordnete Vorbjerg sprach, und später, nachdem sie in der ersten Versammlung gesprochen hatten, auch Bürgermeister Jensen, Abgeordneter Lyngsø und P. Knudsen. In beiden Versammlungen herrschte große Begeisterung und eine vorzügliche Wahlkampfstimmung. Die Antisozialisten, die in letzter Zeit, wegen Mangel an sachlichen Gründen, ganz niederträchtige persönliche Angriffe gegen Jensen und Lyngsø gerichtet hatten, trauten sich nicht hervor.

Uebrigens sind die Aussichten für den Sieg der Sozialdemokraten bei der bevorstehenden Wahl sehr günstig. Die Zahl derjenigen Arbeiter, die ihre Steuereinkommen auf 1000 Kronen ansetzen und damit das Gemeinde-Wahlrecht erhalten, ist auch in diesem Jahre wiederum bedeutend gewachsen. Im Jahre 1892 zählte man in Kopenhagen nur 22 541 Kommunalwähler, 1904 war ihre Zahl infolge der Agitation der Sozialdemokratie auf 45 898 gestiegen und jetzt sind es 49 307. Man kann mit Recht annehmen, daß der neue Zuwachs wesentlich unseren Parteigenossen zugerechnet werden muß. —

Norwegen.

Ministerreise. Finanzminister Wichelsen und das Mitglied der norwegischen Staatsratsabteilung in Stockholm Schöning reichten heute ihr Entlassungsgesuch ein. —

Das Verhalten der schwedischen Regierung zur Konsulatsfrage hat in Norwegen und besonders in der Hauptstadt eine so starke politische Bewegung hervorgerufen, wie sie seit vielen Jahren nicht geherrscht hat. Am Donnerstag fand im Lokale des Studentenbundes eine überfüllte Versammlung statt, in der als Hauptredner Professor Fridtjof Nansen auftrat. Am Freitag fand im selben Lokale wiederum eine Versammlung statt, zu der sich über 10 000 Menschen eingefunden hatten. Da der Saal nur einen kleinen Teil der Menge zu fassen vermochte, wurde zum nächsten Tage eine neue Versammlung nach dem größten Lokale der Stadt einberufen. Nach der Stimmung zu urteilen, die in diesen Versammlungen herrschte, verlangt man allgemein ganz verschiedene Maßnahmen zur Durchführung der Forderung eines eigenen Konsulatswesens.

Die verlangt, sollen innerhalb der Regierung die Meinungen geteilt sein; eine Gruppe wünscht neue Verhandlungen über die ganze Unionsfrage mit Schweden anzuknüpfen; eine andere will die Errichtung der eigenen Konsulate durch Stortingsbeschlüsse herbeiführen, aber den Schweden noch eine Bedenkzeit gewähren, und eine dritte Gruppe von Ministern will das- selbe ohne jede weitere Rücksprache mit Schweden.

Inzwischen hat der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie in Stockholm einstimmig eine Resolution über die Unionsfrage angenommen, in der das Recht des norwegischen Volkes, frei und ohne Einmischung über seine eigenen Angelegenheiten zu bestimmen, klar und unzweideutig anerkannt wird. — Mit dieser Resolution, sagte der norwegische Parteisekretär Magnus Nilssen, werden wir Norweger stolz und froh heimzukehren und den anderen Parteien zeigen, daß es in Norwegen und Schweden nur die Sozialisten sind, die sich einig sind in der Unionsfrage, und daß es in Schweden nur die Sozialisten sind, die Norwegens volle und uneingeschränkte Selbständigkeit anerkennen. —

Amerika.

Berunglückte Temperenz. Seit einiger Zeit ist eine Bewegung im Gange, einen Kongreßbeschlutz gegen die Kantinen in den Militärstationen rückgängig zu machen. Sogar Frauenvereine, welche früher große Opposition gegen die Kantinen machten, haben an den Kongreß Petitionen gerichtet, den Soldaten recht bald die Kantinen wiederzugeben. Im Februar 1901 wurden diese „Pasterstätten der Trunksucht“ für das Bundesheer offiziell abgehehrt. Es hieß damals, die Armee werde demoralisiert, die jungen Leute würden vergiftet, man zählte ein schlimmes Laster; die Kantine mußte fort, trotzdem erfahrenere Offiziere Einsprüche erhoben und auf die Möglichkeit schlimmer Folgen hinwiesen, die auch nicht ausblieben. In der Kantine hatte man die Soldaten unter Kontrolle und die Trunksucht hielten sich in gewissen Grenzen. Jetzt trieb man die Soldaten fort aus ihrem Lager; sie zogen nach den Aneipen in der Stadt und in den umliegenden Ortschaften, fingen Raufereien an, wurden den Bürgern lästig und betrauten sich mehr als jemals in der Kantine. Es kamen Bräutereien mit der Polizei und mit den Bürgern vor, bis schließlich jedermann, die strikten Temperenzler ausgenommen, den Soldaten die Kantine zurückwünschte. Die Wiedereinführung derselben erscheint als eine Notwendigkeit geboten. Ein offener Beschluß wird dem Kongreß immerhin schwer fallen. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, den 28. Februar 1905, nachmittags 5 Uhr. Vorsitzender Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr und gedenkt mit ehrenden Worten des dahingeshiedenen Berliner Branddirektors Giersberg. Die Versammlung hat sich bei dem Nachruf erhoben.

Morgen abend findet bei Keller, Koppenstraße, eine Versammlung sämtlicher städtischen Arbeiter statt, zu welcher auch die Stadtverordneten eingeladen sind.

Nach Erledigung eines umfangreichen Berichtes des Rechnungsausschusses wird der Bericht des Ausschusses zur Vorbereitung des Borentwurfs für den Neubau des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums und einer Gemeinde-Doppelschule in der Hohmerstraße am Meinen Tiergarten in Probat entgegengenommen. Der Ausschuß verlangt Vervollständigung der Räume für das naturhistorische Kabinett, das physikalische Apparatenzimmer und die Bibliothek, sowie Einrichtung eines Referenten-Klassenzimmers für physikalische Schülerübungen, und außerdem eine angemessene Erweiterung der Turnhallen.

Die Vorlage wird nach den Ausschuhsträngen angenommen. Darauf beschließt die Versammlung auf Antrag Singer, die Steuervorlage vorweg zu beraten.

Der Ausschuß für die

Suche nach neuen Steuern

hat seit dem 16. Januar d. J. in vier Sitzungen das vom Magistrat auf der Grundlage der Vorschläge der gemischten Deputation präferierte Steuerbouquet durchberaten und durch den Stadtverordneten Haberland (N. L.) einen umfassenden Bericht erstatten lassen. Die Ergebnisse seiner Beratungen sind bereits früher ausführlich mitgeteilt worden; der erste Teil der Anträge betrifft diejenigen Steuerreformwünsche, die sich als Zukunftswunsch darstellen, weil sie nur durch Aenderung der Gesetzgebung verwirklicht werden können, während der zweite Teil die sofort ausführbaren Steuerprojekte behandelt.

Die Ausschuhvorschläge gehen dahin:

I. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß unter Vereinstellung des in der Finanz- und Steuerverwaltung sich ergebenden Materials auf Aenderung bezw. Ergänzung einschlägiger Gesetzesvorschriften nach folgenden Richtungen hingewirkt werde:

1. auf Aufhebung des Privilegiums der nach dem Kommunalabgaben-Gesetz hinsichtlich der kommunalen Einkommensbesteuerung bevorrechtigten Personen,
2. auf Erweiterung der gesetzlichen Pflicht, eine Steuererklärung abzugeben, durch Einbeziehung der Personen, welche ein Einkommen von 1500—3000 M. haben,
3. auf Erweiterung des Kreises der zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehenden Personen derart, daß im Kommunalabgaben-Gesetz für einkommenspflichtig erklärt werden auch

dieserjenige Personen, welche in der Gemeinde, ohne in ihr einen Wohnsitz zu haben, eine gewinnbringende Beschäftigung betreiben, hinsichtlich des ihnen aus dieser Beschäftigung zufließenden Einkommens“;

ferner, daß im Kommunalabgaben-Gesetz entsprechend zum Ausdruck gelange:

„eine die Steuerpflicht begründende Beschäftigung findet nur in denjenigen Gemeinden statt, in welchen der Steuerpflichtige zum Zwecke dieser Beschäftigung dauernd eine feste Arbeitsstätte besitzt“;

4. auf Beseitigung bezw. Aenderung der im selben Gesetz gegebenen Kontingenzierungs-Vorschriften bei der Verteilung des Steuerbedarfs auf die Steuerarten behufs zweckmäßigeren Ausbaues der Realsteuern.

5. auf Quanziehung der an regulierten Straßen, welche Fluchtlinien auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1875 haben, liegenden unbebauten Grundstücke, zu einer Wauplaysteuer.

II. Die Versammlung ist ferner damit einverstanden, daß

1. eine Lustbarkeitssteuer, jedenfalls eine Billettsteuer eingeführt wird, unter überwiegender Heranziehung der teureren Plätze im Zirkus, Theatern, überhaupt bei Veranstaltungen, welche von Fremden viel besucht werden, wobei kulturellen und gemeinnützigen Bestrebungen in schonender Weise Rechnung zu tragen ist;

2. zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Besteuerung der bebauten und unbebauten Grundstücke eine Reform der kommunalen Grundsteuer dahin vorgenommen wird, daß sämtliche Grundstücke nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes besteuert werden.

Hierbei erludt die Versammlung den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Besteuerung des unbebauten Grundbesitzes nach dem gemeinen Werte zu einem höheren Prozentsatz anhängig ist, als diejenige des bebauten Grundbesitzes.

III. Die Versammlung lehnt es in Uebereinstimmung mit dem Magistrat ab, den Satz der Grundsteuer von 20 auf 40 M. zu erhöhen.

IV. Die Versammlung setzt die Beschlußfassung über die Einführung einer besonderen Vertriebssteuer bis zum Eingange der vom Magistrat vorgelegten Steuerordnung aus.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die Stadtv. Langer, Wallach, Preuß und der Vorsitzende

beteiligten, wird beschlossen, zunächst die Ziffern I, 1—3 zusammen zu diskutieren.

Stadtv. Singer (Soz.): Auch wir unterstützen die Forderungen nach geschickter Aenderung, wie sie in diesen vier Ziffern erhoben werden. Dem Oberbürgermeister muß ich hier wieder den Schmerz bereiten, ihn zu unterstützen; ich hoffe, er wird Mannes genug sein, den Schmerz zu ertragen, obwohl ihm vor unserer Unterstützung lange wird. Unter den hier gemachten Vorschlägen steht eigentlich derjenige, der am leichtesten alle Finanzfamilien beseitigt, der Vorschlag einer Aenderung des Einkommensteuer-Gesetzes. Nun sind wir von dem preussischen Landtag ausgeschlossen; unsere Kollegen hier aber, die auch im Abgeordnetenhaus Vertretung haben, sollten dort dahin wirken, daß auch eine Aenderung des Einkommensteuer-Gesetzes erfolgt, dergestalt, daß man nicht bei der lächerlichen Progression von 4 Proz. stehen bleibt. Mit einer etwas höheren Belastung nach oben wäre sehr viel zu erreichen. Die staatliche Einkommensteuer ist für 1905 mit 177 Millionen veranschlagt; die Einkommen unter 3000 M. haben davon 53 Millionen aufzubringen. Nach meinem Vorschlage, der dahin gehen würde, die Einkommen unter 3000 M. gänzlich freizulassen, die von 3000 bis 6000 M. auf dem gegenwärtigen Progressionsfusse zu belassen, bei den höheren Einkommen aber bis zu 9500 M. eine Steigerung um 1 Proz., bis 30 500 M. um 2 Proz., bis 100 000 um 3 Proz. und über 100 000 Mark um 4 Proz. eintreten zu lassen (Große Kurve, Kufe: 1001), würden 73 Millionen Mark zu gewinnen sein. Da würde sich mit der auf Berlin entfallenden Rate schon etwas anfangen lassen. Weiter würde man bei einer Vermögenssteuer von nur 1 Proz. mit einem Schläge 730 Millionen Mark in Preußen gewinnen. Ich führe diese wenigen Zahlen nur an, um zu zeigen, wie eine richtige Steuerreform auszuweisen hätte. Die Ausschuhvorschläge kann ich nur empfehlen, namentlich möchte ich auf Grund meiner langjährigen Wirksamkeit in Steuererschätzungs-Kommissionen die Ausdehnung der Deklarationspflicht befürworten.

Eine weitere Debatte wird nicht beliebt. Die Ziffern I, 1—3 werden mit großer Mehrheit angenommen.

Die Versammlung verhandelt darauf II, 1, Theater-Billettsteuer.

Der Referent bemerkt, daß der Betrag der Billettsteuer sich zwischen 1 und 1 1/2 Millionen bewegen werde. Der Einwand der indirekten Steuer sei von der Ausnahmehälfte abgelehnt worden, ebenso der Einwand der ungeraden Belastung des Publikums oder der Direktoren. Eine Billettsteuer sei in Paris, Wien, Frankfurt am Main eingeführt. Die Vorverkaufsgeld und der Billetthandel belasteten das Publikum weit mehr. Die billigen Plätze von 1 M. und darunter sollten frei bleiben und das gemeinnützige Schüler-Theater besondere Begünstigungen genießen.

Stadtv. Singer (Soz.): Der Berichterstatter hat sich die Sache ziemlich leicht gemacht, indem er bloß von der Billettsteuer sprach. Der Ausschuß hat aber eine Lustbarkeitssteuer empfohlen, möchte ich den graduellen Unterschied beider hier betonen. Ich kann nicht zugeben, daß eine Großstadt den Zutritt zu diesen Anstalten erschwert und die Veranstalter zwingt, ihre Billetts sich teuer bezahlen zu lassen. Diese Steuer trägt den Charakter einer

indirekten Steuer,

wir haben keinen Anlaß, dazu überzugehen. Der Ausschuß hat nach der Mitteilung des Berichterstatters die Moral aus seinen Erwägungen ausgeschlossen; damit wird aber nur die Mehrheit des Ausschusses charakterisiert. Verlassen wir den prinzipiellen Standpunkt, dann gleiten wir immer tiefer auf der schiefen Ebene hinab. Aber diese Billettsteuer streitet auch gegen das Interesse der Stadt selbst. Die Theater leben nicht vorzugsweise von den Fremden; in der Versammlung der Theaterdirektoren ist nachgewiesen worden, daß die meisten, namentlich die kleinen Theater, von Fremden gar nicht besucht werden, so daß sich der Fremdenbesuch auf die paar großen Theater und die Stätten für Sensationsstücke beschränkt. Trifft das zu, dann liegt gar kein Grund vor, für die Fremden diese Steuer einzuführen. Hier führt man uns nun Paris vor. Ja, wenn das doch nur sonst geschähe, wo wir in Paris als Muster anführen (Heiterkeit)! Wüßten wir denn Paris etwas nachmachen, dem wir im Prinzip widersprechen? Um augenblickliche Not, aus der neue Steuerquellen gesucht werden, handelt es sich ja gar nicht; brauchen Sie wirklich erhebliche neue Steuerquellen, so werden und müssen Sie auf die Erhöhung der Einkommensteuer zurückkommen. Sie treiben hier also eine ganz falsche Steuerpolitik. Theoretisch wird auch durch diese Fremdensteuer der Zugang von Fremden eingeschränkt (Geldlaster) und der gute Ruf Berlins nicht gefördert. Wüßten wir sich Berlin anglich demüßigt, sich von indirekten Steuern frei zu halten; was bisher diesen Charakter trug, sind Gebühren. Jetzt soll es anders werden. In dem Jahre, wo man sich ansieht, den hundertjährigen Todestag unseres größten Dichters zu feiern, ist es ein eigentümlicher Sarcott, eine Abgabe einzuführen, welche den Genuß einer Theatervorstellung weiten Kreisen erschwert. Die Berliner Verwaltung tut hier den ersten Schritt auf einem Wege, den sie bisher nicht gegangen ist. Daß wir kein anderes Mittel wüßten, die Einkommen zu vermehren, wie der Oberbürgermeister meinte, ist gar nicht richtig; wir haben oft genug auf die Uebernahme der Verkehrsanstalten, der Kraftersengungsstätten auf die Stadt hingewiesen. Wir sehen diese Steuer grundsätzlich als unberechtigt an, während Sie auf der Jagd nach ein paar hunderttausend Mark oder ein paar Millionen sich nicht scheuen, Berlin in schlechten Ruf zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Rischner: Die Theaterbillettsteuer wäre auch als indirekte Steuer für mich nicht weniger schmachhaft. Die theoretischen idealen Grundzüge lassen sich nicht einfach auf die Praxis, auf das bürgerliche Berlin übertragen. Die beste Steuer ist die, die, ohne ungerecht zu sein, am wenigsten empfunden wird (Zustimmung); mit dieser Auffassung gibt man seine Ideale nicht auf. (Stadtv. Vörgmann: Namentlich wenn man keine hat!) Herr Vörgmann ist nicht in der Lage, in meine Kräfte zu schauen; mein bisheriges Wirken gibt ihm kein Recht, zu behaupten, daß ich ohne Ideale handle. — Die Einnahmen aus gewerblichen Unternehmungen soll man mir begehnen, die wir übernehmen und aus denen wir große Erträge gewinnen können; ich werde der erste sein, sie zu übernehmen; aber es gibt keine. Im Punkte der Verkehrs-mittel sind wir bis 1919 gebunden, und bei den elektrischen Werken machen wir gerade als Kontrahenten das Beste Geschäft. (Sehr richtig!) Ebenso wenig wird die Reform der Einkommensteuer für die kommunalen Verhältnisse eine wesentliche Besserung herbeiführen. Ich halte die Vorschläge des Herrn Singer für sehr erwägungswert und bin für eine progressive Einkommensteuer auf staatlichem Gebiete zu haben. Aber auf kommunalem Gebiete würde das Resultat sein, daß die Plünder der Leute mit großem Einkommen aus den Orten mit hoher Kommunalsteuer noch wächst. (Zustimmung.) Wenn der Reiche mit dem Fortzuge aus Berlin nach Kolonie Grunewald jedes Jahr ein Villengrundstück erspart, würde er nach den Sagen des Herrn Singer jedes Jahr zwei Grundstücke sparen. Es handelt sich heute nur darum, im Prinzip und über die Anstellung eines Versuches schlüssig zu werden. Alle öffentlichen Angriffe dagegen sind verfrucht; die Herren sollen doch warten, bis konkrete Vorschläge vorliegen. Daß die Schüler-Gebühren unter diesen Steuerplänen leiden wird, glaube ich nicht. (Weiterleit und Beifall.)

Stadtv. Wallach (N. L.): Ich glaube, ein ziemlich normaler Mensch zu sein (Große Heiterkeit) und fühle mich keineswegs in meinem moralischen Gefühl beengt, als Vater dieses Antrages mich zu bekennen. Wir wollen ja auch die Konzerte, Schauspiellagen, Varietés und Kabarets usw. mitfassen; auch betrachten wir als Fremde auch die Vorortbewohner, die zu den Berliner Kommunalsteuern nichts beitragen. Der phantastische Vorschlag Singers bezüglich der Einkommensteuerreform würde und dem Zukunftsstaate recht nahe bringen; da bleiben nur etwa 20 000 Jeniten, und da könnte man fröhlich mit dem Teufel einig sein.

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortschritt.): Im Prinzip ist jede Steuer ungerecht, ja unmoralisch, denn Dr. Preuß nicht begehren Deines Nächsten Weib (Große Heiterkeit), nicht, Gut usw. Mit der Zustimmung zu dem Prinzip legt sich heute niemand auf eine be-

Himmte Form der künftigen Vorlage sei; er behält vollkommen freie Hand. Der doktrinaire Abscheu vor indirekten Steuern bei Herrn Singer und seinen Freunden ist mir unbegreiflich, namentlich im Hinblick auf das Kommunalabgaben-Gesetz. Sie wollen doch Luxussteuern; eine gute Theaterbillettsteuer ist nichts als eine Luxussteuer (Widerspruch) — ich würdige den Einwand der kulturellen Bedeutung vollkommen, er schlägt hier aber nicht durch. Der Hinweis auf die Fremden ist lediglich eine Kränklichkeit. Der gute Ruf Berlins wird durch die Theatersteuer ebensowenig verlieren, wie der von Paris; man geht gar zu gern dahin. Es wird sich noch sehr fragen, wie sich die königlichen Theater zu der Steuer stellen, wie die anderen Etablissements heranzuziehen sind. Der Antrag ist zurzeit noch unverständlich und engagiert niemand.

Stadt v. Rosenow (H. L.): Der Beschlus soll doch allgemein auf eine Lustbarkeitssteuer gehen. Was ist Lustbarkeit? Der Begriff steht keineswegs fest. Warum sollen wir uns also schon festlegen auf etwas, was noch niemand kennt? Wir können keine Maßnahme zustimmen, die sich direkt oder indirekt gegen die Fremden richtet. Wie kann man überhaupt den Berliner Fremdenverkehr mit dem Pariser vergleichen? Da können wir noch lange warten. Durch unsere Zustimmung würden wir mindestens den Magistrat zu einer Vorlage veranlassen, und das wollen wir nicht. Wenn man sich übrigens bei den Rentien beruhigt, die uns die Elektrizitätswerke, die englischen Gaswerke usw. zahlen, so könnten wir schließlich unsere ganze Selbstverwaltung einpacken, alles verpacken und uns auf eine Kalkulationsreise beschranken.

Stadt v. Ladewig (H. L.): bezeichnet unter großem Geläch der Mehrheit die Theaterbillettsteuer als etwas Ähnliches wie die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel.

Stadt v. Städtgen (Sog.): Soll man auf Theater und sonstige Lustbarkeiten, obwohl sie kulturellen Wert haben, Steuer legen oder nicht? Herr Preuß glaubt mit dem Worte Luxussteuer darüber hinwegzukommen. Genau so haben früher die Konservativen Steuern auf Zeitungen etc. gelegt, weil man sich nicht geistig zu erheben brauche, weil das ein Luxus sei. Es ist also auch eine Ungerechtigkeit, auf den Genuss einer Vorstellung, eines Konzerts eine Steuer zu legen. Der Ausdruck Luxussteuer ist hier ganz falsch angewandt. Der erste König von Preußen führte auf Karossen, auf Sammet usw. Luxussteuern ein. Dann können Sie ja auch eine Steuer auf weisse Schäfte einführen. (Große Heiterkeit.) Die Stadt, welche in kultureller Beziehung das Mögliche tun sollte, darf der Kneigung von Kunstgenüssen irgend eine Schranke nicht entgegenstellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man nicht weiß, wie nachher in concreto die Sache aussehen wird, kann man doch desto weniger dafür stimmen. Es könnten ja auch Denkmalsentwürfen, Sedanfeiern, Paraden gemeint sein, alles Dinge, die nicht kulturell sind; aber die werden durch die Lustbarkeitssteuer nicht getroffen werden. Die ganze bürgerliche liberale Partei hat sich seitherzeit gegen den Zeitungsstempel empört und ihn endlich zu Falle gebracht. Etwas Erhebliches an Ertrag wird auch bei der Billettsteuer nicht herauskommen. Ich bitte also dringend, zu verhindern, daß die Stadt hier dem Kunstgenuss irgend welche Schranken zieht. Soll vielleicht in die neue Ordnung aufgenommen werden, daß die Steuer zurückgezahlt wird, wenn die Sache nicht lustbar gewesen ist? (Heiterkeit.)

Stadt v. Dr. Rathen (Sog.-fortschr.): Wir wollen lediglich dem Prinzip zustimmen, und dies halten wir eben nicht für verwerflich. Mit dem Zeitungsstempel kann man die Billettsteuer nicht in Parallele stellen. Bis zu 1,50 oder 2 M. müssen die Billetts frei bleiben; es handelt sich also tatsächlich um eine Luxussteuer. Angenehm ist ja freilich die Sache nach neuen Steuern nicht.

Stadt v. Gaffel (H. L.): Geht, wenn man Populardität sucht, braucht man nur gegen jede Steuer zu stimmen. Als Stadtverordneter hat man eine andere Aufgabe. Herr Singer macht Steuerreform-Projekte, die Berlin völlig ansponieren würden. Wir können Reformen nur innerhalb unserer Kompetenz beschließen. Die Theaterbillettsteuer bleibt in diesem Rahmen. Den Tarif werden wir prüfen, wenn er an uns kommt; bis dahin werden wir uns von phrasenhaften Reden nicht beirren lassen. Als die Mietsteuer in Wegfall kam und den Theater damit ein großer Vorteil erwuchs, hat man sich darüber nicht entsetzt. Führen wir die Billettsteuer ein, so soll ja andererseits die Gebühr für die Feuerwachen in Wegfall kommen. Die Ueberschreitung der 100 Proz. ist doch auch deshalb so bedenklich, weil sie sofort auf die Grund- und Gebäudesteuer zurückwirkt.

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird die Ziffer II, 1 mit 58 gegen 38 Stimmen angenommen.

Auf Anregung des Stadt v. Preuß diskutiert die Versammlung nacheinander gemeinsam I, 5 (Bauplatzsteuer) und II, 2 (Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert). Dazu liegt ein Antrag Wallach vor, die bebauten Grundstücke nach wie vor nach dem Nutzungswert zu besteuern.

Das Referat des Stadt v. Haberland wird von den Zwischenrufen des Stadt v. Wallach wiederholt unterbrochen, obwohl die Darlegung des Sachverhalts erbringen soll, daß eine Vereinträchtigung der Hausbesitzer nicht eintreten, vielmehr der Hausbesitz mit kleinen Wohnungen entlastet wird.

Stadt v. Singer: Die hier zur Entscheidung stehende Frage hat vermög ihrer Bedeutung schon vielfache Erörterung gefunden. Wir begreifen nicht, wie man einen anderen Modus der Besteuerung als den nach dem gemeinen Wert einführen kann, weil jede andere Form lediglich dem wüßtesten Spekulantentum freie Bahn läßt. Ueber diese Frage sollten jetzt endlich die Älen geschlossen werden. Jetzt soll nun aber zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken differenziert werden. Mit dem Antrage Wallach privilegierten wir diejenigen, welche ein Haus besitzen und allein bewohnen können, gegenüber denjenigen, welche zum Vermieten genötigt sind. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, jenen Herren nicht noch durch die Steuerpolitik besondere Vorteile zuzuwenden. Diejenigen Grundstücke, welche von den Eigentümern selbst bewohnt werden, erfahren tatsächlich eine viel niedrigere Einschätzung, als wenn der betreffende die Räume vermieten würde. Dafür, daß der einzelne sich den Luxus erlauben kann, einen Park zu besitzen, keine Mieter unter sich zu haben u. dgl., kann man ihm doch nicht noch Erleichterungen in der Grundsteuer gewähren. Das Beispiel von Frankfurt und Kassel kann für uns nicht maßgebend sein. Die uns zugestellten Gutachten gegen die Einschätzung nach dem gemeinen Wert sind der Ausdruck eines ganz beschränkten Bureaukratismus; man hat Angst vor der Arbeit, welche diese Einschätzung macht. Wer unser Kommunalbeamtenheer kennt, muß über die Behauptung lachen, daß die Einschätzung nach dem gemeinen Wert nicht durchführbar sei. Unter dem Antrage Wallach sehen wir, eine tragische Erscheinung, auch Kollegen, die früher und noch im Ausnahmefall für die Heranziehung nach dem gemeinen Wert und gegen die Differenzierung waren. (Hört! hört!) Verharren wir beim Nutzungswert, so würden wir eine Ausnahme gegenüber sämtlichen Vororten bilden. Zahlreiche andere Gemeinden mit analogen Verhältnissen wie Berlin sind längst vom Nutzungswert zum gemeinen Wert übergegangen. Auch die Schwierigkeit, die sich aus den unvermieteten Wohnungen ergeben würde, ließe sich leicht beseitigen und übrigens ist doch heute im allgemeinen das Wohnungvermögen ein Geschäft wie jedes andere. (Zustimmung.) Die Steuern müssen so eingerichtet werden, wie sie den Interessen der Gesamtheit am besten entsprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt v. Wallach: Nicht mein Antrag, sondern Herr Singer vertritt einen hausaristokratischen Standpunkt. Seit 1893 hat er diese Grundwerkzeuge gewollt; stets hat sich bisher die Mehrheit und der Magistrat ablehnend verhalten. Jetzt ist der letztere freilich genehmigt ungeschlagen. Die Heranziehung der Baufläche werden wir viel besser erreichen, wenn die Belegung geändert wird. (Zurufe: Wenn!) Nur 71 Gemeinden in ganz Preußen haben die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert ein-

geführt. Unsere Grundsteuer-Ordnung ist vorzüglich. Eine gerechte Besteuerung nach dem gemeinen Wert ist unmöglich, die Entlohnung der Häuser mit kleinen Wohnungen ein Zeugnis. Das neue System kann leicht einen bösen Rückschlag auf die Mieten ausüben. Die richtigen Taten zu erwirken, wird ein Ding der Unmöglichkeit sein; man braucht ja nur an den Sommerbau-Prozess zu denken. Die weiteren sehr langatmigen Ausführungen des Antragstellers finden in der Verhandlung bei der vorgeklärten Stunde (1/10 Uhr) absolut keine Aufmerksamkeit mehr; es hat sich vielmehr alles in kleine Gruppen aufgelöst und die Privatunterhaltungen werden allgemein. Unter lauten ironischen Bravourrufen beendet Redner seinen Vortrag.

Nach 1/10 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung am Donnerstag verlagert.

Gerichts-Zeitung.

Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz. Bei dem in Konkurs geratenen Hannoverischen Hypothekensverein bestand seit 1893 eine Unterbilanz, welche durch den Vorstand und den Kassierent verdeckt wurde. Das Landgericht Hannover hat am 9. Juli n. J. auf Grund des § 147 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1898 und wegen Betruges die in Frage kommenden Personen zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. Gegen das Urteil hatte lediglich das frühere Aufsichtsratsmitglied Kaufmann Paul Grobmann Revision eingelegt, der wegen des Hauptbetruges zu 3 Monaten Gefängnis und wegen Bilanzverschleierung zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Seine Einwendungen gegen das Urteil bestanden darin, daß er behauptete, er habe nicht wissenschaftlich Angaben über den Stand der Genossenschaft gemacht und es falle ihm keinerlei positive Tätigkeit in dieser Richtung zur Last. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, da die positive Tätigkeit mit Recht darin gefunden worden sei, daß der Angeklagte an der Bilanzprüfung in der Aufsichtsratsitzung teilgenommen und seine Genehmigung dazu gegeben habe, daß die Bilanz der Generalversammlung vorgelegt werde.

Vereinsführungen in Privatwohnungen. Der Kommunalverein eines kleinen Ortes wollte seine Vereinsversammlungen in der Wohnung seines Mitgliedes J. abhalten. Das wurde polizeilich verboten. Das Ober-Verwaltungsgericht hat am 28. Februar das Verbot außer Kraft gesetzt und unter anderem ausgeführt: Das Verbot konnte nicht darauf gestützt werden, daß die zur Wohnung führende Treppe irgendwie nicht den hauspolizeilichen Anordnungen entsprach. Dieser Umstand hätte die Polizei nur bewegen können, darauf zu dringen, daß die Treppe entsprechend hergestellt werde. Auf keinen Fall war das ein Grund, die Versammlung einer geschlossenen Gesellschaft in diesen Räumen zu untersagen, so lange sie überhaupt zum Aufenthalt von Menschen zugelassen würden. Das sei bei den fraglichen Räumen der Fall. Auch der Umstand, daß die Mitglieder des Bürgervereins Tabak zu rauchen pflegten, sei kein Verbotgrund gegenüber der Versammlung. Das Strafgesetzbuch verbiete zwar das Rauchen in Räumen, wo fenergefährliche Gegenstände seien. Das läge aber hier nicht in Betracht. Lediglich dürfte es nicht zulässig sein, das Rauchen in Wohnungen polizeilich zu verbieten. Weiter meine die Polizei, die Alkoholtränke und der Hof seien nicht ausreichend, was dazu führen könnte, daß die Versammlungsteilnehmer ihre Notdurft auf der Straße verrichteten. Sollte diese Situation eintreten, so könnte die Polizei gegen die Täter im Interesse der öffentlichen Ordnung einschreiten; aber deswegen die Versammlung gänzlich zu verbieten, das sei unzulässig. — Die polizeilichen Bestimmungen für Räume, die für öffentliche Versammlungen bestimmt seien, schieden hier aus, weil es sich um eine geschlossene Gesellschaft handelte.

Die Zwillingbrüder. Die Frau des Kaufmanns Wiese hatte schon seit längerer Zeit ihren Mann im Verdacht, daß dieser hinter ihrem Rücken gewisse Beziehungen zu jungen Damen unterhalte. Ein eifriges Nachsuchen in den Taschen ihres Mannes hatte endlich den Erfolg, daß sie ein kleines Billettsäckchen fand, welches mit dem Namen eines Fräulein P. unterzeichnet war. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß sich die beiden Damen am nächsten Tage auf der Straße trafen. Da wurden Weiber zu Ohmen. Ein paar gelassene Schreie, ein paar durch die Luft saufende Schirme und die eifersüchtige Gattin des Herrn W. war mit ihrer Nebenbuhlerin in einem heftigen Kampfe begriffen. Hier soll nun ein Bekannter der Frau W. ihr zu Hilfe geeilt sein und so tatkräftig in die Prügelei eingegriffen haben, daß Fräulein P. bald mit blutenden Wunden am Boden lag. Die Folge war ein kleines Nachspiel vor dem Schöffengericht. Frau W. wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, der Mitangeklagte Wiesner indessen freigesprochen. Frau W. berichtigte sich bei diesem Urteil, mit der Motivierung, sie habe es dem Fräulein P. für die 100 M. genügend „besorgt“. Gegen das freisprechende Urteil bezüglich des Wiesner legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, die vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Vor Gericht behauptete W. das Opfer einer Personenverwechslung zu sein. Als Entlastungszeuge war der eigene Bruder des Angeklagten geladen. Es bestand zum allseitigen Ersinnen der Anwesenden eine geradezu verblüffende Ähnlichkeit zwischen den beiden Zwillingbrüdern. Auch die Zeugen konnten infolge dieses eigenartigen Spiels des Zufalls den richtigen Täter nicht mehr herausfinden. Da von der Verteidigung nachgewiesen wurde, daß der jetzige Angeklagte zur Zeit des Vorganges im Zirkus Busch beschäftigt war und obendrein der als Zeuge geladene Zwillingbruder sein Zeugnis verweigerte, so erkannte der Gerichtshof unter Verhängung des ersten Urteils wiederum auf kostenlose Freisprechung.

Verfammlungen.

Eine große öffentliche Protokollversammlung der Berliner Straßenhändler und Händlerinnen beschäftigte sich in den Andreasfäden mit der neuen Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels und ihren Widersprüchen. Der Referent, Rechtsanwalt Dr. E. J. führte aus, bei der Durchführung der neuen Verordnung herrsche die größte Unklarheit bei den Schutzleuten. Viele Polizeibeamte befänden sich in dem Glauben, die alte Verordnung betr. den Straßenhandel bestände noch zu Recht neben der neuen Verordnung, auf diese Weise werde die Absicht der neuen Verordnung, feste Bestimmungen zu schaffen, durchkreuzt und die Duldung oder Beseitigung des Straßenhandels in das Belieben des Schutzmannes gestellt. Von den Disziplinardirektoren wurden diese Behauptungen durch eigene Erlebnisse bestätigt. Ein Straßenhändler E. hatte sich eine Instruktion des Polizeipräsidenten an die Unterbeamten in dieser Sache verschafft und wies daraus nach, daß der Polizeipräsident das rigorose Vorgehen der Schutzleute nicht billigt. Zur einstimmigen Annahme gelangte schließlich folgende Resolution: „Die heute versammelten Berliner Straßenhändler, Händlerinnen, Hausierer und Marktfahrer protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Polizeiverordnung von 19. November 1904, die sie als eine zur Regel: in ihres wichtigen Gewerbes geeignete Verordnung nicht ansehen können. Sie protestieren ferner gegen die ungleichmäßige und willkürliche Auslegung, welche die neue Polizeiverordnung vom 19. November 1904 durch die Organe der Berliner Polizei erfährt. Die Versammelten sehen die Ursache dieser ungleichen Behandlung, die den Straßenhändler auf Gnade oder Ungnade der Polizei überantwortet, in der mangelhaften Kenntnis der Straßenverordnung und der neuen Polizeiverordnung auf Seiten der unteren Polizeibeamten; sie fordern deshalb den Herrn Polizeipräsidenten auf, für genügende Instruktion der ihm untergeordneten Beamten Sorge zu tragen.“ Es wurde ferner beschlossen, in Fällen, wo Händler aus erlaubten Straßen fortgewiesen werden, hiergegen gerichtlich vorzugehen, um festzustellen, ob die neue Verordnung rechtmäßig ist.

Deutscher Textilarbeiter-Verein. In der gemeinsamen Versammlung der hiesigen 3 Filialen hielt Genosse Flato einen

begeistert aufgenommenen Vortrag über: **Genossenschaftliche und politische Bewegung, Organisation rasi, jetzt und in Zukunft.** An der Diskussion beteiligten sich Stalinow und Frau Böse, welche dem Referenten in vielen Ausführungen entgegentraten und die Idee des Generalstreiks verwarfen. Ihren Ausführungen trat zu acht und der Referent entgegen. Ein weiterer Punkt war Stellungnahme zur Provinzial-Konferenz für Brandenburg. Hierzu ergriff zu acht das Wort. Der Referent machte bekannt, daß eine Resolution an die Filialen der Provinz Brandenburg gesendet worden sei mit dem Ersuchen, auf einen Bevollmächtigten, welcher für Brandenburg und Schlesien anzuhellen sei, für erstere Provinz zu verzichten. Die Agitationskommission ist der Ansicht, daß der Gaubeamte für Schlesien allein vollauf zu tun habe. Es müßte in der Provinz Brandenburg, besonders Niederlausitz, in eine lebhafteste Agitation eingeleitet werden. Durch Nachlässigkeit in derselben sind dem Verbands leider viel Mitglieder verloren gegangen. Auch für die Bewegung zur Erringung des 10stündigen Arbeitstages müsse tüchtig agitiert werden. Bei der Wahl zur Konferenz für Brandenburg wurden zu acht, Brillowich und Laß als Delegierte gewählt.

Neuenhagen (Osbahn). Am Sonntag tagte in Ragels Lokal in Neuenhagen eine stark besuchte Volksversammlung, welche sich mit der Revolution in Rußland beschäftigte. Als Referent war Genosse Weber-Berlin erschienen. Es wurde eine Resolution angenommen, welche den russischen Freiheitskämpfern ihre vollste Sympathie ausdrückt. Ferner wurden die Versammelten aufgefordert, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und nicht ruffreundliche Blätter, sondern die Arbeiterpresse zu abonnieren. Es ließen sich mehrere Personen in den Wahlverein aufnehmen.

Seife- und Distillierklub Süd-Öst. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Gölberstraße 58, bei Teichdorf: Dritter Vortrag des Genossen Vermuth über: **Das Erfurter Parteiprogramm.** Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet. Der Vorstand.

Verband der Freilebenden Deutschlands. Zweigverein Berlin. Gemeinschaftliche Versammlung am Donnerstag, den 2. März, abends 9 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 57: Wahl einer Lokalkommission. Wann sind die Forderungen zu erledigen? Nur Mitglieder haben Zutritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kündigung von Handelsverträgen.

Wien, 28. Februar. (B. T. Z.) Der deutsche Volkshändler überreichte heute dem Grafen Soloukowsky eine Note, durch die der bisherige Handelsvertrag mit Deutschland auf den 1. März 1906 für den Fall gekündigt wird, daß bis dahin die Auswechslung der Ratifikationen zum neuen Handelsvertrag nicht rechtzeitig erfolgt ist.

Bukarest, 28. Februar. (B. T. Z.) Der deutsche Gesandte kündigte heute den bestehenden rumänisch-deutschen Handelsvertrag auf den 1. März 1906. Die Kündigung tritt nur in Kraft, wenn der neue Zusatzvertrag nicht ratifiziert werden sollte.

Die Eisenbahnen-Bewegung in Italien.

Rom, 28. Februar. (B. T. Z.) Die Obstruktion nimmt ab. Die Abfahrt und Ankunft der Züge, deren Zahl vermindert ist, erfolgt mit Verspätung. Die allgemeine Lage bessert sich. Die Handelskammer, Industrielle und Handelsgesellschaften fahren fort, Einspruch zu erheben.

Vorbesprechungen über die Höhe der Entschädigungssumme.

London, 28. Februar. (B. T. Z.) Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, haben zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne und dem russischen Volkshändler Grafen Wendendorff Vorbesprechungen stattgefunden zur Festsetzung der Höhe der Entschädigungssumme, welche die russische Regierung wegen des Zwischenfalles in der Nordsee zahlen wird. Schwierigkeiten werden nicht befürchtet; man glaubt, daß der Gesamtbetrag sich auf 75 bis 100 000 Pfund Sterling belaufen werde.

Paris, 28. Februar. (B. T. Z.) Deputiertenkammer. In der Nachmittags-Sitzung wird die Generaldebatte über den Militäretat fortgesetzt. Mehrere Redner verlangen strenge hygienische Maßnahmen in den Kasernen. Augagneur konstatiert, daß der Gesundheitszustand im deutschen Heere besser ist, als im französischen. Um den letzteren zu verbessern, müßten bei der Rekrutierung die schwächlichen Leute ausgeschlossen, die Zubereitung und Verteilung der Lebensmittel in den Kasernen streng überwacht, die Regeln der Hygiene in den Kasernen genau beobachtet und Ueberanstrengungen der Mannschaften vermieden werden. Der Graf d'Alsace (Republikaner) weist auf die Erhöhung des Effektivbestandes des deutschen Heeres hin; er sagt, in den von Deutschland annektierten Provinzen hätten drei Armeekorps, und zählt die Aufgaben auf, die der deutschen Infanterie, Kavallerie und Artillerie nebst den Spezialtruppen gestellt seien. Auf Seiten der Franzosen seien dagegen die Effektivbestände beträchtlich geringer. Redner spricht mit Anerkennung von der Tüchtigkeit der französischen Offiziere und bemerkt dann, ihr Erfolge der Gedanke mit Sorge, was im Falle einer Kriegserklärung aus dem am weitesten vorgeschobenen vier Divisionen in Nancy, Toul und Verdun werden würde. Die Effektivbestände seien bei den Deutschen immer vollzählig, während im französischen Heere, wie die amtlichen Berichte zeigten, die Effektivbestände herabgegangen seien. Es wäre sinnlos, einer Nation an Truppenzahl gleichkommen zu wollen, die 20 Millionen Einwohner mehr hat als Frankreich, aber für ausreichende Stärke der Truppen zur Deckung der Grenze müßte gefordert werden, denn da handele es sich um die Sicherheit des Landes.

Moskau (sozialistisch-radikal) erörtert die Folgen der zweijährigen Militärdienstzeit und schlägt vor, die vierten Bataillone an der italienischen Grenze eingehen zu lassen, eine Maßregel, durch die man die Wiederauflösung Frankreichs mit Italien dokumentieren sollte.

Die weitere Beratung wurde auf morgen verlagert.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 28. Februar. (B. T. Z.) Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Rußland von heute: Die Eisenbahnbrücke zwischen Tieling und Kaiwan ist zerstört. Es heißt, daß starke, gut bewaffnete Chundrupendanden bereit seien, den Rückzug aller russischen Abteilungen, die sich bemähen sollten, der Einschließungsbewegung Aurochs zu entgegen, zu beanrühigen.

Die Bewegung in Rußland.

Warschau, 28. Februar. (B. T. Z.) Das Personal der Zweigbahnen Groetzki, Bionowski, Markowski ist in den Ausland getreten. — Der Chef der Polizei dementiert die Nachricht vom Austritt der Polizeibeamten.

Moskau, 28. Februar. (B. T. Z.) In Marjina Gledobla, einer Vorstadt von Moskau, ist eine Geheimniederlage von Bomben, Dynamit entdeckt worden. — Der Würder des Großfürsten Sergius soll seinerzeit aus Paris nach Moskau gekommen und Techniker sein; sein Familienname ist unbekannt.

Sob, 28. Februar. (B. T. Z.) Die Schächter und die Arbeiter der Druckereien sind in den Ausland getreten; letztere zum drittenmal.

Lugansk, 28. Februar. (B. T. Z.) Der Ausstand der 2000 Bergarbeiter ist beendet; die Verwaltung bewilligte 22 der von den Arbeitern gestellten 26 Forderungen; 4 Forderungen allgemeinen Charakters unterbreitete die Verwaltung den Behörden zur Entscheidung.

Batum, 28. Februar. (B. T. Z.) Man erwartet den Wiederbeginn des Schulunterrichts. Es gehen sehr wenig Dampf ab; die Koedereien sind nicht in Tätigkeit.

Minst, 28. Februar. (B. T. Z.) Die Jöglinge des Priester-Seminars veranfaßelten aus Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Verwaltung Unruhen, verhafteten die Wohnung des Rektors, warfen alle Schriften und Dokumente ins Feuer. Der Unterricht hörte auf, die Seminaristen verließen die Stadt.

Reichstag.

181. Sitzung vom Dienstag, den 28. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski. Die zweite Beratung des Etats für das Reichamt des Innern wird fortgesetzt.

Mit zur Verhandlung stehen die gestern mitgeteilten sieben Resolutionen der Sozialdemokraten, neun Resolutionen des Zentrums und fünf Resolutionen der freisinnigen Volkspartei.

Abg. Pauli (L.): Die große Zahl der Resolutionen, die hier vorliegen, macht es unmöglich, sie im einzelnen zu behandeln. Ich will mich heute auf die Debatte über die endlose Ausdehnung der Sozialpolitik beschränken, weil sie den Arbeiter hebt, aber sie darf nicht übertrieben werden, weil sonst die Belastung für den Mittelstand und das Handwerk zu groß und die Konkurrenz gegenüber dem Auslande zu schwierig würde, und weil der Arbeiter in der freien Entfaltung seiner Kräfte sonst durch die Aussicht auf den Bezug einer Rente gehindert würde.

Die Strafanstalten machen dem Handwerk und selbst der Großindustrie eine schmerzliche Konkurrenz. Ich gebe zu, daß die Gefangenen beschäftigt werden müssen, aber man darf doch die Ware nicht unter den Kosten des Materials verkaufen, wie es in Potsdam tatsächlich geschehen ist. — Wir Handwerker und wir Leute aus dem Mittelstande wissen ganz genau, daß Industrie sein muß, aber sie darf nicht ruinieren. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Erzberger hat gestern zugegeben, daß die Lehrlingszucht in der Handwerkslehre nicht genügt. Die Handwerkskammern haben eingesehen, daß die Frage nicht generell geregelt werden könne. In der Tischlerei z. B. liefern nur die kleinen Städte den nötigen Nachwuchs, weil die Meister in ihnen keine anderen Hilfskräfte halten können als Lehrlinge, während in den großen Städten viel zu wenig Lehrlinge gehalten werden. Ich gebe dem Kollegen Erzberger darin nicht recht, daß die Sonntagruhe häufig durchbrochen wird. Wenigstens in Berlin und Umgebung wird nur in den dringenden Fällen die Erlaubnis zur Sonntagarbeit erteilt. — Die Einnahmen aus dem Handwerk sind doch wohl geringer, als der Herr Staatssekretär im Dezember hier im Hause vorgezeichnet hat. Ein Richter hier in der Oranienstraße hat der Steuerbehörde gegenüber nachgewiesen, daß er für das ganze Jahr nur ein Einkommen von 4 Mark gehabt hat! (Hört! hört! rechts.) — Die Warenhäuser von Offizieren und Beamten tun dem Mittelstand schweren Schaden, besonders weil dort auch andere Personen kaufen, wenn auch nur durch Mittelspersonen. Hier muß unbedingt Einhalt getan werden. Ich gebe aber zu, daß das Reich hier gar nicht zuständig ist. — Wir verzichten auch nicht auf den allgemeinen Befähigungsnachweis, sind aber dafür, daß erst einmal beim Baugewerbe der Anfang gemacht werde. — Eine scharfe Abgrenzung der Begriffe „Fabrik“ und „Handwerk“ ist, wie schon der Abg. Erzberger nachgewiesen hat, dringend notwendig. Heute werden eine größere Zahl von Handwerksbetrieben von den Handwerkskammern als Fabriken angesehen und unterliegen demnach einer Doppelbesteuerung durch die Handwerker- und durch die Handelskammern. Einige besondere Wünsche des Handwerktages will ich noch berühren. Zunächst die Bitte um Schutz des Gelellentitels, der heute unberechtigt von jedem Arbeiter geführt wird.

Dann um die Zurechnung der Schuhmacherei zum Handwerk. Ich halte das durchaus für möglich, obwohl Minister Müller es jüngst im Landtage bestritten hat. Von den Resolutionen bitte ich vor allem um Ablehnung der sozialdemokratischen, die die Unternehmer mit Strafe bedroht, wenn sie sich verabschieden und vereinigen, um den Arbeitern wegen Ausübung des Koalitionsrechts das Fortkommen zu erschweren. Das scheint mir ein schwerer Eingriff in die Koalitionsfreiheit des Unternehmertums. Die Unternehmer sind erst durch die Arbeiterorganisationen gezwungen worden, gegen diese Front zu machen. Ich bitte die Herren vom Bundesrat, bei der Ausarbeitung der künftigen Gesetzgebung auf Handwerk und Mittelstand Rücksicht zu nehmen und nicht zu vergessen, daß es einen Handwerktag gibt. (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Mein Freund Mugdan wird auf die allgemeine Sozialpolitik eingehen, ich beschränke mich darauf, die Resolution betr. Zulassung der Oberrealschul-Abiturienten zum medizinischen Studium zu begründen, die ich zusammen mit Herrn Dr. Beumer eingebracht habe. Die Frage ist keine politische, und die Resolution ist auch von zahlreichen Mitgliedern anderer Parteien unterzeichnet worden. Das Monopol der humanistischen Gymnasien, das seit Jahrhunderten schwer auf dem deutschen Schulwesen lastet, muß in ganz Deutschland beseitigt werden. Es liegt kein Grund vor, den Oberrealschul-Abiturienten den Zutritt zum medizinischen Studium zu versperren, zumal man doch schon den Abiturienten der Realschulen die Zulassung gewährt hat. Wenn das humanistische Gymnasium für das Studium der Theologie und der klassischen Philologie die geeignete Grundlage abgibt, so ist die Oberrealschule zur Vorbildung für das ärztliche Studium besonders geeignet. Gewiß sind Kenntnisse des Lateins notwendig für die Mediziner, aber es ist gleichgültig, wie sich der Kandidat diese Kenntnisse erwirbt. Der Einwand, daß der Zutritt zum medizinischen Studium durch die Zulassung der Realschulabituienten vergrößert werden wird, ist unsinnig; die Zahl der Studierenden ist keineswegs dadurch gestiegen, daß die Realschulabituienten zugelassen wurden. Wir bitten den Reichstagsrat, unserer Resolution Folge zu geben. Sie bewegt sich ganz in der Richtung des kaiserlichen Erlasses vom 20. November 1900, durch den die Abiturienten der Realschulen zugelassen wurden. Mit jenem Erlass hat eine neue Periode in der Entwicklung unseres Schulwesens eingesetzt zum Segen unserer Nation. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Wankel (natl.): Auch meine politischen Freunde werden für die von dem Abg. Eichhoff begründete Resolution stimmen. — Was Abg. Erzberger gegen den Hausierhandel gesagt hat, mag für manche Gegenden des platten Landes zutreffen. Aber wir dürfen auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. (Sehr richtig! links.) Viele tüchtige Epikureer, manche kleine Weber zum Beispiel können ihre Fabrikate gar nicht anders absetzen. — Das Zentrum hat wieder eine Reihe von Statistiken beantragt. Ich bitte Sie, wirklich nur die dringend notwendigsten zu beschließen. Dazu gehört die über die Erteilung von Wandergewerbebescheinigungen. Durch solche Statistiken werden Sie die Arbeitslosigkeit der sowieso schon überlasteten Verwaltungsbehörden. Die vom Abg. Bedelgebende rechtliche Vorsehung der Agenten halten wir gleichfalls für notwendig. Ebenso werden wir wieder dem Antrage auf Regelung des gesamten Automobilverkehrs zustimmen. Wir möchten gern von der Reichsregierung Auskunft darüber, welche Schritte sie bisher schon in dieser Richtung getan hat. Auf die anderen Resolutionen werden Parteifreunde von mir noch näher eingehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ueber das Verhältnis von sozialpolitischer Belastung zum Reinertrag bei den Handwerksmeistern war die Behauptung aufgestellt worden, daß ein Unternehmer mit 18 Gehelnen und drei Lehrlingen kaum 4000 Mark jährlich verdiene. Ich hatte mich damals bereit erklärt, eine nähere Prüfung dieser Angabe eintreten zu lassen. In dankenswerter Weise hat mir nun ein Berliner Tischlermeister seine Bücher zur Verfügung gestellt, und der Mathematiker des Reichs-Verkehrsamtes hat bis auf den Nennig das Verhältnis der Versicherungsbeträge zum Reingehalt berechnet. Daß der Mathematiker sich getäuscht haben sollte, wird auch der Abg. Dr. Pauli (Heiterkeit) nicht behaupten. Diese Ziffern und diese Berechnung ist unbedingt sicher und zuverlässig. Ich habe gehört,

daß eine Versammlung von Handwerksmeistern gegen diese Feststellung protestiert hat. Das habe ich nicht verstehen können. Man kann doch nicht dagegen protestieren, daß zweimal zwei gleich vier ist. Das kann unter Umständen für einen Beteiligten unangenehm sein. Aber man kann dagegen nicht protestieren, ebensowenig wie man auf den Barometer schimpfen kann, wenn er schlecht Wetter zeigt. Hier aber ist sogar auf den Barometer geschimpft worden, weil er gut Wetter für die Handwerksmeister angezeigt hat. (Sehr gut! links.) Vielleicht habe ich das Unglück gehabt, einen ganz besonders gutgeknuteten Tischlermeister zu treffen. Aber ich habe niemals behauptet, daß meine Untersuchung die Verhältnisse in allen Tischlereien erschöpfte. Dazu wäre eine Enquete über die Reinerträge sämtlicher Tischlereien ganz Deutschlands notwendig gewesen, und die meisten hätten ja einen solchen Einblick gar nicht gestattet. Man hat eingewandt, es sei merkwürdig, daß ich einen einzelnen Tischlermeister gefragt hätte und nicht den preussischen Herrn Finanzminister über die Ergebnisse der Einkommensteuer. Aber der hätte mir geantwortet: Ich bedauere, Ihnen keine Antwort geben zu können, weil die Ergebnisse der Einkommensteuer unbedingt secret sind.

Der Abg. Pauli hat die Frage nach der Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabrik für sehr einfach erklärt. Ich wäre ihm aufrichtig dankbar, wenn er mir eine brauchbare Fassung für die Novelle zur Gewerbe-Ordnung liefern könnte. Er ersparte uns bedeutendes Kopfzerbrechen damit. (Heiterkeit.) Ich habe mit dem preussischen Handelsminister diese Frage sehr eingehend erwogen. Er hat eine sehr dankenswerte Zusammenstellung gegeben, aber gelöst kann diese Frage nur auf dem Wege der Gesetzgebung bei der Novelle zur Gewerbe-Ordnung werden, die ja so wie so in nicht allzu langer Zeit kommen wird.

Der Abg. Erzberger hat eine häufigere Revision der Gastwirtschaften und Wädereien durch die Gewerbe-Inspektoren gewünscht. Ich glaube, daß die Überwachung derjenigen Betriebe, für die nach § 120a der Bundesrat besondere Bestimmungen erlassen hat, doch vorwiegend der Polizei überlassen bleiben muß.

Die Stellung der Reichsregierung zu den Konsumvereinen hat mein Amtsvorgänger bereits in einem Erlasse vom 20. Oktober 1890 festgelegt. Der Grundgedanke ist unbedingt Neutralität. Ich glaube, daß die Reichsregierung an dieser Stellung festhalten wird.

Ueber die Statistik nach der Zahl der Wandergewerbebescheine hat schon der Abg. Wankel zutreffende Worte gesagt. Glauben Sie mir, daß durch weitergehende Anforderungen an die Statistik eine Gefahr für das Funktionieren unseres Beamtenapparats heraufbeschworen wird. Die Beamten sollen doch aus ihren Studien herauskommen, Menschen und Verhältnisse kennen lernen. Aber wenn sie in dieser Weise mit Statistik belastet werden, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, so müssen wir entweder ihre Zahl sehr erheblich vergrößern oder die Beamten müssen eben den ganzen Tag in der Amtsstube mit statistischen Arbeiten verbringen und werden der wichtigsten praktischen Verwaltungsarbeit entzogen. (Sehr richtig! links.) Wir bieten schon ein enormes statistisches Material, aber ich warne Sie, den Bogen weiter zu spannen. (Sehr richtig! links.)

In Bezug auf die Lehrlingszucht lassen ja die Bestimmungen unserer Gewerbe-Ordnung nur zu, daß in den Einzelstaaten darüber Verordnungen erlassen werden. Ich kann keine Auskunft darüber geben, was für Verordnungen in den einzelnen Staaten nun tatsächlich erfolgt sind. Auch der Bundesrat hat eine Eingabe in dieser Richtung gemacht. Dies ist jetzt Gegenstand unserer Erwägungen.

In betreff der Sonntagruhe kann ich sagen, daß im Reichsamt des Innern darüber Vorarbeiten gemacht werden und das Resultat derselben im Laufe der nächsten Tagung des Reichstages Ihnen vorgelegt werden wird.

In betreff der Heimarbeit der Zigarrenarbeiter liegt eine Petition dem preussischen Staatsministerium vor und wird Gegenstand der Erwägungen desselben sein und zur Instruktion der preussischen Stimmen im Bundesrat dienen.

In betreff der Straßenbahn-Angestellten habe ich mit dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gesprochen. Er hat mir zugesagt, eine Erhebung über ihre Arbeitszeit selbst vornehmen zu lassen und mir darüber seinerzeit Mitteilung zu machen.

Die ständige Ausstellung der Unfallversicherung in Charlottenburg war so gedacht, daß jeder Unternehmer in ihr seine Fabrikate kostenlos ausstellt und daß das Reich die elektrische Kraft usw. dazu liefert. Eine Anschaffung von Apparaten seitens des Reiches würde nur dazu dienen, um ein ungeheures Musterlager von allem Eisen zu verschaffen. (Heiterkeit.) Wenn daran der fernere Wunsch geknüpft wurde, in die Ausstellung auch die Modelle ganzer hygienischer Musterbetriebe aufzunehmen, so würde dies allerdings nur möglich sein, wenn das Reich solche Modelle ankauft. Ich bin gern bereit, mich über diese Frage mit den verbündeten Regierungen in Verbindung zu setzen.

Es ist ferner gestern auch gesprochen worden über die Unfallversicherung in landwirtschaftlichen Betrieben. Die Untersuchung darüber wird vom Reichs-Versicherungsamt mit größter Sorgfalt betrieben. Auf einer Tagung der landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten in Straßburg hat man sich über bestimmte Punkte geeinigt. Von einer Anzahl Berufsvereinigungen sind schon Entwürfe über Unfallversicherung eingereicht, und von den übrigen wird dies wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres geschehen, so daß die ganze Frage dann geregelt sein wird.

Abg. Eichhoff hat den Wunsch ausgesprochen, daß auch den Oberrealschul-Abiturienten die Befähigung für das ärztliche Studium zugesprochen werde. Ich persönlich bin allerdings der Ansicht, daß, nachdem das juristische Studium für sie freigegeben ist, es sich auf die Dauer auch nicht wird halten lassen, ihnen das medizinische zu verschließen. Wie die Herren wissen, steht man in Preußen dieser Forderung günstig gegenüber. Wie die Sache aber im Bundesrat steht, kann ich zurzeit noch nicht sagen.

Ich habe mich hier im Reichstag einmal über die Assoziation des Kapitals ausgesprochen und es hat sich daran in der Presse eine lange Erörterung geknüpft, leider nur auf Grundlage der Zeitungsberichte, nicht auf der des stenographischen Berichtes meiner Rede. Darüber kann doch kein Mensch zweifelhaft sein, daß in der heutigen Zeit, wo so gewaltige Kulturaufgaben gelöst werden müssen, eine Assoziation des Kapitals dringend notwendig ist. Viele große Aufgaben, z. B. die Alpen-Eisenbahn, Fahrstraßen, große Fabriksbetriebe, eine Anzahl großer Handelsinstitute wären ohne sie undenkbar. Wenn sie also die Assoziationen absolut bekämpfen, so sind nur zwei Wege möglich: entweder eine ganze Masse großer Kulturaufgaben können nicht mehr gelöst werden, und darin würde doch jeder einen Kulturrückschritt sehen, oder man würde alle diese Leistungen dem Staate zumuten müssen, und dann käme man zu dem Kollektivismus, der hier von der äußersten Linken gewünscht wird. Sie wissen, daß viele Kreise des Bürgertums entgegen der Absicht des preussischen Staates jetzt schon die Verstaatlichung des gesamten Bergbaues wünschen und daß neulich in einer konservativen Versammlung die Einführung eines Schlepplomonopols für nicht genügend erachtet wurde, sondern verlangt wurde, daß die gesamte Schifffahrt verstaatlicht werde. Manche Kreise bekämpfen sogar die Aktiengesellschaft schlechtin. Ich bin durchaus nicht, wie es in der Presse geschrieben hat, ein Verteidiger der Warenhäuser, aber darf man nicht gegen die Kapitalassoziation im allgemeinen vorgehen. Sonst kommen wir entweder zur Individualwirtschaft zurück oder wir nähern uns dem Kollektivismus. Als der australische Kollektivist Dr. Watson an die Spitze des australischen Staatenbundes berufen wurde und man nun von ihm verlangte, er sollte sein kollektivistisches Programm durchführen, da erklärte er, man müsse in der ganzen Frage sehr vorsichtig vorgehen, sie von kommerziellen Standpunkte aus behandeln und die Durch-

führung des Programms abhängig machen von der finanziellen Frage, von der Frage, ob das nötige Geld vorhanden sei. Ja, meine Herren, das hätte irgend ein Vertreter einer bürgerlichen Partei auch sagen können. (Sehr richtig! rechts.) Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat jüngst scharfe Worte gegen die Trusts gesprochen. Es kam allerdings einen Großhändler in der Assoziation geben, der keine Selbständigkeit neben sich mehr anerkennen will, der womöglich nicht mehr national bleiben will, sondern danach strebt, gewisse Zweige der Industrie in der ganzen Welt zu monopolisieren und zu kontrollieren. Wenn das geschieht, kann man allerdings den Wegern recht geben; sollten sich solche Zustände auch bei uns entwickeln, wie sie sich in Amerika zum Teil entwickelt haben, dann müßte der Staat einschreiten. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Frage der Kartelle ist eine sehr verwickelte. Sollten sich aus der Enquete irgendwelche Anhaltspunkte für das Einschreiten der Gesetzgebung ergeben, so müßten Gesetze geschaffen werden, nicht damit irgend etwas geschieht, sondern damit der Zweck der Vereinfachung dieser Auswäse der Kapitalassoziation sicher erreicht wird.

Ueber die Frage der Sicherung der Bauforderungen liegt im preussischen Staatsministerium ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf vor. Wegen den allgemeinen Befähigungsnachweis des Handwerks hat sich die Mehrheit der Handwerker selbst ausgesprochen. (Rein! nein! rechts, Sehr richtig! links, Zuruf rechts: Das sind nur die Freisinnigen!) Sie erlauben, daß ich Ihnen nach einem Bericht der „Abendlichen Zeitung“ vom 13. Februar d. J. mitteile, daß sich jetzt bereits die Mehrheit der deutschen Handwerkskammern, insbesondere sämtliche süddeutschen Kammern, dahin ausgesprochen haben, daß der Befähigungsnachweis nicht nur ausschließlich, sondern geradezu schädlich für das Handwerk sei. (Hört! hört! links.) Ich bitte Sie aber, betrachten Sie die Frage als eine rein akademische. Die verbündeten Regierungen sind ausnahmslos der Ansicht, daß gar nicht daran zu denken sei, einen Befähigungsnachweis für das Handwerk im allgemeinen einzuführen. (Bravo! links.) Da die verbündeten Regierungen genau dieselbe Bedeutung für die Reichsgesetzgebung haben, wie dieses hohe Haus, so wird eine Einigung über diese Frage nicht möglich sein. Man sollte diese Frage daher einfach zu den Akten legen. (Hört! hört! und lebhaftes Bravo! links.) Aber der Befähigungsnachweis für die Bauhandwerker ist eine andere Sache. Die kommende Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird hierüber Bestimmungen enthalten; in welcher Form, kann ich heute noch nicht mitteilen.

Schließlich noch ein paar Worte über den Automobilverkehr. Bis jetzt ist eine Regelung noch nicht erfolgt. Es ist jedoch eine Bundesrats-Verordnung beabsichtigt, welche den Verkehr der Automobile und auch den der Fahrräder regeln wird. Diese Verordnung wird in nicht langer Zeit erfolgen. Eine ganz andere Frage ist die der Haftpflicht der Automobilbesitzer. Sie liegt auf privatrechtlichem Gebiete. Innerhalb der Reichsregierung werden Erwägungen gepflogen, ob man eine solche Haftpflicht für den einzelnen Automobilbesitzer aussprechen sollte, oder ob man für alle Automobilbesitzer eine Zwangsversicherung schaffen soll, welche dann alle Haftansprüche zu befriedigen hätte. In der nächsten Zeit wird unter Zuziehung der Automobilvereine eine Regelung dieser Frage eintreten.

Abg. Kamb (Antif.): Wir hoffen, daß die Regierung den Bergesherrn im Ruhrrevier die Schärfe des Gesetzes zeigen wird. Die Warenhäuser sind nicht bloße Kapitalassoziationen wie andere auch; sie verdienen ihre Erfolge Kapitalisten, die mehr auf dem Gebiete der Gewerbmoral als auf dem der Rationalökonomie liegen. — Redner wünscht, daß die Gürtner möglichst bald der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden und daß die Portiers und Fahrstuhlführer der Wohlthäter der Sozialreform teilhaftig werden. Dringender Berücksichtigung bedarf die Petition der Wärmeschiffver um Sonntagruhe; es sind Arbeitgeber, von denen die Petition ausgeht; sie sehen ein, daß sie kein geeignetes Personal mehr bekommen werden, wenn in ihrem Gewerbe nicht gesetzliche Ruhepausen geschaffen werden. — Die Handlungsgehilfen sind dankbar für die Errichtung der Kaufmannsgerichte, wünschen aber energischer und allgemeinere Durchführung des Gesetzes; eine Anzahl großer Kommunen sträuben sich gegen die Errichtung dieser Gerichte und hinter diesem Sträuben verbirgt sich wohl die Abneigung einflussreicher Kaufmannskreise gegen das ganze Gesetz. Handlungsgehilfen sind entlassen worden, weil sie auf die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen drängen. (Hört! hört!) bei den Antifemiten, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) oder weil sie sich weigerten, aus ihrer Organisation auszutreten. (Hört! hört!) Redner fordert Ausdehnung der Sonntagruhe, Regelung der Kontorarbeit, Befreiung der Privatbeamten, und geht auf die Frage der sogenannten „Schmiergelber“ ein. Nicht die Bestochenen, sondern die Bestocher müssen in erster Linie getroffen werden; kommt man zu einer gesetzlichen Regelung, so könnte vielleicht der preussische Gesetzentwurf bei den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter als Muster dienen, der die Verlekker schärfer trifft als die Verlekketen. — Redner bespricht die Verringerung der Lage der Seeleute und bemängelt die Vermögensverluste der See-Vereinsgenossenschaft. Die Angriffe auf die See-Vereinsgenossenschaft im Reichstage haben das gute gehabt, daß sie jetzt ihre Aufgaben etwas ernster auffaßt. Aber noch heute werden noch nicht 10 Proz. aller Schiffe jährlich beschäftigt. (Hört! hört!) Die Ladelinie scheint noch keineswegs überall vorhanden zu sein, wie die Verhandlung über den Untergang des Schiffes „Lutetia“ zu beweisen scheint. Der große Dampfer „Magdeburg“ hat keine Ventilationsvorrichtungen; im Kesselraum herrschen 45 Grad Celsius. (Hört! hört!) Es ist somit nicht zu verwundern, daß so viele Heizer und Trimmer durch Selbstmord enden. Zu tadeln ist auch das rasende Fahrtempo. Die Rechtsprechung der Seeämter erregt in weiten Kreisen Bedenken; namentlich die stereotypische Phrase: „Schiffsleitung trifft keine Schuld“ ruft vielfach Kopfschütteln hervor. Der Staatssekretär riet den Handwerklern, sich nicht über die sozialpolitische Belastung zu beklagen. Die notwendigen Lasten der Sozialreform tragen die Handwerker herzlich gern. Aber zur Kritik der unbegründeten hohen Verwaltungskosten halten wir uns für berechtigt. Von der Umlage einer Berufsvereinsgenossenschaft in meinem Wahlkreise sollte nur 1/4 zu Entschädigungen verwendet und alles übrige in den Betriebsfonds getan werden. Da kann man sich dann über Beschwerden aus dem Handwerkerstande nicht wundern; sinnlos Geld hinauszuwerfen, haben es die Handwerker nicht die genug. Die notwendigen Lasten aber werden wir gern und freudig tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wankel (fr. Sp.): Abg. Pauli beklagte sich über die Offiziers- und Beamtenvereine. Ich bedauere, daß er seinen Einfluß nicht aufwandte, seine Fraktion zur Annahme der seinerzeit eingebrachten Resolution gegen diese Vereine zu bestimmen. Der Abg. Pauli interessierte sich auch für den Schutz des Gelellentitels. Vom Titel ist noch niemand satt geworden. Die Lehrlingsausbildung soll zurückgegangen sein. Aber ich würde doch darüber eine Statistik fordern, wenn wir nicht schon gehört hätten, daß wir das nicht sollen. (Heiterkeit.) Ich habe den Eindruck, daß die Zunahmen auf diesem Gebiet viel zu schnell gegen die Missethäter vorgehen. (Sehr wahr! links.) Ich habe mich gefragt, daß die Regierung mit solcher Bestimmtheit den Befähigungsnachweis abgelehnt hat. Es ist zu hoffen, daß die Handwerker nun allesamt erreichbaren Flees zustreben werden. Von der Befähigung zur Bildung von Zwangsvereinen hat ja auch nur eine Minderheit der Handwerker Gebrauch gemacht. Aber man darf den Befähigungsnachweis auch nicht für eine neue Gewerbe anerkennen, wenn man ihn allgemein ablehnt. Entweder überall Prüfungszwang oder nirgends! Auch im Baugewerbe wird ein wirksamer Bauarbeiteraus-

blei mehr zur Vermeidung der Unfälle tun, als der Befähigungs- nachweis. (Sehr richtig! links.) Die Abgrenzung der Begriffe „Handwerk“ und „Fabrik“ halten auch wir für notwendig. — Herr Erzberger hat wieder gegen den Kolportagehandel angekämpft. Ich glaube, er dürfte milder, wenn es sich dabei um den Vertrieb von Traktäten handelt. (Sehr gut! links.) Nun zum Abg. Wurm. Dem höheren Untergrunde müssen doch etwas hellere Farben aufgesetzt werden, wenn man ein richtiges Bild der Wirklichkeit erhalten will. Schon längst fehlt es nicht mehr dem ganzen Unternehmertum an sozialpolitischem Verständnis. Vor allem aber habe ich bedauert, daß Abg. Wurm durch die Behauptung, der Industriearbeiter verelende, den Agrariern neue Waffen geliefert hat. Die Todesursachen der Statistik der letzten 25 Jahre beweisen im Gegenteil einen Rückgang der Sterblichkeit von Jahr zu Jahr. Den Behauptungen des Abg. Wurm muß ich den Satz entgegenhalten, auf den ich den größten Wert lege: Die nationale Wehrkraft leidet unter der industriellen Entwidlung nicht. Zum Beweise beziehe ich mich auf die Statistik des deutschen Landwirtschaftsrats sowie auf die zweite Auflage von ihres Parteigründers Friedrich Engels Werk „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, wo es ausdrücklich heißt, diese Verelendung der Industriearbeiter sei heute, Ende der 90er Jahre, vorbei. Die Idee der Sozialreform umfaßt heute nicht nur die Parlamente, die unter dem Druck des allgemeinen Wahlrechts stehen, sondern sie zwingt selbst widerstrebende Stadtverwaltungen langsam, aber doch merklich in ihren Vam.

Unter den sozialen Reformen, die wir in erster Linie fordern, steht der Ausbau des Koalitionsrechts.

Der jetzige Rechtszustand ist jedenfalls unhaltbar. Die Vorarbeiten der Gesetze über die Rechtsfähigkeit von Vereinen widersprechen sich zum Teil. Der Gipfel der Widersprüchlichkeit ist es, daß ein nicht-rechtsfähiger Verein wohl verklagt werden kann, aber nicht seinerseits die Anklage erheben kann. (Hört! hört! links.) Ein Vergleich mit England ist ungemein lehrreich: Dort werden die Trades-Unions auf jede Weise gefördert, bei uns gilt es schon als etwas Ungeheuerliches, wenn ein junger Geheime Rat einmal auf einem Gewerkschaftskongress erscheint. Diese Eingebundenheit sollte man beseitigen. Der nichtsozialdemokratische Arbeiterkongress in Frankfurt hat mit besonderer Energie die Forderung der Sicherheit des Koalitionsrechts erhoben. Das hätte der Regierung einen neuen Anstoß geben sollen, ebenso der Kostenarbeiterstreik. Ich hoffe, daß dem Reichstage bald ein Gesetzentwurf nach dieser Richtung hin vorgelegt werden wird. Graf Posadowsky hat von dem Großenrat der Assoziationen gesprochen. Aber dieser Rat ist vielfach bereits Wirklichkeit geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Syndikate machen den freiesten Gebrauch von ihrem Koalitionsrecht. Das Wohl und Wehe von Tausenden liegt in den Händen von wenigen. — Ueber die Frage der Arbeiterkammern muß noch eine weitere Klärung eintreten. Diese Arbeit scheint mir noch nicht völlig reif zu sein. Deshalb halte ich es für richtig, zuerst die Sicherheit des Koalitionsrechts durchzuführen. — Von der Zentrumsresolution betreffs Regelung der Arbeitszeit können wir dem ersten Abschnitt nicht zustimmen, weil wir eine generelle Ordnung auch für männliche erwachsene Arbeiter nicht für möglich halten, wohl aber stimmen wir für Absatz 2 und 3, weil wir glauben, daß sich die zehnstündige Maximal-Arbeitszeit für Frauen sehr wohl durchführen läßt, ohne daß Saison- oder Gewerbe, wie die Spinnerinnen, darunter zu sehr leiden. Im übrigen muß die Regelung für jedes Gewerbe einzeln durchgeführt werden. — Betreffs der Arbeitslosenversicherung wünschen wir eine Beschleunigung der Erhebungen. Im ganzen wäre eine größere Einheitlichkeit unseres gesamten Versicherungswesens dringend notwendig, einschließlich der Witwen- und Waisenversorgung. Es ist ein Unfug, daß es in Deutschland 2000 verschiedene Krankenkassen gibt, darunter ganz lebensunfähige Zwangsvereine von weniger als 100 Mitgliedern. Vielleicht ließe sich schon jetzt eine Vereinheitlichung der Kranken- und Invalidenversicherung durchführen.

Zuletzt einen raschen Blick über die Reichsgrenzen hinaus auf die internationale Sozialpolitik! Ein großer Anfang ist da gemacht durch das sozialpolitische Abkommen zwischen Frankreich und Italien. Deutschland hat in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien wenigstens das gegenseitige Versprechen aufgenommen, eine gemeinsame Regelung gewisser Arbeiterschutzbestimmungen zu versuchen. Die Schweiz ladet zu einer Konferenz ein. Von allen diesen hoffnungreichen ersten Versuchen darf man sich auch durch den Mißerfolg der Arbeiterkongress-Konferenz von 1890 nicht abdrücken lassen. Der hauptsächlichste politische Zweck der Sozialpolitik, die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden Zuständen zu beseitigen, wird aber nicht erreicht werden können, so lange den Arbeitern durch eine verkehrte Sozialpolitik die Lebensmittel erhöht werden und so lange alle höheren Verwaltungstellen mit Leuten besetzt werden, die keinerlei Fühlung mit dem Volke haben. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Wurm (Antis.): Außer den Arbeitern gibt es auch andere Stände, die des sozialpolitischen Schutzes bedürfen. Graf Posadowsky will in bezug auf seine Ausführungen über Kapitalassoziationen mißverstanden sein. Er hat überhaupt immer das Bede, mißverstanden zu werden. Er soll sich doch deutlicher ausdrücken! Die Warenhäuser sind nicht in erster Linie durch die besseren Verkehrsbedingungen bedingt, sondern durch die Bequemlichkeit der Käufer. Die sogenannten billigen Lagen erweisen sich als ein vorzügliches Ladmittel, um die Kaufkraft künstlich anzustacheln. Die Warenhäuser sind kein Produkt besonderer Intelligenz — diese ist vielmehr in den großen, leistungsfähigen Spezialgeschäften zu suchen —, sie sind eine Spekulation auf die Dummheit der Massen, ein staatlich konzentriertes Raubsystem. (Gelächter.) Ich habe sogar einen Offizier in Uniform Schokolade bei Wertheim trinken sehen. (Heiterkeit. Rufe: Schrecklich!) — Redner kommt auf die Frage des Hausratshandels zu sprechen und verlangt Beschränkung desselben auf selbst gefertigte Gegenstände. — Die Krankheitsziffern der Landarbeiter, die Herr Wurm gestern anführte, sind falsch. — Die Masse der Handwerker ist für den Befähigungsnachweis; selbst freisinnige Handwerker sind im innersten Herzen dafür. (Widerpruch links.) Mindestens muß mit dem Befähigungsnachweis für Bauhandwerker ein Anfang gemacht werden. Graf Posadowsky hat sich in der Frage der Mittelstands- und Sozialpolitik immer weiter nach links drängen lassen. Er ist es, der fortwährend für eine übertriebene Beschleunigung der Sozialreform in allen Reformen eintritt. (Rufe links: Ra! Ra!) Wir wünschen, daß sich der Staatssekretär wieder zu gesunden Anschauungen belehren möge. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Balkeström schlägt vor, am Mittwoch die heutige Debatte fortzusetzen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) beantragt zur Geschäftsordnung, morgen oder doch wenigstens Ende der Woche einen Schwerinstag abzuhalten. Es lägen zu dieser Zeit die Positionen so viele Resolutionen vor, daß durch Einschlebung eines Schwerinstages schwerlich eine Verzögerung eintreten dürfte.

Präsident Graf Balkeström: Es ist meine Pflicht, die Arbeiten des Reichstags zu fördern. Zu den Arbeiten des Reichstags gehört in erster Linie die Beratung der Reichshaus- haltung. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn das Haus beschließt, morgen nicht in der Staatsberatung fortzuführen, so werde ich ja seinen Beschluß ausführen. Aber wir haben im vorigen Jahre zu den noch ausstehenden Etatteilen in der zweiten Beratung 38 Tage, in der dritten Beratung 5 Tage, in Summa 41 Tage gebraucht. Dieses Jahr stehen uns bis zu Beginn der neuen Etatsperiode nur noch 20 Tage zur Verfügung. (Hört! hört! in der Mitte.) Im vorigen Jahre war die Frist zwischen Neujahr und Ostern sehr kurz, dieses Jahr ist sie sehr lang. Aber selbst, wenn wir bis zum 14. April sitzen, an welchem Tage wir uns spätestens vertagen müßten, so stehen uns im besten Falle nur 38 Tage zur Verfügung. Wenn wir davon noch sieben Schwerinstage abziehen, wird auch diesmal der Etat nicht einmal bis Ostern fertig. — Das habe ich einmal dem Plenum sagen wollen; dem

aus der Vertrauensmänner-Vorberatung im Seniorensenat bringt es nicht an die Öffentlichkeit. Ich will alles mögliche getan haben, um die notwendigen Arbeiten des Reichstages zu fördern. (Bravo! in der Mitte.)

Abg. Gröber (Z. zur Geschäftsordnung): Die diesen Resolutionen, die wir jetzt beraten, sind in Wahrheit nichts anderes, als Initiativanträge. Das rechtfertigt es, wenn wir bis zur Beendigung der Debatte über diesen Titel auf Schwerinstage verzichten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (zur Geschäftsordnung): Dadurch würden die Parteien befreit werden, die ihre Initiativanträge nicht in die Form von Resolutionen gekleidet haben. Auch nach meinem Vorschlage würde morgen über soziale Fragen verhandelt werden, wenn auch in der Form von Initiativanträgen. Das entspricht dem Interesse der Parteien, die noch nicht etwa mit dem Toleranzantrage ihr Schicksal ins Trockene gebracht haben. (Widerpruch und Unruhe im Zentrum.) Für diese sozialpolitische Debatte gilt ja auch das Wort:

Es regnet, was es regnen will,
Und regnet seinen Lauf,
Und erst wenn's ausgereget hat,
Dann hört es wieder auf.

(Große Heiterkeit.)

Abg. v. Staudy (L.): Der Präsident hat uns vor einiger Zeit selbst versprochen, die Schwerinstage möglichst gleichmäßig zu verteilen. Deshalb wünschen auch wir, wenn nicht morgen, so doch noch in dieser Woche Abhaltung eines Schwerinstages.

Präsident Graf Balkeström: Der Abg. v. Staudy hat meine Aeußerung ganz richtig wiedergegeben, aber zunächst ist es meine Aufgabe, die notwendigen Arbeiten des Reichstages zu fördern.

Abg. Dr. Müller-Sagan zieht seinen Antrag für morgen zurück, stellt aber für den Schluß der Freitagsberatung den Antrag auf Abhaltung eines Schwerinstages für Sonnabend in Aussicht.

Abg. v. Staudy (L.) behält sich für seine Partei vor, am Freitag den gleichen Antrag zu stellen.

Für morgen bleibt's also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über das Reichsamt des Innern.

Schluß 5/4, Uhr.

Militär-Etat.

Die Döberitzer Prachtstraße.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Dienstag zunächst über die Forderung für den Grundwert zu einem Gebäude für das Reichs-Militärgericht verhandelt. Das Gebäude soll an die „Prachtstraße“ nach Döberitz kommen — der Quadratmeter kostet nur 180 Mark! Von verschiedenen Seiten wurde gegen diese Forderung lebhafter Einspruch erhoben. Abg. Dr. Sadekum wies darauf hin, daß die Militärverwaltung noch Terrain genug zur Verfügung habe; es liege keinerlei Verpflichtung vor, privaten Wünschen irgend einer Stelle nach prachtvoller Ausgestaltung der Heerstraße nach Döberitz Rechnung zu tragen. Ein Terrain an der Königgräberstraße sei ja frei und werde für ungefähr 1000 Mark pro Jahr an einen Gastwirt zu einer Musikhalle verpachtet; man solle doch erst die vorhandenen Baupläne ausnützen. Abg. Müller-Sagan verlangte sofortige Auskunft über die Verpachtung des Platzes an der Königgräberstraße. Für das Reichs-Militärgericht müsse ein neues Gebäude unbedingt geschaffen werden, aber man könne dazu billigeres Gelände finden. Abg. Graf Oriola sprach gleichfalls Bedenken gegen die Forderung aus. Der Kriegsminister sagte, daß der Wert in der Königgräberstraße ungefähr 5000 M. pro Jahr für den Platz zahlen müsse; er wolle um Aufklärung telefonieren; außerdem habe der Wirt seine Halle nur auf halbjährliche Kündigungsfrist errichten dürfen.

Abg. Dr. Baasche trat lebhaft für die Forderung ein, denn das oberste Militärgericht müsse eine „anständige Lage“ haben und die sei in Charlottenburg gegeben. Auf die Bemerkung des Abgeordneten Dr. Müller, daß man für den 14. Teil des geforderten Betrages anderwärts ein geeignetes Terrain haben könne, behauptete General v. Massow, es könne das Militärgericht nur nach Berlin oder nach Charlottenburg gelegt werden, die beide „Residenzstädte“ wären! Gegen diese Darlegungen wandte sich Abg. Dr. Sadekum mit dem Hinweis darauf, daß diese Begründung geradezu unglaubwürdig sei: Sie des Reichs-Militärgesetzes sei nach dem Gesetze Berlin, nicht aber die Residenz des Kaisers, als welche ja auch etwa Kassel oder Königsberg in Frage kommen könnten. Man solle nicht vergessen, daß der Bau an der Prachtstraße andere Prachtbauten dort nach sich ziehen werde: dem Reiche werde eine Verbilligung von Millionen und Millionen kosten! Der Reichsstaatssekretär erkannte an, daß man auch andere Plätze in Aussicht gehabt habe, aber der geforderte sei der beste. Vielleicht könne man vorerst nur 25 000 M. für Pläne einsehen und den Kaufpreis erst im nächsten Jahre anfordern. Auch Prinz v. Arenberg äußerte ernste Bedenken gegen den Plan. Abg. Bebel fragte, wo denn die anderen Plätze gelegen seien? Die Forderung sei unter allen Umständen zu hoch. Für Projektierung dürfe man nichts bewilligen. Man wolle um jeden Preis Monumentalbauten für die Döberitzer Straße haben, alles arbeite auf Prunk, Glanz, Parade hinaus; von altpreussischer Einfachheit sei nichts mehr zu spüren. Abg. Dr. Müller-Sagan und Erzberger beantragten Streichung der ganzen Forderung; das Haus sei mit 98 Diensträumen vorgesehen, das ganze Militärgericht habe aber nicht einmal 50 viel Beamte! Ob man auch einen eigenen Sitzungssaal für den bayerischen Senat mit seinen 11 Urteilen pro Jahr bauen wolle? Abg. Freiherr v. Rüdiger sprach auch im Namen der Konföderativen aus, daß sie gegen die Forderung stimmen würden. Nur Abg. Dr. Baasche blieb unerschütterlich in seiner Verteidigung der Position.

Die Position wurde dann einstimmig abgelehnt; auf die Anregung des Reichsstaatssekretärs ging die Kommission gar nicht erst ein!

Kavallerievermehrung.

Die nach der vorgelegten Novelle über die Friedenspräsenzstärke zu bewilligende Heeresvermehrung um 8 Bataillone Infanterie, 9 Regimenter Kavallerie (28 Schwadronen), 2 Bataillone Fußartillerie, 3 Pionierbataillone, 1 Telegraphenbataillon und eine Trainkompagnie wird eine dauernde Mehrausgabe von 11,8 Millionen Mark pro Jahr und eine einmalige von 62 Millionen Mark bedingen. Der Referent Abg. v. Oern erbat Auskunft besonders über die Vermehrung der Kavallerie von der Regierung. Korreferent Abg. Koerer meinte, man müsse das zur Ausfüllung der Lücken Notwendige bewilligen; aber man könne noch nicht entscheiden, ob die Komplettierung nicht durch Verschiebungen möglich sei.

Der Kriegsminister v. Einem stellte die Frage so, ob Deutschland überhaupt zurzeit eines starken Heeres bedürfe oder nicht. Sollte man sie verneinen, dann sei er für Abrüstung, andernfalls solle man das bestehende Heer so ausstatten, daß die einzelnen Glieder gleichwertig würden. Die Leberhäuser einzelner Korps könne man vielleicht zur Komplettierung verwenden, aber man könne doch nicht auch die Kasernen usw. miteinnehmen. Bestimmte Anders sein daran am ärmsten; sie könnten nicht improvisiert werden. Was die allgemeine militärische Lage anlangt, so stehe fest, daß an unserer Ostgrenze die russischen Truppen nicht vermindert, wenn auch verändert worden seien. Auf alle Fälle müßten wir gegenüber dem Zweibund gerüstet sein. Es lasse sich eine Militärpolitik denken, die auf eine erhebliche Leberfüllung Frankreichs durch die Kopfgeld der Truppen abziele; aber ein paar Hunderttausend Mann mehr oder weniger machten's nicht, es komme darauf an, die Leberlegenheit auf gewissen Punkten durch die Führung zu erreichen.

Was die Kavallerievermehrung anlangt, so liege ihm diese am meisten am Herzen. Entgegen den Darlegungen Bebels in der ersten Sitzung habe man gerade in Frankreich neuerdings besonderen Wert auf die Durchbildung der Kavallerie gelegt. Die geringe Bedeutung der Kavallerie im russisch-japanischen Kriege sei

nicht maßgebend, da die Kavallerie nicht das sei, was man in Europa unter Kavallerie versteht; übrigens habe in der Handschraube eine bodenlose Verzeigerung der russischen Kavallerie stattgefunden; die Japaner hätten offenbar zu wenig Kavallerie, daher habe ihre Ausflüchtungen Mängel gezeigt und daraus seien die langen Verzögerungen in den Operationen erklärlich. Mit starken Kavalleriemassen hätten die Japaner vielleicht schon die russischen Zufuhrlinien zerstören können.

Ohne unsere starke Kavallerie wäre auch 1870 ein Sedan nicht denkbar gewesen. Dabei hätte aber 1870 die deutsche Kavallerie keineswegs auf der Höhe gestanden. Seit 1870 seien große Veränderungen im Kriegswesen vor sich gegangen. In erster Linie ständen die Umwälzungen in der Waffentechnik; dadurch sei die ganze alte Technik über den Haufen geworfen. Aus der allgemeinen Wehrpflicht seien die Massenheere mit ihren vielen Neuformationen geworden. Auch die Veränderungen im Bereich des Heeres hätten alle Bedingungen der operativen Bewegungen ganz geändert. Napoleon habe das System der Magazine verlassen, jetzt müsse man wieder dazu zurückkehren wegen der Waffen; daher würden die rückwärtigen Verbindungen empfindlicher. Der frontale Angriff könne keine Entscheidung mehr bringen. Man müsse Umschaltungen versuchen, die aber seien von den rückwärtigen Verbindungen abhängig.

Infanterie und Artillerie seien diesen Veränderungen schon gefolgt und seien wirkliche Volksheere geworden; wir könnten sie immer wieder kompletieren. Die Kavallerie sei ihrem Wesen nach eine kleine Truppe und habe deshalb diese Entwicklung nicht mitmachen können; die Zahl der Eskadrons seit 1870 habe sich nur von 460 auf 482 erhöht. Jetzt sei diese Zahl nicht mehr ausreichend. Manche Reformen in der Kavallerie seien schon durchgeführt worden, sie sei besser ausgerüstet und besser formiert.

Es sei zuzugeben, daß eine Verwendung der Kavallerie in einem künftigen Kriege sehr erschwert scheine; Attaken auf intakte Infanterie seien geradezu unmöglich bei der heutigen Bewaffnung. Auch die Aufklärungsarbeit sei viel schwieriger geworden in der Zeit des rauchlosen Pulvers; auch das Zahlenverhältnis sei ungünstiger für die Kavallerie geworden; aber trotz dem sei die Bedeutung der Kavallerie gegen früher gestiegen. Der russisch-japanische Krieg sei mit einem europäischen gar nicht vergleichbar; in Europa könne es nur nach Tagen zählen, bis die ersten Entscheidungen fielen. Dazu sei es notwendig, sofort Aufklärung zum Beginn der Operationen zu schaffen; das könne nur die Kavallerie. Auch die Bedeutung der Kavallerie für Entscheidungen werde jetzt vielfach unterschätzt. Gerade die Minderwertigkeit der heutigen Heere, die sichtbaren Wirkungen der modernen Waffen würden dazu führen, daß die Armeen bei Entscheidungen völlig erschüttert würden: in solchen Momenten sei die Kavallerie unschätzbar, sie könne einen Feldzug entscheiden. Es komme dabei wesentlich auch auf Zusammenfassung der Kavallerie in größere Verbände an; an den Kavallerie-Attaken in den Manövern werde man deshalb unter allen Umständen und trotz aller Kritik festhalten. Neben den großen Massen müsse auch der Korps- und Divisionskavallerie alle Aufmerksamkeit zugewandt werden. Jeder Heeresteil müsse mit der notwendigen Kavallerie ausgerüstet werden.

Nach einer Reihe von „geheimen“ Mitteilungen des Ministers wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Die italienische Eisenbahnerbewegung.

Rom, den 25. Februar. (Fig. Ber.)

Die Kommission der Eisenbahner hat heute nachmittags nach etwa 16stündiger Beratung, beschlossen, auf allen italienischen Bahnen die „Obstruktion“ anzuwenden zu lassen, d. h. durch skrupelhafteste und wortgetreue Befolgung des Reglements den Verkehr zu hemmen, um so den Bahnverkehr zu verzögern und teilweise aufzuheben. Der Beschluß wurde sofort allen Eisenbahnern bekannt gegeben. Das Agitationskomitee erließ darauf folgenden Aufruf an das Proletariat Italiens:

„In dem Augenblick, in dem die Masse der organisierten Eisenbahner sich gezwungen sieht, den Kampf um ihr gutes Recht aufzunehmen, fühlt sie das Bedürfnis, vor den Augen der Nation die ganze Last der Verantwortung zu enthüllen, die die jetzige Regierung auf sich geladen hat.“

Nachdem man in den Verhandlungen mit der Regierung der Eisenbahnen Hoffnung gemacht hatte, jenen Eisenbahnern, die während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren die Erweitervollung der zu ihrem Vorteil festgesetzten Bestimmungen ertragen haben, hat die Regierung Giolitti, gerade als ein friedliches Uebereinkommen unsere Organisationen in die Lage zu bringen schien, die Anwendung des äußersten Mittels abzuwenden, all unsere gerechtere Erwartungen zu nichte zu machen gesucht.

Die Regierung hat sich geweigert, den wesentlichen Teil unserer im Memorandum niedergelegten Forderungen zu berücksichtigen, welche Forderungen nur auf die Einlösung der bei dem Abschluß der Eisenbahnverträge von der Regierung übernommenen Verpflichtungen hinausliefen; mit unerhörter Kühnheit und reaktionärer Bitter hat sie die Absicht ausgesprochen, unsere Ausschließung aus dem gemeinen Recht zu sanktionieren, die Kette der Sklaverei an unseren Arm zu schmieden, unsere Organisationen sinnlos zu machen, indem sie ihnen das höchste Recht des Streiks antastet, um an seine Stelle ein parteiliches Schiedsgericht zu schaffen, eine Ausnahmeleggebung zum Schaden unseres Standes.

In dieser Stunde der Vergewaltigung, die wahrscheinlich das Vorbild bilden soll zu einer Verflüchtigung unserer ganzen Gewerkschaftsbewegung, fühlen wir das Recht und die Pflicht, im Namen der ganzen Arbeiterklasse Italiens mit allen Mitteln diesen Angriff zurückzuweisen und demütigen der öffentlichen Meinung dieses eines Kulturstaates unwürdige Verhalten, das uns zwingt, den Interessen des ganzen Landes entgegenzuhandeln.

Während wir die politischen Vertreter des Proletariats auffordern, um jeden Preis den reaktionären Gesetzentwurf zurückzuweisen, wenden wir uns an alle, die die Schmach und den Schaden dieser Reaktion zu werten verstehen und die große in ihr liegende Gefährdung aller unserer politischen Freiheiten begreifen, damit sie uns beistehen in unserem Kampfe gegen die Willkür und gegen die Vernichtung unserer Rechte und Bürgerrechte.“

Das Komitee tagt weiter, um ein Ultimatum der wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner aufzustellen, ein Minimum, von dem die Klasse nicht abgehen will.

Der ungeheure Ernst der Lage ist jetzt allen zum Bewußtsein gekommen. Weder der Parteivorstand noch die Parlamentsfraktion haben geglaubt, auf die Veratungen der Eisenbahner einzuwirken zu dürfen. Bei dem fürchtbaren Ernst der Lage aber haben beide die Verpflichtung gefühlt, Stellung zu nehmen gegen den Gesetzentwurf, der nicht nur die Eisenbahner, sondern das ganze Proletariat Italiens bedroht.

Gestern Abend hat die Parteifraktion über die neue Vorlage und die durch sie geschaffene Situation beraten. Die Fraktion gab der Auffassung Ausdruck, daß die Eisenbahner alle ihre wirtschaftlichen Forderungen in zweite Linie stellen sollen (was sie aber nicht zu tun gewillt sind), um sich mit allen Mitteln einzig gegen die Verletzung des Streikrechts zu schützen. Gleichzeitig überwog die Ansicht, den Streit bis nach der Diskussion im Parlament zu verschieben. Die folgende Tagesordnung gelangte darauf einstimmig — auch Turati war zugegen — zur Annahme:

Gewerkschaftliches.

Die Ungültigkeit der Polizeiverordnungen gegen das Streikpostenfischen

hat nun auch das Oberlandesgericht in Jena wieder einmal festgestellt, ohne daß wir uns deswegen der Hoffnung hingeben, daß dadurch dem ungesetzlichen Vorgehen der Polizeibehörden gegen ihr Koalitionsrecht ausübende Arbeiter irgendwie eine Einschränkung auferlegt sein wird.

Die Polizei in Gera hatte eine Verordnung erlassen, welche das Stehenbleiben und das „zwecklose Hin- und Hergehen“ auf der Straße verbot. Die Verordnung unterlag der Nachprüfung des Oberlandesgerichts, das übereinstimmend mit dem Reichsgericht erklärte:

„Das Mittel, welches die Verordnung wählt, ist nicht zulässig. Sie verbietet das Streikpostenfischen überhaupt, sie unterbindet damit jedes planmäßige Vorgehen der zum Streik verbündeten Arbeiter, das darauf abzielt, auf den Straßen etc. mit den arbeitswilligen Berufsgenossen in Verbindung zu treten, sei es, um sie von der Arbeitsniederlegung und deren Zielen in Kenntnis zu setzen, sei es, um sie positiv zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In neuerer Zeit ist die Ungültigkeit solcher Verbote durch eine Entscheidung des Reichsgerichts überzeugend ausgeführt worden. Es ist demnach diese Verordnung in vollem Umfange als ungültig anzusehen.“

Das Oberlandesgericht zu Jena geht aber noch viel weiter in seinem Urteil; es stellt in überzeugender Weise das natürliche Menschenrecht der Staatsbürger auf Benutzung der öffentlichen Straßen und Plätze fest:

„Es stehen die Straßen als öffentliche Wege in freiem und allgemeinem Gebrauche, und dieser erstreckt sich nicht nur auf das zielbewusste Fortbewegen, sondern auch auf Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstiges Verweilen von Personen; jeder derartige Straßenaufenthalt ist dieserhalb an und für sich ein befugter. Die aus dem Gemeingebrauche entspringende Befugnis zum Aufenthalt auf den Straßen ist auch nicht davon abhängig, ob der einzelne damit einen Zweck verbindet, oder ob die Polizei dies als nützlich oder zwecklos beurteilt.“

Man muß das Vernunftgemäße in diesen Ausführungen ohne weiteres anerkennen. Aber an ihnen gemessen dürften fast alle Straßenpolizei-Verordnungen mehr oder weniger revisionsbedürftig erscheinen, denn sie alle überlassen es entweder den einzelnen Beamten, danach zu handeln, was ihnen nützlich oder zwecklos erscheint, oder aber sie urteilen darüber ganz allgemein schon selbst. So verbietet die Berliner Straßenpolizei-Verordnung rundweg das Stillstehen auf den Granitplatten des Bürgersteiges! Das Unsinnige einer solchen Verordnung ist von vornherein klar. Aber auch das preussische Kammergericht, für das die Befürchtung eines Schutzmannes, nicht seine Feststellung, daß das Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstiges Verweilen eines Streikpostens auf der Straße irgend eine Gefahr bilde, ausreichend zum Verbot des Streikpostens erscheint, könnte aus diesem Urteil lernen, könnte, aber wird's nicht! Nach wie vor wird zweifellos das Urteil, nicht die tatsächliche Feststellung eines biedereren Schutzmannes der höchsten preussischen Justizwissenschaft als unantastbar erscheinen. Dem Schutzmann hat nicht nur der Streikposten Folge zu leisten, ihm beugt sich auch das Kammergericht!

Berlin und Umgegend.

Wäglung, Metallarbeiter!

Entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung vom 4. Dezember sollen die doppelten Beiträge bis 4 Wochen nach Beendigung des Kampfes in der Gelbmetall-Industrie bezahlt werden. Da nun seit der 7. Woche dieses Jahres der Streik beendet ist, muß laut Generalversammlungsbeschluß der doppelte Beitrag bis zur 11. Woche inklusive bezahlt werden. Von der 12. Woche an wird dann wieder der einfache Beitrag gezahlt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Kutscher bei der Firma Berliner Fahr- und Automobilwesen Thien, welche die Geschäftswagen für die Firma Rudolf Herzog, Dreierstraße, fahren, forderten für eine ihnen übertragene Mehrleistung, die in dem Rufen des Wagenlitters bestand, eine Extrazuschlags resp. Lohnzulage. Diese Forderung lehnte Herr Thien nicht nur ab, sondern entließ daraufhin vier der ältesten Kutscher. Daraus erklärten sich die übrigen Kutscher mit ihren gemäßigten Kollegen solidarisch und nahmen am Montag früh die Arbeit nicht auf. Ein Einigungsversuch, welcher von einem Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter unternommen wurde, blieb infolgedessen erfolglos, als die Herzogischen Hausdiener (H), welche sonst die Wagen als Schaffner begleiten, die Kutscherarbeit so lange versahen, bis Herr Thien genügend andere arbeitswillige Kutscher gefunden hatte. Dies ist das zweite Mal, daß Hausdiener von vorgenannter Firma den Kutschern bei der Vertretung ihrer berechtigten Interessen in den Mäulen gefallenen sind. Leider war es bis dato nicht möglich, die betreffenden der Organisation zuzuführen, weil die Firma Rudolf Herzog jede Organisationsbestrebung der Leute im Keime zu ersticken sucht. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kutscher sind an und für sich nicht die günstigsten. Bei einer Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends inkl. 2 stündiger Mittagspause erhalten dieselben einen Anfangslohn von 75 M. pro Monat, welcher nach 1 1/2 Jahren auf 90 M. als Höchstlohn steigt. Die Firma Herzog zahlt den Kutschern außerdem pro Monat 6 M. und dann steigend von Jahr zu Jahr 1 M. bis zur Höhe von 10 M. pro Monat. Die Kutscher haben mit glatt rasiertem Gesicht zu erscheinen. Jeder neu einzustellende Kutscher, falls er einen Bart besitzt, muß denselben abnehmen lassen. Diese Vergütung wird also für das Rasieren seitens der Kutscher verbraucht.

Die Schildermaler Berlins stehen vor einer Lohnbewegung. Seit dem Anfang des vorigen Jahres gehören die bis dahin teilweise sozial organisierten Schildermaler Berlins dem Zentralverband der Porzellanarbeiter an. Nicht ohne sichtbaren Erfolg. Denn seit jener Zeit hat die Organisation in den Streichen der Berliner Schildermaler derart an Umfang gewonnen, daß heut nur noch ein kleiner Rest der Berliner Berufskollegen dem Verbande nicht angehört. Das ist umso erfreulicher, als auch in diesem Berufe für die Arbeiter vielfache Mißstände bestehen, deren durchgreifende Beseitigung bisher noch nicht gelang. Die feste Organisation der Schildermaler dürfte aber auch hierin Wandel schaffen. Jedenfalls fühlen das einzelne Unternehmer bereits heraus. Sie gingen gegen Angehörige der Organisation in schamloser Weise vor, mörgelten sie und spärzten sie bei den anderen Unternehmern an. Ferner wirkte der Zusammenschluß der Schildermaler auf die Unternehmer in der Weise ein, daß auch diese mit der Absicht, sich zu vereinigen, umgehen. Dann aber will man mit der Organisation der Arbeiter aufkommen. — Alle diese Umstände, dann die teilweise recht ungenügende Bezahlung der Maler, die an verschiedenen Stellen zutage tretenden Unwesenheiten in einzelnen Werkstätten nötigten die Schildermaler jetzt, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Man ließ denselben die in einer Schildermaler-Versammlung vom 23. Februar formulierten Wünsche mit einem Bescheid schreibenzugehen und ersuchte um Beantwortung desselben bis spätestens den 15. März. An diesem Tage werden die Schildermaler sodann endgültig Stellung nehmen und über die eventuell weiter sich notwendig machenden Schritte beschließen.

Die der Unternehmerschaft eingereichten Forderungen umfassen folgende Punkte:

1) Anerkennung des Arbeitsnachweises der Schildermaler. 2) Achtstündige Arbeitszeit, für welche Beginn und Pausen der freien Vereinbarung der einzelnen Firmen mit ihren Malern überlassen bleiben, in jedem Falle aber derart festzusetzen sind, daß die regelmäßige Arbeitszeit in den Monaten vom 1. März bis zum 1. November nachmittags 5 Uhr, in den übrigen Monaten abends 6 Uhr beendet sein muß. An den Tagen vor den drei großen Festen ist die Arbeitszeit um 2 Stunden früher zu beenden, der Lohn für diese ausfallenden Stunden aber zu zahlen. 3) Minimallohn von 62 1/2 Pf. Eine Herabsetzung der bisher 30 M. übersteigenden Wochenlöhne ist ausgeschlossen. 4) Lohnzuschlag für Nebearbeit über die täglich 8 stündige Arbeitszeit hinaus. Für die Zeit vor und bis 8 Uhr abends von 25 Proz., von 8—10 Uhr abends 50 Proz. und für spätere Stunden sowie für Sonntagsarbeit 100 Proz. 5) Für Außenarbeit innerhalb Groß-Berlins ist ein Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde zu zahlen. Die Entschädigung für Fahrgelder gilt dadurch nicht als abgelehnt. 6) Für Siebelsarbeit beträgt der Zuschlag 25 Pf. pro Stunde. Siebelsarbeit beginnt mit der Höhe des zweiten Stodwertes. 7) Beschaffung von Waschanlagen, Lieferung von Seife und Handtuch (pro Kopf und Woche ein Handtuch), Bereitstellung von Kleiderräumen durch die Unternehmer. 8) Aufhebung aller Vereinbarungen betreffend Kündigungsausschluß. Allgemeine Einhaltung einer 14-tägigen Kündigungsfrist. 9) Vorstehende Bestimmungen werden als vertragsmäßig bindend anerkannt für die Dauer bis zum 15. März 1906 mit der Maßgabe, daß keiner der beiden vertragschließenden Teile berechtigt ist, vor dem 1. März 1906 Abänderungsanträge zu stellen oder diesen Bedingungen entgegenstehende Sonderverträge abzuschließen. Wird dieser Vertrag nicht spätestens am 1. März 1906 von einer Seite gekündigt, so gilt er als auf die Dauer eines weiteren Jahres verlängert. — Dieser Vertrag wird perfekt durch die Unterschrift des Firmeninhabers einerseits und durch die Unterschrift des Verbandsvorsitzenden Vollmann andererseits.

Wir bitten die Arbeiterpresse, von Vorstehendem Notiz nehmen zu wollen und ersuchen zugleich die den Schildermälern verwandten Berufe, besonders die Stubenmaler, darauf zu sehen, daß in den Kreisen ihrer Angehörigen von der Bewegung der Schildermaler Kenntnis genommen wird.

Die Fliesenleger-Gülfsarbeiter sind bei mehreren Firmen in den Streik eingetreten, um die Anerkennung des neuen Vertrages zu erzwingen, der seit dem 1. Februar in Kraft ist, den aber erst ein Teil der Firmen unterschrieben hat. In der Versammlung, welche die Fliesenleger-Gülfsarbeiter am Montag abhielten, wurde festgestellt, daß nur wenige Arbeiter dem schon früher gefassten Beschlusse nachgegeben sind, wonach die Arbeit bei den Firmen niederzuliegen ist, die den Tarif nicht unterzeichnet haben. Nach eingehender Besprechung der Verhältnisse beschloß die Versammlung, daß am gestrigen Dienstag bei allen Firmen, die den Vertrag noch nicht unterschrieben haben, die Arbeit niederzuliegen ist. Außer einigen kleinen Geschäftsläden kommen hauptsächlich die Firmen Villers u. Vogt, sowie Rosenfeld u. Co. in Frage. Die Firma Ende ist bereits seit einer Woche gesperrt. Die Organisationen der Fliesenleger haben sich mit den Gülfsarbeitern solidarisch erklärt, auch andere Bauarbeiter unterstützen das Vorgehen der Gülfsarbeiter nach Kräften. Die Fliesenleger-Gülfsarbeiter, deren Unternehmer den Vertrag unterschrieben haben, sind mit Arbeitsbeschäftigungsarten versehen, die als Ausweis dienen.

Deutsches Reich.

Der Streik in den Gruben des Zentrumsgrafen Rognis zu Neurode dauert fort. Die Streikenden, welche die geringfügige Forderung von 2,60 M. täglich für Dauer gestellt haben, wendeten sich an das Landratsamt um Vermittlung. Obgleich sich der Herr Landrat anscheinend redlich Mühe gab, eine Vermittlung anzubahnen, scheiterte dieselbe an dem Starrsinn der Grubenverwaltung. Die Streikleitung erhielt vom Landratsamt folgendes Schriftstück:

Der königliche Landrat, Neurode, den 23. Februar 1905.

Auf das Schreiben vom 18. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich infolge dessen auf neue mit der Grubenverwaltung in Verhandlung getreten bin. Die Verwaltung hat jedoch ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Streikenden wiederum abgelehnt. (1)

Ich weise bei dieser Gelegenheit ergebenst darauf hin:

1. Daß die Grubenverwaltung eine Lohnerhöhung von 5 Proz. bewilligt hat, welche selbstverständlich auch für die zur Arbeit zurückkehrenden Streikenden gilt;
 2. daß laut Schreiben des Herrn Grafen v. Magnis an Herrn August Gräger in Döhlen am 11. d. M. die Nichtwiederaufnahme von etwa 200 Mann nicht eine Maßregelung bedeuten soll, vielmehr nur durch den geringeren Bedarf an Arbeitskräften begründet ist. Es ist hierbei ausgeschlossen, daß die Betriebsverwaltung, wie gelegentlich seitens der Arbeitervertreter ausgesprochen worden ist, die älteren Leute zugunsten der jüngeren zurückweisen würde;
 3. daß die königliche Staatsregierung sich bereit, durch besondere Gesetzentwürfe, welche mehrere berechtigende Wünsche der Bergleute erfüllen sollen, dieser Klasse der Industrie-Arbeiter einen künftigen Beweis weitgehender Fürsorge zu geben.
- Nach meine, daß diese drei Tatsachen es der Streikleitung möglich machen, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen und so den Frieden herbeizuführen, den auch die Streikleitung laut ihrem Schreiben vom 18. d. M. dringend wünscht.

Graf Dohna.

An Herrn Franz Polorny, z. B. Kunzendorf.

Hier werden also die Arbeiter ebenfalls auf die neue Vergesellschaftung verwiesen. Man darf auf das Verhalten des Zentrums ein Gesetz gegenüber gespannt sein, das auch so hervorragenden seiner Mitglieder, wie dem Grafen Magnis, das soziale Gewissen schärfen soll.

1) Betriebsbesprechungen sind auch in Sachsen nicht anmeldepflichtig. Die Polizei von Radebeul ist mit ihrem Bestreben, Betriebsbesprechungen unmöglich zu machen, abgelehnt. Der Vertrauensmann der Fabrik, Land- und Gülfsarbeiter dortselbst erhielt nach der „Sächs. Arbeiterztg.“ dieser Tage die Nachricht, daß ein Verfahren gegen ihn wegen Abhaltens einer polizeilich nicht angemeldeten Versammlung — es handelte sich um eine von der Polizei aufgelöste Betriebsbesprechung — eingestellt worden sei. Da der Vertrauensmann außerdem Beschwerden gegen die Polizei erhoben hat, so ist zu hoffen, daß diese in Zukunft ihren Eifer in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung etwas zügeln. Bisher ist eine Antwort auf die Beschwerde noch nicht eingegangen.

Ausland.

Der Streik der Wagenarbeiter in Paris dauert fort und greift noch auf weitere Branchen über; es haben sich denselben noch angeschlossen: Metallarbeiter, Mechaniker, Maschinenbauer sowie die Arbeiter der Omnibusgesellschaften. Die Zahl der Streikenden dürfte jetzt 28 000 betragen. Jedoch sind Unterhandlungen zwischen der Unternehmer-Organisation und den Arbeitern eingeleitet und soll über die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Branchen verhandelt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Tübtinger Postillon“ erhielt die Nummer 5 mit dem Titelbild: Der besorgte Vater, eine Episode aus dem Kohlen-Streikgebiete. Das Mittelbild Moral entbehrt unserer leibhaftigen Kennenarbeit, kommt aber auch sonst selbst in den besten Familien vor. Auf der letzten Seite finden wir die liberalen Bemerkungen um die Einführung der Konstitution in Mexiko in drei farbigen Bildern. Den russischen Gewaltherrn nimmt sich das Leitbild. Einem Bildnis Adolf Remels ist eine Würdigung desselben beigegeben, sowie ein Sonett von E. M. Von dem übrigen Inhalt sind die Gedichte: Die männliche Ordensschwester, besonders auch Vöckel und „Vergamandrost“ hervorgehoben.

Die sozialistische Fraktion, gegenüber den in den Eisenbahngesetzentwürfen enthaltenen Bestimmungen, die klar und deutlich das Recht der Organisation für die Eisenbahner bedrohen, ein Recht, das aber jedem besonderen Berufsinteresse steht, weil es das politisch-ökonomische Leben des ganzen Proletariats angeht, beschließt, eine energische Aktion im Parlament zu entfalten — eventuell unter Benutzung der Obstruktion — gegen diese reaktionären Bestimmungen und gibt dem Wünsche Ausdruck, daß die Eisenbahner, der hohen Aufgabe gemäß, die ihnen in der heutigen Stunde zufällt, all ihre Kräfte allein auf die Rettung der Organisation und des Streikrechts richten, die parlamentarische Aktion unterstützend und entschlossen, zu den äußersten Mitteln zu greifen, falls die Aktion der Sozialisten im Parlament nutzlos bliebe.

Gleichzeitig beriet der Parteivorstand über seine Stellungnahme, die in folgendem Aufruf zum Ausdruck kam, den der „Avanti“ und die meisten bürgerlichen Blätter verbreiteten:

Au die Sozialisten Italiens!

Im Dienste der schlimmsten reaktionären Interessen versucht die italienische Regierung Hand zu legen an die elementaren Rechte einer Kategorie von Staatsbürgern, indem sie der Kammer vorschlägt, die Eisenbahner außerhalb des allgemeinen Rechtes zu stellen und bei ihnen die Ausübung des Rechtes der Freiheit der Arbeit zu einem Verbrechen stempelt und ihre Berufsorganisationen als gesetzwidrig anseht.

Die Eisenbahner rüsten sich nun mit allen Mitteln, dem Versuch zu widerstehen, der sie aus freien Menschen zu Sklaven macht. Aber ihre Sache ist Sache des ganzen Proletariats, das sich in ihnen und mit ihnen bedroht sieht in seiner Freiheit und seinen Kampfmitteln.

Der sozialistische Partei, deren parlamentarische Vertreter alle ihre Kräfte gegen die infamen Gesetze aufbieten werden, liegt es, als dem politischen Ausdruck des Proletariats, ob, im ganzen Lande eine Agitation einzuleiten, um die Durchsetzung ihrer Pläne und die Existenz selbst einer Regierung unmöglich zu machen, die ihr Leben mit lägenhaften Freiheitsversprechungen begann, es fortsetzte unter Blutvergießen, um es nun zu enden durch Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Knechtung der italienischen Arbeiter.

Das Verhalten der Fraktion und des Parteivorstandes scheint der Regierung die Augen über die Lage geöffnet zu haben. Seit gestern wird die telegraphische und telephonische Zensur auf das allerstrengste gehandhabt. Während der heutigen Kammer Sitzung verschieben die am Ministerisch anwesenden Minister die Sitzung, nachdem sie erklärt hatten, daß die Nachrichten über die Eisenbahner derartig seien, daß sie den sofortigen Zusammentritt des Minister Rates erforderlich machten. Die Minister begaben sich darauf zu Giolitti, der wegen seiner Krankheit noch ans Zimmer gefesselt ist. Die Herren wollen die das obligatorische Schiedsgericht und das Streikverbot betreffenden Paragraphen (§§ 65 bis 72) aus dem Gesetz isolieren, um sie allein als dringliche Gesetze am Montag dem Parlament vorzulegen. Die Minister glauben, den Brand zu stillen, indem sie hineinblasen.

Einstweilen bringt die Obstruktion ihre Früchte. Bereits vier Büge auf der Linie Florenz—Vistosa konnten nicht abgehen. Alle haben Stunden Verspätung. Das Personal, besonders das Streckenpersonal, hält sich vorzüglich. Die Lage ist sehr ernst. Parteifraktion und Vorstand tagen heute nacht gemeinsam mit der Kommission der Eisenbahner. Die Kammer will morgen, Sonntag, auch Sitzung halten, um die Gesetze durchzubringen. Morgen dürfte, auch ohne Streik, der ganze Bahnverkehr so gut wie aufgehoben sein. Die Stimmung der Eisenbahner ist vortrefflich. Die Kammer ist in eine Art reaktionären Wutauweil verfallen.

Rom, 28. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Obstruktion der Eisenbahner dauert fort. Der Schnellzug Rom—Mailand erlitt 9 1/2 Stunden Verspätung. 26 Personenzüge und 32 Güterzüge sind in Rom ausgefallen. Die Eisenbahnen spedieren keine Frachtgüter mehr. Unfälle sind nicht vorgekommen. Die bürgerliche Presse fordert das Publikum zu Gewalttaten gegen die Eisenbahner auf. Nach den römischen Vororten ist ein Postautofahrer eingerichtet worden.

Rom, 27. Februar. (W. L. W.) Infolge der Obstruktion des Eisenbahnersystems mußte die Abfahrt vieler Züge nach Neapel, Pisa, Civitavecchia, Frascati eingestellt werden. Die Gleise des Hauptbahnhofs sind überfüllt; die ankommenden Züge müssen an der kleinen Haltestelle Tre Archi, zwei Kilometer vor Rom, lange anhalten. Die meisten Reisenden ziehen es vor, die Strecke bis Rom zu Fuß zurückzulegen. Die Wartefälle des Bahnhofs glücken gestern Abend bis zum 2. März.

Die Kämpfe bei Mukden.

Tokio, 28. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Es heißt, die Japaner hätten die Russen bei Tjinghoheng, 25 Meilen nördlich von Simaui auf dem äußersten japanischen rechten Flügel angegriffen und geschlagen. Der Angriff begann am 23. Februar, die Russen wurden auf 17 000 Mann geschätzt; ihr Verlust soll 2000 Mann betragen, der der Japaner nur gering sein.

Petersburg, 28. Februar. Ein Telegramm des Generalsuropatins an den Kaiser vom gestrigen Tage meldet: Zwei Bataillone Infanterie und Kavallerie der Japaner rückten im Westen des Dorfes Hanfintong vor. Zehn Angriffe wurden abgeschlagen; auch am gestrigen Tage wurde der Angriff erneuert und zurückgeschlagen. Hundert japanische Leichen lagen in der Nähe unserer Stellungen. Wir verloren sechs Mann. (?)

London, 28. Februar. Wie „Daily Telegraph“ aus Tokio von gestern meldet, ist die Verbesserung der Docks in Port Arthur gegenwärtig fast beendet. Der Vorrat von Kohlen in Port Arthur würde den Bedürfnissen der Japaner während des ganzen nächsten Sommers genügen, die Flottmachung der größten Kriegsschiffe werde beginnen, sobald das Wetter günstig werde.

Dasselbe Blatt meldet aus Schanghai von heute, die Verluste der Japaner bei den Operationen auf der äußersten Rechten, wo es ihnen gelang, die Russen zurückzuwerfen, beliefen sich auf etwa 20 Mann.

London, 28. Februar. Die „Times“ melden aus Tokio: Der Präsident des Unterhauses schloß die Session mit einer Abschiedsrede, worin er dem Hause zu der Bereitwilligkeit, mit der es die Mittel für den Krieg bewilligt habe, gratulierte. Die nationalen Hilfsquellen wie der Patriotismus hätten beide in gleicher Weise dieses Vertrauen eingefloßt, und die glücklichen Zustände unter den konstitutionellen Einrichtungen Japans ständen im Gegensatz zu der unglücklichen Lage der russischen Nation. Nichtsdestoweniger sei noch viel zu tun und das Ende noch in weiter Ferne; aber der schließliche Erfolg sei sicher, wenn die gegenwärtige Bestimmung die Oberhand behalte.

A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Mittwoch, Donnerstag
Freitag u. Sonnabend
.. soweit der Vorrat reicht ..

4 Sonder-Tage

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt

Porzellan weiss

Speiseteller	ca. 23 cm, flach oder tief, verschiedene Formen	9 Pt.
Dessertteller	ca. 19 cm d.verse Formen	6 Pt.
Saucieren	verschied. Formen und Grössen	42, 55 Pt.
Suppenterrinen	gerippt	1.20, 1.45
Bratenplatten	oval ca. 25 28 31 34 cm.	35 45 65 80 Pt.
Kartoffelschüsseln	rund m. Deckel	65, 85 Pt.
Salatschüsseln	rund, gerippt ca. 18 20 22 24 27 cm.	18 28 36 42 58 68 Pt.
Kaffeetassen	und Teeschalen mit Untertasse	9 Pt.

Glas

Wasserbecher	diverse Muster	5 Pt.
Butterdosen	verschied. Muster	15, 18, 23 Pt.
Zuckerschalen	gepresst	9, 14, 18 Pt.
Compotschalen	gepresst, Satz 3 Stück	32 Pt.
Käseglocken	gepresst, mit Teller, Weinlaub-Muster	35 Pt.
Römer	Crystal-Kelch auf grünem Fuss	18 Pt.
Römer	Crystal-Kelch mit eleganter Gravierung	27 Pt.
Salat- und Compotschalen	ca. 13 15 18 21 cm mit Schiff	32 42 55 75 Pt.
Bierservice	fein decoriert, m. 6 Gläs. Krug m. Beschlag, compl.	1.65

Porzellan decoriert

Kaffee-u. Teetassen	mod. Formen eleg. decor.	13 Pt.
Teekannen	für 2 Personen elegant decoriert	15 Pt.
Kaffeekannen	für 6 Personen elegant decoriert	78 Pt.
Kuchenteller	gross, mit Henkel	28 Pt.
Milchtöpfe	decoriert, 1/2 Liter, 1 Liter eleg. Formen	18 Pt. 25 Pt.
Satz Milchtöpfe	dec., Satz 6 Stück	98 Pt.
Compotschalen	fein dec. ca. 14 cm ca. 16 cm	9 Pt. 12 Pt.
Salatschalen	hübsch decor. ca. 21 23 27 cm	22 Pt. 30 Pt. 38 Pt.
Kaffeesevice	decor. für 6 Pers. 9teil.	1.95, 2.45

Majolika

ca. 4000 Stck. Blumenkübel
in diversen Farben
15, 25, 30, 35, 50, 65 Pt. bis 3.95

Steingut-Wasch-Garnituren

„Agate“	4 teilig, bunt bemalt	1.35
„Amanda“	4 teilig, roter Fond	1.65
„Tekla“	4 teilig, bunt bemalt	1.95
„Erica“	4 teilig, decoriert	2.25
„Brunhilde“	5 teilig, decoriert	2.95
„Bavaria“	5 teilig, decoriert	3.95
„Edith“	5 teilig, decoriert	4.95
Waschgarnitur	5 teilig extra gross	5.95

Emaile

Wannen	98, 1.25, 1.50
Casserollen ohne Ring	28, 35, 38
Casserollen mit Ring	42, 55, 70
Schmortöpfe ohne Ring	38, 45, 60
Schmortöpfe mit Ring	55, 65, 85
Muschelkonsole mit Masse	55 Pt.
Schüsseln weiss	10, 15, 20, 25
Seifennäpfe für die Wand	12, 25
Toiletten-Eimer weiss	3.25
Marktkörbe	1.95
Tassensiebe	12 Pt.
Wasserkessel decoriert	2.10, 2.45
Kaffeekannen decoriert	95, 1.25
Konsole, Sand, Seife, Soda	1.95
Muschelkonsole decoriert, mit Masse	1.25
Waschgarnituren decor., 3teil., statt 9.00	4.95
Toiletteineimer decor., mit Rohrbügel, statt 7.50	4.35
Nachtgeschirre decoriert	75, 95 Pt.

EIMER ca. 28 cm. mit Deckel reich decoriert, mit Messingbügel und Knopf **2.95**

Wirtschafts-Artikel

Handtuchhalter	25, 85, 1.25
Besenhalter	2.25
Quirgarnituren	48 Pt.
Küchenbretter	8, 15, 22, 28 Pt.
Küchentische	4.75
Küchenstühle	1.45
Waschbretter	42, 55, 65 Pt.
Aermelplättbretter bezogen	48 Pt.
Plättbretter bezogen	1.95
Klammern Schock	10, 19 Pt.
Putzschränke mit 3 Schubladen	2.50
Kohlenkasten Holz	1.65, 2.25
Leitern Stufe	35 Pt.
Haar-Besen	48, 70, 90
Handfeger	28, 38, 48 Pt.
Teppichhandfeger	30, 33, 38 Pt.
Scheuerbürsten	8, 10, 12, 15 Pt.
Glanzbürsten	25, 38, 48, 65 Pt.
Auftragbürsten	6, 8, 10 Pt.
Schmutzbürsten	10, 12, 15 Pt.
Scheuertücher	9, 12, 15 Pt.
Rosshaarbesen	98, 1.25, 1.60
Rosshaarhandfeger	65, 95 Pt.
Schrubber	18, 20, 25 Pt.
Waschständer	65, 85, 95 Pt.
Waschtische	2.10 2.25 3.50
Waschtische geschlossen m. Pultdeckel	16.50
Vorratsbüchsen	15, 20 Pt.
Spirituskocher	23, 30, 45 Pt.
Brodkörbe mit Einlage	85 Pt.
Likörtablets mit Einlage	85 Pt.
Waschfässer Zink	7.65, 9.50
Waschfässer Zink m. Wulst	9.50, 11.50
Waschzuber Zink	8.75, 11.50
Wringmaschinen in Waizen ca. 36 cm	10.50
Wirtschaftswagen	1.45 1.95
Messerputzmaschinen	6.25
Reibemaschinen	1.25
Plättisen	1.35, 1.65, 1.85
Esslöffel Britannia	Dutzend 1.20
Theelöffel Britannia	Dutzend 60 Pt.
Esslöffel Alpaca	Stück 33 Pt.
Theelöffel Alpaca	Stück 15 Pt.
Gemüse-Etagèren doppelt	85 Pt.

Früchte

Mirabellen	1/1 Dose 62, 36 Pt.
Reineclauden	80, 45 Pt.
Gem. Früchte	1.00, 55 Pt.
Kirschen ohne Steine	95, 53 Pt.
Pflaumen blau, 1/2 Frucht	45, 28 Pt.
Aprikosen 1/2 Frucht	80 Pt.
Pfirsiche 1/2 Frucht	80 Pt.
Preisselbeeren	58 Pt.

Früchte in Gläsern

Birnen, Pflaumen ohne Stein	in Zucker 64 Pt.
Kirschen mit Stein	
Kirschen ohne Stein	

Gemüse

Kaiserschoten	1/1 Dose 1.00, 55 Pt.
Schoten feine, junge	55, 33 Pt.
Schoten junge	45, 28 Pt.
Suppenschoten	38, 24 Pt.
Stangenspargel extra	1.65, 88 Pt.
Stangenspargel I	1.40, 75 Pt.
Stangenspargel III	1.00, 55 Pt.
Riesenbruchspargel	1.30, 70 Pt.
Bruchspargel Prima	90, 50 Pt.
Bruchspargel mit Köpfen	75, 43 Pt.
Bruchspargel ohne Köpfe	60, 35 Pt.
Gem. Gemüse extra	90, 50 Pt.
Gem. Gemüse	55, 33 Pt.

Fleischwaren

Cervelatwurst in Rinddarm	Pfund 1.10
Salamiwurst in Rinddarm	Pfund 1.10
Hall. Fleischwurst	Pfund 90 Pt.
Hall. Leberwurst	Pfund 1.00
ff. Leberwurst	Pfund 90 Pt.
ff. Landleberwurst	Pfund 90 Pt.
Plockwurst	Pfund 1.05
Sülzwurst	Pfund 70 Pt.

Portugiesische Sardinen

1/4 Dose 36, 65 Pt., 1/2 Dose 80, 1.10	
Apfelkraut Dose ca. 1 Pfund	45 Pt.
Apfelkraut Dose ca. 2 Pfund	80 Pt.

Lokales.

Stenerdebatten in der Stadtverordneten-Versammlung.

Mit den Beschlüssen über die neuen Steuerquellen, aus denen man den schlapp gewordenen Stadtsäckel wieder prall machen zu können glaubt, ist das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung gestern noch nicht fertig geworden. Nachdem diese Angelegenheit zwei volle Jahre hindurch die Stadtverordneten-Versammlung, den Magistrat, eine aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten gemischte Deputation, wieder den Magistrat und wieder die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt hat, ehe sie zu einer vorläufigen Beschlußfassung reifen konnte, war es nicht mehr als billig, daß die Stadtverordneten auch diesen Akt nicht überstürzten und ihn nicht in einer einzigen Sitzung abtaten. Noch in zehnter Stunde hörte die Versammlung eine endlose Rede des für den bedrohten Profit des Hausagrariertums kämpfenden Herrn Wallach (Mitte Linke) an, um dann — müde geworden — die Beratung abzubrechen und auf Donnerstag zu vertagen.

Nur der erste Teil der Vorschläge, die der zur Prüfung der Magistratsvorlage nochmals eingesetzte Stadtverordneten-Ausschuß dem Plenum machte, wurde in stottem Tempo erledigt. Sie haben einstweilen nur die Bedeutung von frommen Wünschen, die darauf abzielen, eine Milderung der Steuer-gesetzgebung herbeizuführen, damit die bestehenden Steuern, vor allem die Einkommensteuer, ergiebiger als bisher werden können. Der Ausschuhberichterstatler Stadiv. Haberland brauchte nicht viel Mühe aufzuwenden, um diese Vorschläge zur Annahme zu empfehlen. Aus der Versammlung sprach nur noch unser Genosse Singer. Auch er stimmte namens der sozialdemokratischen Fraktion zu, aber er wies zugleich noch einmal mit allem Nachdruck darauf hin, daß mit solchen Mitteln allein nichts erreicht wird. Singer forderte eine progressive Einkommensteuer, die die hohen Einkommen scharf heranzieht und dafür in den unteren Stufen die Steuerfreiheit weiter als heute ausdehnt. Die Mehrheit begleitete seine Darlegungen mit wachsendem Värm, und als unser Redner die Steuerfrage nannte, die er für die hohen und höchsten Einkommen empfiehlt, rief man höhnisch dazwischen: „100 Prozent des Einkommens!“ Die Idee ist nicht übel — aber wir vermuten, daß die Herrschaften sich nicht beim Wort nehmen lassen werden.

Unter den Vorschlägen, die schon jetzt ausführbar wären, stand obenan die famose Lustbarkeitssteuer, im besonderen die Steuer auf Theaterbillets. Gegen diesen Verlegenheitsgedanken wandte sich Singer, indem er davor warnte, den bisherigen prinzipiellen Standpunkt zu verlassen und hier eine indirekte Steuer einzuführen. Doch Oberbürgermeister Kirchner die Willettsteuer „trotz aller Prinzipien“ empfahl und die Redner der „Alten Linken“, die Herren Wallach und Cassel, ihm beipflichteten, verstand sich von selbst. Verwunderlich war dagegen, daß auch die „Sozial-Fortschrittler“ Breuß und Nathan in dieselbe Kerbe hieben. Interessant waren besonders die Bekenntnisse des Herrn Breuß, der auf den „Doktrinarismus“ der Sozialdemokraten schalt, die unbedingte Verwerflichkeit der indirekten Steuern als ein „Ammenmärchen“ bekämpfte und den Theaterbesuch zum „Luxus“ rechnete. Genosse Stadthagen geißelte diesen Standpunkt nach Gebühr. Mit den Sozialdemokraten marschierte diesmal nur die „Neue Linke“, für die die Herren Rosenow und Ladewig sprachen. In namentlicher Abstimmung erklärte sich schließlich die Versammlung mit 58 Stimmen gegen 38 grundsätzlich für Einführung einer Lustbarkeitssteuer.

Die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert, die weiter vorgeschlagen wird, erfreut sich begrifflicherweise nicht der Sympathien des Hausagrariertums. Der Ausschuhberichterstatler Haberland bemühte sich, sie den Hausbesitzern mundgerecht zu machen. Singer beleuchtete die stille Agitation, die Herr Wallach im Interesse des Hausagrariertums in seiner Fraktion entfaltet hatte, um wenigstens für die bebauten Grundstücke die bisherige Besteuerung nach dem Ruhertrag zu retten. Herr Wallach hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, den er in langer Rede begründete. Der Saal leerte sich immer mehr, auf der Tribüne hielt außer Zeitungsmenschen und Magistratsbeamten nur noch ein einziger Zuhörer aus, aber Herr Wallach erklärte auf die Zwischenrufe der Ungeduldigen trocken: „Ich habe Zeit!“ Als er endete, kam ein Vertagungsantrag, der angenommen wurde. Bis Donnerstag werden die Wortführer des Hausagrariertums neue Kräfte sammeln, um die Debatte fortzusetzen.

Ein harter Mann. In unserem Dortmund Parteiblatt lesen wir: „Der bekannte Staatsanwalt Bruhns, ein besonderer Freund“ der Redakteure unserer „Arbeiter-Zeitung“, ist nach bürgerlichen Blättern an die Staatsanwaltschaft Berlin 1 versetzt worden. Bruhns hat wiederholt die schwersten Strafen gegen unsere Redakteure beantragt, unter anderem gegen Häntsch einmal 1 Jahr Gefängnis und gegen Brodenbeck 13 Monate Gefängnis. Man hatte immer den Eindruck, als wollte er mit seinen exorbitanten Strafentwürfen die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Anscheinend ist das gegläut. Man wird den Herrn näher im Auge behalten müssen.“

Bisher haben solche starken Männer der Staatsanwaltschaft in Berlin nicht zum längsten regiert. Die Komon, Benedig und wie die Herren heißen, sind, und zwar nicht allein in der sozialdemokratischen Presse, so arg zerzaust worden, daß sie ihres Eifers nicht besonders froh wurden.

Vom Omnibus. Der Geschäftsbericht der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft für das Jahr 1904, der sich in Vorbereitung befindet, wird die Einführung von Automobilen-Dnmbussen anknüpfen. Es sollen schon in diesem Frühjahr sechs Motorwagen neuer Bauart versuchsweise auf der Linie 5, Bülowstraße—Stettiner Bahnhof eingestellt werden. Im laufenden Geschäftsjahre sollen ferner weitere 150 bis 200 neue Einspanner in Betrieb genommen werden. Schon für April sind neue Linien im Westen und Norden vorgesehen. Der Ankauf des Viktoriaparkes soll es ermöglichen, den Betrieb besonders im Osten und im Köpenicker Viertel auszudehnen. Die Zunahme der Fahrgäste von 59 auf 85 Millionen im letzten Jahre stellt die höchste Zunahme von allen größeren Verkehrsunternehmungen in Berlin dar. Die Zahl der Beamten und Angestellten der Gesellschaft beträgt jetzt 1098 gegen 1502 im Vorjahre. Auf 25 Linien verkehren 653 Omnibusse mit 3244 Pferden gegen 3033 im Jahre vorher. Mit 94 148 Einspannern und 58 189 Zweifspanner-Tageswagen wurden 15,8 Millionen Kilometer zurückgelegt. Von den Fahrgästen zahlten 67 Millionen 5 Pf., 19%, Millionen 10 Pf. Fahrgeld. Die Zunahme beträgt bei den 5 Pfennig-Strecken allein 22%, Millionen. Ein-

genommen wurden 5 234 230 M. gegen 3 721 959 M. im Vorjahre. Im Durchschnitt betrug das Fahrgeld 6,09 gegen 6,2 Pf. im Vorjahre. Der gefahrene Kilometer brachte 33,00 gegen 32,78 Pf. Die höchste Verlagsnahme war am 1. Oktober mit 20 109 M. Einschließlich der Handwerker wurden an Löhnen ungefähr 2 Millionen Mark für Wohlfahrtsleistungen und Gewinnteilung der Angestellten 172 000 M. ausgegeben. — Die Löhne der Omnibus-Angestellten sind bekanntlich zum Teil sehr niedrig, wogegen ihre Arbeitszeit außerordentlich lang ist.

Aufhebung der Krankenversicherungspflicht. Durch Beschluß der Gemeindebehörden ist bestimmt worden, daß den Anwärtern auf Beamtenstellen aller Art, soweit sie nicht noch Personen des Soldatenstandes sind, sowie den ständigen Hilfsarbeiterinnen des statistischen Amtes der Stadt Berlin, des Stützungsbüreaus und der Kalkulator der Armenverwaltung, den Bibliothekshelferinnen, Maschinen-schreiberinnen und Fernsprechergehülfinnen, ferner den Oberstschwestern, Schwestern, Probenschwestern und Schülerinnen der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten und der Erziehungsinspektorin, der Hausmutter und der Aufseherin der städtischen Waisenverwaltung in Krankheitsfällen die ihnen zustehenden Dienstbezüge auf 26 Wochen fortgezahlt werden sollen. — Hiernach sind die genannten, von der Stadt-gemeinde beschäftigten Personen der Krankenversicherungspflicht nicht mehr unterworfen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 2. März d. J. nachmittags 5 Uhr: Ein Naturalisationsgesuch. — Die in der außerordentlichen Sitzung am 28. Februar d. J. etwa unerledigt gebliebenen Gegenstände, für welche eventuell die Bestimmungen im zweiten Absatz des § 42 der Städte-Ordnung zur Anwendung kommen werden. — Vorlagen betreffend die Einführung der Milkenumlicht-Belichtung für die beiden Schweine-Schlachthäuser B I I und g an Stelle der im Kosten-anfrage vorgesehenen gewöhnlichen Gasbeleuchtung. — ein gemeinsames Vorgehen mit den Nachbargemeinden bei der bevorstehenden Volkszählung. — die Festsetzung von Fluchtlinien für die neuen Straßen 14b, 14c, 14d und 20d, 18c, 18d und 18e in Abteilung XII des Bebauungsplanes. — die für Erweiterungen von Straßenland oder Baubeschränkungen auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1903 gezahlten Beträge. — den Ankauf des Grund-stüdes des ehemaligen Erziehungshauses am Urban. — den Ver-kauf einer städtischen Baumasse in der Revalerstraße. — die Wahl eines Bürgerdeputierten für die Deputation der städtischen Wasser-werke und den Ablauf der Wahlzeit eines Bürgerdeputierten bei derselben Deputation. — Drei Unterstützungsfachen.

Konservative Sozialpolitik. Die Partei-Organisation der Berliner Konservativen hielt gestern im Neuen Klubhause, Am Königsgraben, ihre Hauptversammlung ab. In einem Vortrage, den der General-sekretär der konservativen Partei Hauptmann a. D. v. Stroffer über die politische Lage hielt, forderte er mit Rücksicht auf den verflochtenen Streit im Ruhrgebiet ein neues Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen. — Das ist ein Berliner Konservativer. Wie schauerlich muß es um das sozialpolitische Verständnis der regierenden Partei nun erst in der Provinz aussehen!

Nichts für die Berliner. Eine kommunale Korrespondenz schreibt: „Das Hofmarschallamt ist mit den Karten zur Domeinverteilung nicht freigebig gewesen. Die Abgeordneten im Landtage sind, obgleich ihnen 60 solcher Karten zur Verfügung gestellt worden sind, von dieser Anwesenheit wenig erbaut gewesen. Dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten sind sogar nur vier Karten überandt worden, und andere Behörden in Berlin sind vollständig über-gangen worden. Auswärtige dagegen sollen umgleich reichlicher bedacht worden sein. Unmöglich wäre es nicht, daß bei der Zuteilung der Karten mehr als ein Zufall mitgewirkt hat.“ Das Hofmarschallamt wird von der ganz richtigen Ansicht ausgegangen sein, daß die Berliner sich nicht viel aus der Einweihung machen. Wenn der eine oder andere freisinnige Stadtverordnete sich doch betreten fähig, nun so muß er seinen Schmerz eben mit Fassung ertragen.

Berlins Wasserverbrauch 1904. Berlin hat im vorigen Jahre, vermutlich infolge des anhaltenden trockenen und heißen Sommers, erheblich mehr Wasser als in den Vorjahren verbraucht. Die städtischen Wasserwerke haben rund 50 Millionen Kubikmeter Wasser abgegeben, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch Friedrichshagen, Neu-Weißensee, Treptow, Stralau und Nieder-Schöneweide Wasser von den städtischen Wasserwerken beziehen. Es ist also eine erheb-liche Zunahme zu verzeichnen, denn im Jahre 1903 wurden nur 46 Millionen Kubikmeter abgegeben. Diese 50 Millionen Kubikmeter Wasser — es handelt sich nur um das gegen Zahlung gelieferte Wasser — ergeben eine Einnahme von rund 8 Millionen Mark. Mit dem weiteren Aus- und Umbau des Wasserwerkes Friedrichshagen ist begonnen worden. Hierfür sind rund 10 Millionen Mark be-willigt, wovon erst etwa 4 Millionen Mark verbraucht, so daß noch rund 6 Millionen Mark verfügbar sind. Nach der Vollendung dieses Grundwasserwerkes wird Berlin nur noch Wasser aus Brunnen er-halten. Zurzeit wird Berlin aus Zegel mit Brunnen- und aus Friedrichshagen mit Kläpplasterwasser versorgt. Insgesamt hat die Stadt Berlin nach Fertigstellung der Grundwasserwerke nicht weniger als 70 Millionen Mark für diese Zwecke verausgabt.

Die höheren Mädchenschulen haben keine besonderen Vorkulen, aber sie haben drei unterste Klassen, die deren Stelle vertreten. Die Zahl der Schülerinnen, die ihre Vorbildung in den Elementarfächern durch eine Gemeindefchule erhalten haben, ist in den höheren Mädchenschulen nicht groß. Eine in diesem Winterhalbjahr 1904/05 in den höheren Mädchenschulen der Stadtgemeinde zum erstenmal aufgenommene Statistik weist nach, daß von den 4183 Schülerinnen der sechs Anstalten 559 aus Gemeindefchulen hervorgegangen waren. Das wären also nur etwa 13 1/2 Proz. Beachtenswert sind die großen Unterschiede, die in dieser Beziehung zwischen den einzelnen Anstalten bestehen. Unter dem allgemeinen Durchschnitt blieben die Dorotheen-Schule mit 11 1/2 Proz., die Luisen-Schule mit 12 Proz., über diesen Durchschnitt gingen hinaus die Sophien-Schule mit 14 Proz., die Viktoriaschule mit 15 Proz. Am weitesten entfernten sich vom Durch-schnitt auf der einen Seite die Charlotten-Schule mit nur 6 1/2 Proz., auf der anderen Seite die Margareten-Schule mit 23 Proz.

Der Berliner Hilfsverein für Obdachlose hat gestern abend in der Viktoria-Bräuerei seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Jahresbericht. Danach beträgt der Vermögensbestand am 31. Dezember 1904 768 553,47 M. Die Einnahmen betragen im vergangenen Jahre 81 764,14 M., die Ausgaben 146 000,88 M. Das Defizit wurde durch Verwendung der Legate und Stiftungen gedeckt. Für die im Jahre 1904 aufgenommenen 308 386 Obdachlose wurden 130 817 Bäder verabfolgt. Arbeitsnachweise erhielten 8129 Männer und 287 Frauen. Durch Errichtung des neuen Frauennahls auf dem Gelände an der Wiesenstraße werden dem Verein erhebliche Aufwendungen entstehen. Die Reservon werden dem Verein dabei unterstützen, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Der Verein appelliert daher an die Opferwilligkeit der Berliner und hofft, daß seinen geschaffenen Werken durch hilfsbereite und wohlthätige Hände reichliche Mittel zufließen.

Die Beisehung des verstorbenen Branddirektors Gierberg ist gestern mittag von der Hauptwache in der Lindenstraße aus erfolgt. Eine große Reize von Feuerwehr-Deputationen aus den bedeutendsten Provinzialstädten hatten sich zur Feier eingefunden. Die Brand-direktoren v. Nolcke-Niel, Westphal-Damburg, Reichelt-Hannover und Schenler-Dortmund waren persönlich erschienen. Alle Berufs- und Pflichtfeuerwehren aus der engeren und weiteren Umgebung Berlins hatten Deputationen entsandt. Von der Berliner Feuerwehr waren alle Mannschaften, die nur irgend wie entbehrlich waren, zu dem

feierlichen Akte abkommandiert. Die Beisehung erfolgte auf dem alten Jacobi-Kirchhof in Higdorf.

Ein Stück Eisenbahn-Bureokratie weniger. Den Inhabern von Arbeiter-Wochenkarten der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen soll „nachgelassen“ werden, daß sie auf ihre Karten auch noch nach 12 Uhr nachts bis ihren Wohnstätten zurück-fahren dürfen. Derartige Karten dürfen bekanntlich täglich nur zwei-mal, zur Hin- und zur Rückfahrt, benutzt werden, die letztere dürfte bisher bis Mitternacht des betreffenden Tages benützt sein. Arbeiter, die erst später heimkehren konnten, verloren nach diesem Zeitpunkte die Berechtigung, auf ihre Wochenkarten zurückzufahren. Diefem Uebelstande soll jene Verfügung abhelfen.

Der Ueberfall am Untergrundbahnhof. Die Verhaftung des früheren Schaffners Karl Schönborn gelang Montag abend gegen 7 Uhr, als er von seiner Arbeitsstelle, einem Bau in der Schönhauser Allee, nach der Arumestraße 34 zurückkehrte, wo er bei seinem Bruder eine neue Schlafstelle bezogen hatte. Dem Kriminalinspektor Krause stellte er ein Alibi auf, das erst nachgeprüft werden muß. Gestern morgen wurden noch sein Sieferruder, die Braut und Arbeitsgenossen vom Bau sowie Droschkenlutscher vernommen. Schönborn bestreitet die Tat. Die Hauptzeugin, das überfallene Fräulein Effenberg, hat noch nicht vernommen werden können, weil ihr Zustand noch zu bedenklich ist.

Karl Schönborn hat bei seiner Vernehmung ausgesagt, daß er sich in der fraglichen Nacht länger als sonst in der Schönhauser Allee aufgehalten habe und mit der Stadtbahn nach dem Sabignyplatz habe fahren wollen. Untertweg sei er eingeschlagen und auf dem Leichter Bahnhof erwacht. Er habe den nächsten Zug zur Rückfahrt benutzt und sei um 1 1/2 Uhr am Zoologischen Garten ausgestiegen, um nach Hause zu gehen. Diese seine Angaben werden aber von niemand bestätigt. Dagegen glauben die Droschkenlutscher, denen um 1 1/2 Uhr ein Mann ent schlüpfte, ihn wieder zu erkennen. Auch der andere Lutscher in der Kurfürststraße hält ihn für denselben, den er ge-sehen hat. Dem Fräulein Effenberg, die noch sehr erregt ist, konnte Schönborn nur ganz flüchtig in ihrer Wohnung gezeigt werden. Sie glaubt ihn wieder zu erkennen, muß ihm aber nach der Genehung von neuem gegenübergestellt werden, um ein sicheres Urteil abgeben zu können. — Seine frühere Dienstmitze hat Schönborn auf dem Neubau in der Schönhauser Allee, er kann aber noch eine zweite besessen haben. Die vorliegenden Verdachtsgründe genügen vor-läufig, um Schönborn dem Untersuchungsrichter vorzuführen.

Zur Sicherheit der Straßenbahn-Fahrgäste hat das Polizeipräsidium in letzter Zeit zahlreiche Strafbefehle gegen Wagenlutscher ergehen lassen. Nach den polizeilichen Bestimmungen haben die Lutscher an Straßenbahn-Haltestellen, besonders dann, wenn Passagiere ein- und aussteigen, im Schritt zu fahren. Durch das Nicht-befolgen dieser Verordnung sind schon schwere Unglücksfälle herbei-geführt worden. Um Wiederholungen derartiger Unfälle im Straßen-verkehr vorzubeugen, sind die Schuttmannposten angewiesen, ihr Augenmerk auf die Lutscher zu richten und alle diejenigen, welche die Haltestellen im Trab passieren, zur Anzeige zu bringen.

Der „Auge Hans“ hat sich gestern recht unglücklich benommen, er hat den 58 Jahre alten Förstner Friedrich Schulz aus der Griebensow-straße 10/11 durch einen Hufschlag gefährlich verletzt. „Hans“ wurde um 1 Uhr nachmittags auf dem Hofe von seinem Besitzer vorgeführt und sollte in seinen Stall zurückgebracht werden. Als er an dem in gebückter Stellung auf dem Hofe beschäftigten Förstner vorbeikam, schlug er aus und traf mit dem rechten Hinterfuß den Förstner in das Gesicht, so daß dieser betnunnungslos niederstürzte. Ein Arzt der Rettungswache III aus der Kasanien-Allee verband ihn und schickte ihn in einer Droschke nach dem Lazarus-Kranken-hause.

Der Ueberfall auf den Kassenboten. Der Bauunternehmer Georg John (als dieser wurde der Verhaftete identifiziert) bestreitet trotz der gegen ihn vorliegenden erdrückenden Beweise auch heute noch den räuberischen Ueberfall. Von dem Schneberger, dem Raub, dem Entfischen, dem Bibeckhand bei der Festnahme will er nichts wissen. Durch Zeugen wurde außerdem noch festgestellt, daß er seit fast 14 Tagen die Kassenboten in jener Gegend, wo der Ueberfall geschah, beobachtete. Manche Leute, die John kennen, hielten den Vorfalle anfangs für ein Märchen. John hatte eine größere Summe bei sich und beschäftigt in Hufstentende über 100 Arbeiter. Bei ihm wurde noch eine Radfahrerkarte auf einen fremden Namen vor-gefunden, von der er ebenso wenig wissen will, wie sie in seine Tasche kam, wie von dem Schneberger. Seine Angaben sind im-ganzen ziemlich klar. Die Vernehmungen sind jetzt bei der Kriminal-polizei abgeschlossen.

Ein späterer Bericht besagt noch: Bei John wurde noch eine blaue Brille und ein grüner Jagdhut gefunden, ebenso auch fest-gestellt, daß er seinen Schnurrbart gefärbt hatte. Seine Beob-achtungen sollen nach seiner Angabe einem Verwandten gepollt haben. Den Schneberger will er in kleinen Mengen beschafft und dann in eine große Tüte geschüttet haben, um damit auf einem Alpenball die Gäste zum Niesen zu bringen. Das Gerüde, John habe sich in Zahlungsschwierigkeiten befunden, entbehrt der Begründung. Er gab noch jüngst in Charlottenburg einen größeren Auftrag auf Holz und zahlte 8000 M.

Der Gerichtsdassessor. Gestern wurde hier auf offener Straße eine Persönlichkeit verhaftet, deren Katen vor zwei Jahren bereits den Gesprächsstoff bildeten. Der „Gerichtsdassessor“ F. aus Düffel-dorf hatte damals Gelegenheit gefunden, in begüterten Kreisen Berlins eingeführt zu werden und hier Pumperluche im größten Maßstabe auszuführen. Mäßig verschwand der Herr Assessor, und nun wurde durch Steckbrief bekannt, daß er den Titel zu Unrecht führt, daß er vielmehr ein Gerichtsklauwar aus Düsseldorf war, der dort wegen Fälschung und anderer schwerer Fälle gesucht wurde. Herr F. wurde dann in Berlin ermittelt und sollte nach Düsseldorf transportiert werden. Unterwegs entsprang er aus dem Eisenbahn-auge. Er wurde dann später doch ermittelt und festgesetzt. Gestern bemerkte ihn einer seiner Bekannten, den er auch durch falsche Vor-spiegelungen zur Dergabe einer Geldsumme bewegen hatte, in der Potsdamerstraße auf eleganteste geiseidet. Er verfolgte ihn un-auffällig und veranlaßte in der Wilhelmstraße einen Polizei-Offizier, ihn festzunehmen. Auf der Polizeiwache bequeme sich der elegante Herr in einer Anwandlung von Schwäche dazu, die Schuld sofort zu begleichen. Seine Hoffnung, daß er nun wieder entlassen werde, betrog ihn jedoch, da sich seine Angaben über seine Wohnung in Berlin als unrichtig erwiesen. Er wurde von der Polizei fest-gehalten, da man vermutet, daß sein Konto aufs neue belastet ist.

Töblicher Straßenunfall. Der 61jährige Händler Ernst Dedert aus der Mariannenstr. 40 wurde vorgestern abend in der Staliber-straße so unglücklich von der Straßenbahn überfahren, daß er mit schweren inneren Verletzungen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Hier ist er gestern morgen seinen Verletzungen erlegen.

Ein internationaler Taschendieb war anlässlich der Einweihung des Doms auf Beute ausgezogen, wurde aber gleich ergriffen. Ein Kriminalbeamter sah, wie er einer Frau im Gedränge aus dem Pompadour die Geldtasche herausschaltete. Als er ihn festnehmen wollte, warf der Dieb die Beute von sich und wollte entfliehen. Die Geldtasche wurde aufgenommen und die Eigentümerin festgesetzt. Der Dieb, der etwa 300 M. — besonders in österreichischer Münze — bei sich hatte, nennt sich Kriminalmaler Georg Mantler aus Wudapest und bestreitet die Tat. Er will drei Wochen in der Dorotheenstrasse gewohnt haben, hat sich aber nur acht Tage dort aufgehalten und blieb der Wohnung fern, als die Wirtin ihn gegen seinen Willen anmelden wollte.

Auch die diesmalige Kampagne der starken Männer bei Busch ist nicht ohne die übliche Sensation verlaufen. Am Sonnabend sollte...

Zentralkommission der Krankenkassen. In den Kassen der städtischen Gemeindefürsorge...

Gorki-Abend der Freien Volkshöhle! Die Kunststube der Freien Volkshöhle verfolgen den Zweck...

Auf Veranstaltung des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin e. V. und des Zweigvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins...

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Donnerstag, den 2. März d. J., abends 8 1/2 Uhr...

Theater. „Toll“, Rossinis große Oper, gelangt Donnerstag vom Gesamtensemble des Opern-Theaters des Westens im Luisen-Theater zur Aufführung...

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Von den bekannten Lokalen aus ist heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung...

Charlottenburg. Im Gymnasium am Savignypfad wird Sonntag abend ein Lichtbild-Vortrag über Menzel und seine Darstellungen der Friedrichzweiten Epoche gehalten...

Rixdorf.

Bei den gestern stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen haben von 243 wahlberechtigten Handlungsgesellen nur 90 ihr Wahlrecht ausgeübt...

Treptow-Baumschulweg.

Der Entwurf des Gemeindehaushaltsplanes für 1905 ist erst am Montag dem Gemeindeverordneten zugestellt worden...

Die einzelnen Positionen stellen sich folgendermaßen: Amts- und Gemeindeverwaltung 11 185 M. Einnahme, 116 735 M. Ausgabe...

Reinickendorf.

Von der Kirchengemeinde soll in der Hansotterstraße ein Gemeindehaus, verbunden mit einem Kinderheim, errichtet werden...

Lichtenberg.

Die Standalchronik Lichtenbergs wird demnächst sich um einen neuen Fall vervollständigen. Wegen Falschung sowie Veruntreuung von öffentlichen Urkunden in 24 Fällen...

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde eine Eingabe der Lehrerschaft in der die Erhöhung der Alterszulage von 200 M. auf 225 M. verlangt wird...

Groß-Lichterfelde.

Zur Pflasterung und Befestigung einer Reihe von Straßen war, wie wir vor einiger Zeit berichteten, die Terraingesellschaft von dem Amtsvorsteher aufgefordert worden...

Potsdam.

Ein ländliches Liebesdrama beschäftigte die Potsdamer Strafammer in einer Verhandlung gegen den 26-jährigen Raurergejellen...

August Thiele aus Ruhlisdorf bei Rudowwalde. Er unterließ seit Jahren mit der Waidnertochter Rosina Schneider aus Ruhlisdorf ein Verhältnis...

Vermischtes.

Die Referendare des geistigen Proletariats. Auf den Juristenüberschuß weist in der „Deutschen Juristenzeitung“ Justizrat Dr. Stranz an der Hand einiger von Prof. Loris in den „Hochschul-Nachrichten“ mitgeteilten Ziffern hin...

Der Geisteszustand der Prinzessin Louise von Koburg. Die Pariser Aerzenärzte, Professoren Magnan und Garnier, die gemeinsam von den Anwälten der Prinzessin und den Anwälten des Prinzen von Koburg ausgewählt worden waren...

Ein Lustmord. Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus Piankenheim (Eifel): Auf einer Wiese bei Nonnenbach fand ein Arbeiter den Rumpf einer Frauensperson ohne Kopf und abgehauenen Gliedern...

Zusammenstoß und Entgleisungen von Expresszügen. Der Expresszug Gannas-Bien stieß Montag nacht mit einem Güterzug auf dem Bahnhof Rogoreto zusammen...

Im Berliner Zoologischen Garten wurde vor einigen Tagen von der Bergzebra-Stute wieder ein reizendes Fohlen zur Welt gebracht, dessen Vater der den Besuchern als Reittier bekannte Scheitand-Ponyhengst ist...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Prinzentr. 100. 1. Realschule am Werderischen Park, und zwar abends 2. Reim, in der Regel ist damit aber nichts zu erzielen. - J. J. Klein. - J. B. Bitte anfragen: „Freie Presse“, Elsefeld, Friedrichstraße 37. - G. G. 73. Wilhelmstr. 73. - Wanderlust. War leider nicht feststellen. Wenden Sie sich an den Arbeiter-Turnverein „Nichte“: Reinhold Schneider, Roppenstr. 24. - 133 M. Ja. - G. G. 222. Den Namen „Ergänzungsplatz zur einl. Boppel“ trägt der Ergänzungsplatz zwischen Schönhauser Allee, Eberwaldstraße und Schmeiderstraße. - M. A. Rein. - H. G. Konstanta. Das M. ist eingegangen. - W. D. Reim - Gefügel. 1. Die Auswahl gering. Von den vorhandenen Vorkern nichts empfehlenswert. 2. Bureau für Auswanderer etc. bis-a-bis dem Stettiner Bahnhof in der Zwalbendstraße. - F. M. R. Wir haben die Verhältnisse vom Jazet leider noch nicht erhalten. - Knowledge is power. Im ersten Falle ist der Kavalier, in den beiden andern Fällen der Cavalier richtig. - G. G. 30. „Produktion“-Geschäft. - 200, Charlottenburg. Wenden Sie sich vertrauensvoll an die Buchhandlung Normant oder an ein anderes großes Geschäft. - H. G. G. Ja. - B. 114. Rein. - Schulte. Gleichlautend in den verschiedenen Ländern. Verschiedenartig in den mancherlei Konfessionen. - Tunnel. 1. Nur per Schiff. 2. Reim, nicht gleichgültig. - Konstanta. H. G. 1. Für Papierbestimmungen: das Dos nicht verlangter, wechselfähiger Einwendungen. 2. Nichts weiter davon schreiben! 3. Nicht uns, sondern der Buchhandlung des „Bm.“ sind vor h. 55 B. einzulisten für den R. B. A. - Tomkappel. 1. Wb. Quittung? 2. Anfrage wiederholen. - Langenbielau. R. 100. 1. Wb. Quittung? 2. Nachtr. 46. - 100. Hübn. Unsere Erklärungen führten leider zu keinem Resultat. Tierarzt? 1. - F. M. Die unmittelbare vorher unter 100.

Rummel u. H. B. Ulter. 1. Verein gegen Verarmung. Deutscher Dom, Gendarmenmarkt. 2. Frauenverein. Frau Ida Salomon-John, Vorhänge, Charlottenburg, Hardenbergstr. 13. 3. bis 5. Bürger-Rettungsinstitut, Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitslose und Biederer-Stiftung, Berlin, Rathaus. Weitere drei auch Darlehen usw. Ferner: Wegen der Krankenangelegenheiten anfragen bei dem Sekretariat der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Allee 15 parterre. - H. C. H. Rein. - Schwindt. Zentral-Auswahlfstelle für Auswanderer, hier, Schellingstr. 4. - 13. B. Ja.

Juristischer Teil.

H. R. 62. Selber Recht der Betroffenen ein Recht auf Aufnahme nicht zu. Bielefeld hat eine Eingabe an den Magistrat, Stützungsdeputation, Erfolg. - M. G. 100. Es ist nicht erwünscht, welches Ortsblatt Sie meinen. - J. G. W. 99. Es steht der Betroffenen nur das Recht zu, auf Alimentation zu klagen. - Agitationverein. Wenn Biletts für ein Vergnügen öffentlich an jedermann verkauft werden oder wenn Biletts nicht lediglich an einen bestimmten unangrenzten Teil abgegeben werden, so kann das Vergnügen als öffentliches, also genehmigungspflichtiges, erachtet werden. - H. R. Rein. - Cito Kauenborn. Die Rechtslage ist folgende: Die Gebühren eines Annahms betragen, falls nichts anderes vereinbart ist, für das Vorverfahren in einer Beilegungssache 6, für die Vertretung im Termin 12 (und wenn Beweisaufnahme stattfindet 18) Mark, ohne Rücksicht auf die Zahl der Termine. In der Regel sind nicht von der Partei (andere liegt es mit der Erhaltungspflicht der Gegenpartei) diese, sondern andere, schriftlich vereinbarte Gebühren zu zahlen. Die

Besonderung ist nur gültig, wenn sie schriftlich abgeschlossen ist. — **M. R. 10.** Sterben Sie ohne eheliche Kinder zu hinterlassen, so können Ihre Eltern ihr Erbschaftsverlangen, in Ihrem Falle also auf die Hälfte des Nachlasses Anspruch erheben. Den Geschwistern steht solches Recht nicht zu. In dem von Ihnen erstellten Testament ist der Zusatz nützlich, wenn Ihren Wünschen entsprechend: die Erbesehung soll auch für den Fall Gültigkeit haben, daß das Verbleiben zurückgeht. — **100 Reider.** Sie mühten sich nicht um die Firma mitteilen, daß die Unterschrift nicht von Ihrem Namen, sondern von Ihnen herrührt. Der Gebrauch des Namens Ihres Mannes ist Urkundenfälschung, die durch den Reisenden erfolgte Fälschung hierzu ist intellektuelle Urkundenfälschung. Können Sie den Tatbestand nachweisen, so ist eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft am Orte, um dem zungewandten Reisenden sein gemeingefährliches Handwerk zu legen. Unendlich häufig haben wir davor gewarnt, Reisenden auf Abzahlungsgegenstände Unterschriften zu leisten oder gar statt der eigenen Unterschrift die des Mannes zu geben. Alle Versicherungen, Versicherungen des Reisenden sind wertlos, falls Sie dieselben nicht beweisen können. Der Gebrauch des Namens des Mannes ohne dessen Zustimmung, die Firma gegenüber behaupten, die ja davon Kenntnis nicht erhielt, daß Sie (und nicht Ihr Mann) unterschrieben haben. — **Richard G., Stargard.** Die Bank ist völlig im Recht, Erbschaften und Einmündung aller Erben zu verlangen. Ihr gegenüber ist nur der eingetragene Deponent abholungsberichtig. — **M. R. 23.** Rein. — **M. R. 18.** Der den selbständigen Betrieb eines Reisenden Gewerbes (ob mit oder ohne Gehilfen ist gleich) anfängt, muß der für den Ort des Betriebes zuständigen Behörde Anzeige davon machen. Zuständig in Preußen ist der Gemeindevorstand des Ortes, an dem das Gewerbe betrieben werden soll, für R. also der dortige Magistrat. Für Berlin ist die zuständige Behörde die Verwaltung der direkten Steuern. — **Julius 28.** Die von Ihnen dargelegten Umstände würden einen Grund zum strafrechtlichen oder disziplinarischen Einschreiten gegen den Betreffenden selber nicht enthalten. — **G. R. 28.** Sie können Klage mit Unterstützung auf Erfolg erheben. — **Ch. W. 76.** Ein Anrecht auf Rückzahlung steht Ihnen nicht zu, weil Ihre Versicherungspolice solchen Anspruch nicht gibt. Setzen Sie sich mit der Gesellschaft darüber ins Benehmen, ob und wie die Versicherung aufrecht erhalten werden kann. — **M. R. 22.** In Ihrem Falle könnte das Weihnachtsgeld selbst, soweit es noch bei der Rückforderung vorhanden, zurückgefordert, nicht aber auf den Lohn angerechnet werden. — **M. R. 21.** — **M. R. 25.** 1-3. Rein. — **M. R. 34** und andere. Was ist bei der Steuerberechnung in Abzug zu bringen? Als steuerpflichtiges Einkommen des einzelnen Steuerpflichtigen gelten dessen gesamte Jahreseinkünfte in Geld und Geldwert einschließlich des Mietwerts der Wohnung im eigenen Hause oder der ihm zustehenden freien Wohnung sowie des Wertes der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes. Abzugsfähig

sind: 1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben, 2. solche indirekten Ausgaben jeder Art, welche zu den Geschäftskosten zu rechnen sind, 3. die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgeräten usw., 4. die vom Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen und Renten, 5. die auf besonderen Rechtsstiteln (Vertrag, Versicherung, letztwilliger Verfügung) beruhenden dauernden Einnahmen, z. B. Mieteinnahmen, 6. die von den Steuerpflichtigen für ihre Person geleistete oder vertraglich zu entrichtende Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, 7. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen. Ferner: von dem steuerpflichtigen Einkommen eines Haushaltungsvorstandes, dessen steuerpflichtiges Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, ist für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren der Betrag von 50 M. in Abzug zu bringen; sind mindestens drei Familienmitglieder unter 14 Jahren vorhanden, so findet auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe statt. Die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse (außergerichtlich bedingte Unglücksfälle) können auf Antrag berücksichtigt werden. Es ist in solchen Fällen rätlich, einen besonderen Antrag zu stellen. — **Richter.** Wenn Ihr Vertrag nicht das Gegenteil besagt (in Berlin sind derartige Abmachungen üblich), so hat der Wirt die durch Zufall zerfallenen Speisen zu ersetzen. — **Alara.** Der wegen Ehebruchs des anderen geschiedene Ehegatte hat das Recht, innerhalb drei Monaten nach der Scheidung Bekämpfung wegen Ehebruchs zu beantragen. Warten Sie also erst diese Zeit ab. — **M. R. 22.** 1. und 3. Zur Zahlung sind Sie verpflichtet und können, falls Sie nicht zahlen, verklagt werden. 2. Die Anerkennung seitens Ihrer Bekannten mag auf dem Vormundschaftsgericht erfolgt sein. — **Volke.** Der Nachbar ist zu der von Ihnen gewünschten Verlängerung Ihres Schornsteins nicht verpflichtet. — **Wemelerstr. 43.** Im Jahre 1873 erfolgte die teilweise Verlegung des Weihnachtsmarktes unter Freistellung der Breitenstraße nach der nördlichen Schloßseite (Lustgarten). 1890 wurden auch der Hausboisplatz und Alexanderplatz, die in diesem Jahre mit Gärtenanlagen versehen wurden, für den Weihnachtmarkt unbenutzbar. Als Ersatz wurden der Antonienplatz und Umgebung herangezogen. Im Jahre 1891 wurde infolge der Aufstellung des Krummens mit den Weibern, die den Rand halten, der bis dahin noch auf dem Schloßplatz abgehaltenen Teil des Weihnachtsmarktes nach der Kranienburger- und Krausnickstraße verlegt. Im Jahre 1892 wurden auch die Franzfurter Linden und die Promenade in der Friedensstraße zum Weihnachtmarkt benutzt. Im Jahre 1893 verdrängte der Domplatz den Weihnachtmarkt auch zum Lustgarten. Im Jahre 1894 beantragte der Magistrat den so aus dem Zentrum der Stadt an die Peripherie gedrückten und atomisierten Weihnachtmarkt gänzlich aufzugeben. Die Stadverordneten-Versammlung lehnte den Antrag ab. Der Weihnachtmarkt in Berlin findet auf den Jahrmärktenplätzen (Kronen-, Sineas-Platz,

Große Franzfurterstraße und Sineasstraße), noch in einigen der Großen Franzfurterstraße angrenzenden Straßen statt. Der Handel mit Weihnachtsgüter wird nach wie vor in den verschiedenen Teilen der Stadt abgehalten. Im großen und ganzen ist der Nahrungsmittelmarkt von der Straße in die Markthallen, in die Warenhallen oder Warenhäuser verlegt. — **M. R. 6.** Die Leistung des Offenbarungseides hat auf die Ausübung politischer Rechte und auf die anderen von Ihnen erwähnten Verhältnisse keinerlei Einfluß. — **M. R. 181.** Sie müssen einen beim Kammergericht zugelassenen Anwalt bestellen. Revision an das Reichsgericht ist bei Defekten unter 1500 Mark nicht zulässig. Welche Erbquote dem Kinde zufällt, ist aus Ihren Darlegungen nicht zu ersehen; aus den Prozentsätzen müßte sich ergeben, nach welchem Recht die Erbchaft reguliert ist (sowie ob und inwieweit ein Vergleich gültig ist). Die von Ihnen beschriebene Handlung dürfte als strafbar nicht zu erachten sein. — **G. R. 12.** Der Wirt könnte unter Einhaltung der Kündigungsfrist auch zu einer früheren Zeit als zum 1. Oktober kündigen.

Marktpreise von Berlin am 27. Februar. Nach Ermittlungen des fgl. Statist.-Büros. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,60—17,56 M., mittel 17,52—17,48 M., geringe 17,44—17,40 M. Roggen**, gute Sorte 13,85—13,84 M., mittel 13,83—13,82 M., geringe 13,81—13,80 M. Futtergerste*, gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,40 M. Hafer*, gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,00—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speckbohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Weizenstroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schuß 5,00—3,80 M. *) Zwei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsübericht vom 28. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F. °C. °F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F. °C. °F.
Strehle	750	SW	2	halb bb.	1	Haparanda	760	S	2	bedeckt	-1
Damburg	747	SW	4	halb bb.	1	Petersburg	764	SW	3	Schnee	-7
Berlin	750	SW	1	bedeckt	2	Scilly	750	SW	5	halb bb.	0
Frankf. a. M.	751	SW	3	bedeckt	2	Aberdeen	735	SW	1	wolkig	1
Königsberg	754	SW	3	bedeckt	0	Paris	750	SW	2	heiter	1
Wien	754	SW	1	bedeckt	0						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. März 1905.
Vocherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 1. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Roland von Berlin.
Neues Theater. Neues König. Opern-Theater.
Deutsches. Die Brüder von St. Bernh.
Berliner. Der Kaiserjäger.
Lesing. Die Weber.
Wöhrn. Die neugeliebten Frauen.
Zentral. Die Jurheirat.
National. Undine.
Renos. Ein Sommernachts Traum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:

Schiller o. (Wallner-Theater.) Die Haudenlerche.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Im Hafen.
Kleines. Abschied vom Regiment.
Residenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familien Tag.
Tranon. Die glückliche Gliberte.
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luise. Unsere Frauen.
Belle Alliance. Der beste Tip.
Carl Beck. Die Kinder des Kapitan Grant.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Hypho. Berliner Luft.
Ursula. Kobl. Spezialitäten.
Kaffee. Heirat auf Probe.
Herrnfeld-Theater. Die Weibchens.
Vollge-Theater. Die 5 Lorrison.
Bollen Laffon. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Der Penunziant.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubensir. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Zentraltheater, Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Donnerstag: Der Graf v. Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachts Traum.
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Donnerstag: Die Neuwermählern.
Abschiedssooper.
Freitag: Nachtasy.
Sonnabend: Angele. Der Bär.
Sonntag: Angele. Abschied vom Regiment.
Montag: Nachtasy.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Mittwoch, den 1. März 1905, abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
Ab Donnerstag: Dreimaliges Gastspiel der berühmten Schallmängerin Original Madalaine B. aus Wänden, assistiert von d. weltbekanntesten Neuenbergmüller Schmidt-Este.
Gemündliche Presse.
Tranon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die glückliche Gliberte
Freitag: Das Abenteuer des Herrn Malzeux. — Die Brieftasche. — Ein geländlicher Zwischenfall.

Urania, Taubensir. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Westend,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folgende Tage: Juxheirat.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung, halbe Preise: Der gekieckelte Kater.
Abends: Die Juxheirat.

Luisen-Theater.
Zum erstmalig:
Unsere Frauen.
Donnerstag: Gastspiel des Theaters des Hofens: Zell.
Freitag: Unsere Frauen.
Sonnabend: Doppelrats Erben.
Sonntag nachmittags: Götz v. Berlichingen. Abends: Robert u. Bertram.
Montag: Höhere Töchter.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Amrol. Deutsch v. R. Schönau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das große Geheimnis.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Heute abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp.
Der große Erfolg!!!
100. Male:
NEW-YORK
Elegante Souveniere.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n großen Teich.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgeselle mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Joseph. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

o. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Haudenlerche.
Schausp. i. 4 Akten v. G. v. Bülowenbrück.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. Charleys Tante.
3 Uhr:

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 1. März, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Unter diesem anderen zum erstmalig: **Der sensationellste Dressur-Akt der Gegenwart** Mr. Eph. Thompson mit seinen 1. 4 Elefanten als Akrobaten. 2. 5 Elefanten als Schlittenscheitelfahrer. 3. Der Elefant als Soldat. 4. Der Barbier, urkomische Szene von 2 Elefanten. 5. Der Wunder-Elefant „Mary“.
Der einzige Elefant der Welt, welcher einen Saltomortale schlägt.
Vorher das glänzendste Programm u. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren. Um 9 1/2 Uhr: Mit bis jetzt unübertroffenem Erfolge die große Schumann'sche, mit märchenhafter Pracht inszenierte Aufstufungsphantomime: **Eine Nordlandreise.**
Im Strahle der Mittelnachtssonne. — Ebenen hervorragend schöne Bilder mit sich von Akt zu Akt steigenden Effekten und die **feenhaftige Schluß-Apotheose.**

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Der Roland von Berlin.
Wochenschrift für das Berliner Leben.
Herausgeber: Dr. L. Leipziger.
Die morgen erscheinende Nummer enthält u. a.:
Die beiden Thyssen.
IV. 87/3
Preis der Einzelnummer: 20 Pf. Abonnements 2 Mark pro Quartal nehmen entgegen: Die Post, alle Buchhandlungen des In- und Auslandes und der Verlag, Tauentzien-Straße 20, I.

Kasino-Theater
Lothringersir. 37 (Köpenicker Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz. **Heirat auf Probe.**
Vorher das vollst. neue Programm. Sonntag nachmittags 4 Uhr: Mutter Grabert.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitan Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung. H. Preise: Die Wänschelrute. Sonntag nachm. 3 Uhr, Parfett 60 Pf.: Senta Wolfsburg.

N. Schiller-Theater Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Drama in 3 Akten von Georg Engel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstmalig: **Der Leibalte.**
Belle Alliance-Theater. Täglich abends 8 Uhr:
Durchschlagender Lacherfolg!
Der beste Tip.
Gr. Kunst. -Bosse m. Gef. u. Tanz i. 3 Akten.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Hofgunst.

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 1. März, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Unter diesem anderen zum erstmalig: **Der sensationellste Dressur-Akt der Gegenwart** Mr. Eph. Thompson mit seinen 1. 4 Elefanten als Akrobaten. 2. 5 Elefanten als Schlittenscheitelfahrer. 3. Der Elefant als Soldat. 4. Der Barbier, urkomische Szene von 2 Elefanten. 5. Der Wunder-Elefant „Mary“.
Der einzige Elefant der Welt, welcher einen Saltomortale schlägt.
Vorher das glänzendste Programm u. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren. Um 9 1/2 Uhr: Mit bis jetzt unübertroffenem Erfolge die große Schumann'sche, mit märchenhafter Pracht inszenierte Aufstufungsphantomime: **Eine Nordlandreise.**
Im Strahle der Mittelnachtssonne. — Ebenen hervorragend schöne Bilder mit sich von Akt zu Akt steigenden Effekten und die **feenhaftige Schluß-Apotheose.**

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Der Roland von Berlin.
Wochenschrift für das Berliner Leben.
Herausgeber: Dr. L. Leipziger.
Die morgen erscheinende Nummer enthält u. a.:
Die beiden Thyssen.
IV. 87/3
Preis der Einzelnummer: 20 Pf. Abonnements 2 Mark pro Quartal nehmen entgegen: Die Post, alle Buchhandlungen des In- und Auslandes und der Verlag, Tauentzien-Straße 20, I.

W: Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Auf die feinsten Wunsch:
Pension Schöllner.
Schwank in 3 Akten von G. Laufs.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag:
Benefiz für Udo Hurst.
Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Mittwoch, den 1. März: Gr. Extrabestellung zum Benefiz für den Komiker Max Wiedermann. Zur Aufsicherung gelangt: Der große Komat. Schwank in 3 Akten von G. Laufs und B. Jacobi. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorst.: Gr. Benefiz-Ball.

Schluss der Saison
am 7. März cr.
Zirkus Busch.
Fortsetzung der Gr. Internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
Mk. 7500.- Geldpreise in bar.
Ehren-Protectorat:
Herr Professor Reinhold Bogas.
Beginn der Ringkämpfe ca. 8 1/2 Uhr.
(Es beginnen hiermit die Endkämpfe zwischen den nummehr als 8 besten Ringern ermittelten Teilnehmer.)
Alle Kämpfe werden bis zur Entscheidung ausgetragen.
Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feerie:
Katharina II.
Mlle. de Holstein, Schulleiterin auf „Gentleman“. Hieraus das iränd. Springpferd „Wilson“. Herr Ernst Schumann mit seinen neuesten Reiterdressuren und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Morgen Donnerstag: Benefiz für die Schulleiterin Frä. Martha Mohrke.
Kaisl. Sonntag nachm. 4 Uhr:
Katharina II.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Die 5 Lorrison
die bekannten Frauenhelden.
Bokken Lasson
die exotische Strahlenfängerin.
Die Tichiani-Truppe.
Die reizenden Fiofatis.
14 neue Nummern,
jede hervorragend.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Wiclowstr. 24 und Emdenstr. 41.
Heute:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Die kluge Rosa.
Anfang 7 Uhr. Entree 30, rel. 50 Pf.
Passepartouts haben Gültigkeit.
Hellmuth Peters.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Wiclowstr. 24 und Emdenstr. 41.
Heute:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Die kluge Rosa.
Anfang 7 Uhr. Entree 30, rel. 50 Pf.
Passepartouts haben Gültigkeit.
Hellmuth Peters.

Radfahrer!
New Departure
Beste Freilauf-Nabe
1000 gr.
Macht das Radeln zum Tanz
Durch jede Fahrradhandlung zu beziehen.
Romain Talbot * Berlin C. Allein-Vertrieb für Deutschland.

Apollo-Theater.
Heute: Debut der neuen März-Spezialitäten.
Dazu zum letztenmal:
Berliner Luft von Paul Lincke
Morgen Donnerstag zum erstmalig:
Das Weibchennädel
unter persönlicher Leitung des Komponisten Prof. Josef Hellmosberger, i. J. Hofkapellmeister. Täglich: Anf. 8 Uhr.

Gebürder Herrfeld-Theater.
Robität! Täglich: Robität!
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Meyerfeld.
Kommerzienrat Meyerhain: Donat Herrfeld.
Pfechtowil, Herausgeber des „Scheinwerfer“:
Anton Herrfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—3 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Onkel Cohn.
Bosse in 4 Akten von R. Schwarz und G. Fiegler.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
Vorgangarten zu halben Preisen haben Gültigkeit.
Voranzeige: Dienstag, den 7. März (Kastnacht): Erstes diesjähriges Kostümfest. Gefühlsball in Zwerlinghof.

Skala-Theater.
Sintenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Deta Waldau
fotote
20 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
 Heute Benefiz für den Kapellmeister Otto Antonius.
Der Demoziant.
 Charakterstück in 2 Akten von H. Müller.
 Vorher: Spezialitäten allerersten Ranges.
 Konzert mit bedeutend vergröß. Orchester. Dirigent Otto Antonius.
 Nach der Vorstellung: Familien-Festzelt.
 Anf. 8 Uhr. Große 7 Uhr. Entree 50 Pf.
 Ehren- u. Vorzugskarten haben Gültigkeit.
 Morgen: Das neue glänzende März-Programm. 9 Uhr: Wie man selber feiert.
 Vorzeiger dieser Annonce zahlen halbe Kassenpreise.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
 Donnerstag: 100. Aufführung.
 Sonntag nachm.: Das Lumpengesindel.
Orts-Krankenkasse
 der
Bureau-Angestellten
 Die am 14. November 1904 erfolgte Wahl der Delegierten aus dem Kreise der Arbeitgeber ist vom Magistratskommissar für ungültig erklärt worden, da nicht Arbeitgeber, sondern beauftragte Arbeitgeber-Vertreter gewählt haben. Es findet deshalb eine Neuwahl am Donnerstag, den 2. d. M., abends 7^{1/2}-8^{1/2} Uhr, im Kaiserhof, Straßburgerstr. 56, vorn I. r., statt, zu welcher die Herren Arbeitgeber hermit eingeladen werden. — Es sind 136 Vertreter zu wählen.
 Berlin, den 1. März 1905.
 270/18 Der Vorstand.
 H. v. Bauer.

Handlungsgehülfen!

Donnerstag, 2. März 1905, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
Die Lohnfrage im Handelsgewerbe. Referent **Julius Kaliski.**
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin.
Zentral-Verband deutscher Maurer
 Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.
 Donnerstag, 2. März, abends 8 Uhr, im Lokale Benthstr. 20/21 (Industrie-Festhalle):
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: Wahl des Sektionsvorstandes, der Revisoren und der Bezirkskassierer. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
 NB. Die regelmäßige Monats-Versammlung der Gruppe der Rabbipoker (am 1. März) fällt wegen der General-Versammlung aus.
 136/17 Der Vorstand.

Verhandl. d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigt. Arbeiter
 Berlin und Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Max Sommerau
 am Montag, den 27. Februar, nach langem Leiden verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. März, nachmittags 3^{1/2} Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen aus nach dem Domkirchhof in der Müllerstraße statt.
 Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
SAHARET.
 Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dlanda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stelling u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerrinnen. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

Stephdecken

2190L*
 kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik 72 Wallstraße 72, wo auch alle Stephdecken aufgearbeitet werden.
 O. Strohmayer, Berlin 14.
 Güstlicher Preisstatistat gratis.

Sofastoffe

2190L*
 Rissenauswahl aller Qualitäten.
 Wolle. Reste! Mocquettes. Plüsch. Satteltaschen.
 Muster b. näher. Angabe franko.
 Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 2. März, abends 8^{1/2} Uhr, bei Keller, Köpenstraße 29:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung: Stichwahl eines Beisitzers und Revisors. Wahl eines zweiten Stellvertreters. Stellungnahme zum Gewerkschaftslosgang und Wahl eines Delegierten zu demselben. Berichtsangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Nach schweren Leiden verschied am 27. Februar unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, Inhaber der Granier-Anstalt
Ernst Zenkert
 im 54. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an die Hinterbliebenen
 Familie (Schön-Dahms).
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. März, von der Leichenhalle der St. Emon- und Lukas-Gemeinde am Tempelhofer-Damm Weg aus statt. 22232

Sansouci.

Kostümbüro für Stat. der Hochbahn.
 Heute Mittwoch:
Don César oder König.
 Graf u. Straßensängerin.
 Donnerstag, Sonntag, Montag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.

Hühner,

2190L*
 Sucht u. Rau-Geflügel jeder Art. 1904 erfliegende Tauben, Enten, Brutputen, Bruteier hocherh. Kaffen perf. u. Garantie.
 H. Wagner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Konfirmanden-Anzüge

2190L*
 von 6^{1/2} M. bis 36 M.
 Zu jedem Konfirmanden-Anzug gebe einen Einsegnungs-Gut unsonst.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Seit gestern stehen die Miesener-Güßlarbeiter bei den Firmen Emil Ende, N. Rosenfeld und Villeroy & Boch im Streik, um die Anerkennung ihres Tarifvertrages und um die Anerkennung ihrer Organisation zu erzielen.
 Diese drei Firmen haben bisher nicht auf dem Standpunkte gestanden, nicht mit der Organisation, sondern mit den Arbeitern selbst zu verhandeln. Hierdurch haben sie es stets fertig bekommen, die Löhne der bei ihnen beschäftigten Arbeiter bedeutend zu drücken und somit den Tarifvertrag der letzteren zu umgehen.
 Da diese Firmen versuchen werden, Arbeitswillige heranzuziehen, so hat die Organisation rote Arbeitsberechtigungs-Karten für alle Berufsangehörigen ausgegeben.
 Wir richten deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter der Baubetriebe, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den Bauten beschäftigten Miesener-Güßlarbeiter nach der Arbeitsberechtigungs-Karte betrogen.
Die Ortsverwaltung
 des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Güßlarbeiter.
 29/13

Zurückkehrend vom Grabe des Parteigenossen 28046
Heinrich Kieckbeck
 spreche ich hiermit dem Genossen Kater für seine zu Herzen gehenden Worte, sowie den Mitgliedern des V. d. M. Arbeiter Berlins, des Wahlvereins Hildorf, der Jahnstube der Maurer Hildorf, den Kollegen des Hauses Glasenapp, allen Bekannten und Freunden für rege Beteiligung und zahlreiche Spenden meinen verbindlichsten Dank aus.
Martha Jeetze u. Sohn.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
 Anf. Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Mitteilungsnummer, die den Inhalt der Nummer enthält, vorher zu haben.

Frühjahrs-Saison!

Gundermanns Spezialgeschäft

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
 Berlin N., Brunnenstraße 63.
 Nur bessere Konfektion zu billigen Preisen. Zum Beispiel:
 Herren-Anzüge von 7 M. bis 48 M.
 Herren-Hosen von 1^{1/2} M. bis 16 M.
 Herren-Sommer-Paletots von 8 M. bis 50 M.
 Arbeiter-Kleider, kolossal billig.
Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Norden“.

Achtung! Produktenhändler! Achtung!

Wittwoch, den 1. März, abends 9^{1/2} Uhr:
Öffentliche Versammlung
 aller Produzentenhändler und Händlerinnen Berlins u. Umgegend im „Königstadt-Kasino“, Hofmarktstr. 72.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Waldock Manasse über: „Die drei Ringe“ aus „Nathan der Weise“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Da dieser Vortrag ein lehrreicher ist, ersuchen wir Euch, Mann für Mann zu erscheinen. — Zur Deckung der Kosten findet Teilsammlung statt.
Der Einberufer.
 297/2

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Verwandten und Freunden, insbesondere dem Zentralverband der Zimmerer meinen besten Dank.
 28015
Witwe Steinborn.

Otto Fritzkows

Abnormitäten - Ausstellung
 Münzstraße 16.
 Täglich u. Sonntag.
MIS Arabella,
 die einzigste Dame, welche auf dem ganzen Körper tätowiert ist.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Dr. Simmel, Pringen-Str. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Ausschneiden Wert 4 Mk.
 Künstl. Zähne. Naturgetreu, tadell. Ausführ. äußerst billigst. Schmerz. Zahn. Nervlöten. Zähne reinigen, bei Bestimmung umsonst. Keine extra Berechnung. Eventl. Ratenzahl. gestattet. Um Mißtrauen zu vermeiden, bitte ich dringend, erst bei Abholung Annonce vorzuzeigen.

Max Behnfeld.

Zwei Vereinszimmer, 35-50 Personen, mit und ohne Piano, nach einige Tage zu vergeben.

Spezial-Geschäft L. KATZ & Co.

Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
 a) **Komplette Küchen-Einrichtungen**
 130 Teile 35 M.
 200 75 M.
 b) **Speise-Service**
 weiß glatt 3,95
 Feston 6,65
 blau Zwiebel 5,75
 bunt 9,50 M.
 sämtlich für 6 Personen, 23 Teile.
 Große Auswahl in besseren Services.
 c) **Kaffee-Service**
 für 2 Personen, Steilig . . . 1,45 2,25 3,- M.
 „ 6 „ 9 „ . . . 2,95 3,50 4,50 „
 „ 13 „ 15 „ . . . 4,85 bis 20,- „
 d) **Wasch-Service**
 bunt 1,45
 Steilig 2,75
 Steilig, extra groß . . . 3,75 M.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank für die vielen Spenden für unser Trudchen Engler, insbesondere dem Statthalb „Hoffnung“.
 26036
A. Engler nebst Frau.
 Wir empfehlen: 293/13*

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
 Das großartige März-Programm.
 24 erstklassige Nummern.
 Neu! **Wolff** Neu!
 über: Die Folgen eines Hintertreppen-Romans.
Etablishement Buggenhagen
 Hortzplatz.
 Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
 In den unteren Ecken jeden Abend:
Bockbierfest.
 KONZERT.
 Der dumme Max u. der kluge Hans.
 Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
 Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof:
Tanz.

Max Guckel,

Lausitzer Platz 2.
 Ziehung am 8. u. 9. März
Wetzlarer Dombau-Lotterie
 0400 Gold-Gewinne ohne Abzug.
 Hauptgewinne:
70000
50000
30000
 u. s. w.
 Lose à 3.00, Porto u. Liste 30 Pf.
 extra, empfiehlt
Carl Heintze,
 Berlin W., Unt. d. Linden 3.

Max Behnfeld.

Zwei Vereinszimmer, 35-50 Personen, mit und ohne Piano, nach einige Tage zu vergeben.

Spezial-Geschäft L. KATZ & Co.

Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
 a) **Komplette Küchen-Einrichtungen**
 130 Teile 35 M.
 200 75 M.
 b) **Speise-Service**
 weiß glatt 3,95
 Feston 6,65
 blau Zwiebel 5,75
 bunt 9,50 M.
 sämtlich für 6 Personen, 23 Teile.
 Große Auswahl in besseren Services.
 c) **Kaffee-Service**
 für 2 Personen, Steilig . . . 1,45 2,25 3,- M.
 „ 6 „ 9 „ . . . 2,95 3,50 4,50 „
 „ 13 „ 15 „ . . . 4,85 bis 20,- „
 d) **Wasch-Service**
 bunt 1,45
 Steilig 2,75
 Steilig, extra groß . . . 3,75 M.

Fritz Reuters Werke.

Einzel-Ausgaben:
 Meiß nach Velligen brosch. je
 Rein Hütung 40 Pf.
 Ganne Räte geb. je
 Woans id tau 'ne 50 Pf.
 Frau kann - Ut de
 Franzosen
 Volterabend-Gebichte und Lustspiele (in allen bisherigen Ausgaben der Werke nicht enthalten) brosch. je
 60 Pf.
 2 Teile geb. je
 1,- M.
 Ut mine Festungsbild Schurr-Murr
 Döschlächting
 Montecchi un Capu
 fetti
 Ut mine Stromid brosch. 1,40 M.
 geb. 2,- M.
 Ferner:
 Fritz Reuters ausgewählte Werke in 9 Bänden, in 2 Reihenbänden geb. 3,50 M.
 (Inhalt: Biographie, Wünsche un Rimeid, Ganne Räte, Franzosenid, Festungsbild, Stromid.)
 Fritz Reuters sämtliche Werke in 18 Bänden, nebst Legikon. In 4 Reihenbänden geb. 6,- M.
 In 4 Halbfranzbänden, geb. 9,50 M.
 Eine Leuznansgabe auf bestem Papier in 4 hoch-eleganten Liebhaber-Quartfranzbänden 12,50 M.
 Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69, Laden.
Möbel,
 ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig.
 Eigene Tischlerei-Werkstatt.
 Berlin O., 29176*
Wlehr, Veteroburgerstr. 62.

Aufsehen erregen unsere Preise.

2002L*
 Echt englische Herren-Anzugstoffe früher 10.50 Mk., jetzt nur **6.50** Mk. per Meter
 Tuchkammgarne für schwarze Gesellschafts-Anzüge früher 6.50 Mk., jetzt nur **4.50** Mk. per Meter
 Damentuche, hochelegante Ware früher 8.50 Mk., jetzt nur **2.50** Mk. per Meter
 Kinder-Anzugstoffe spottbillig früher 8.00 Mk., jetzt nur **1.75** Mk. per Meter
 Damen-Regenrockstoffe mit angewebtem Futter früher 8.50 Mk., jetzt nur **1.75** Mk. per Meter
 Herren-Anzugstoffe früher 6.00 Mk., jetzt nur **3.00** Mk. per Meter
 Damen-Kostümsstoffe mit angewebtem Futter früher 8.50 Mk., jetzt nur **1.75** Mk. per Meter
 Herren-Paletotstoffe früher 5.50 Mk., jetzt nur **3.00** Mk. per Meter

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland,

Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.
 Garantio. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Arbeiter, Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einständiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einständiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstücks- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unstille Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Akkordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschildert und juridisch ungewiss.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnmäßige in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßnahmen. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befreiung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beizwerden nehmen entgegen: Fräulein Vander, Blücherstraße 49, Hof II. Frau Bauschke, Rostockerstr. 43, Luerweg 1. Frau Dr. Weyl, Poliringerstr. 67, I. Frau Lux, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Panzeram, Pappel-Allee 128, vorn I. Frau Ties, Blumenstr. 93, I rechts. Frä. Heidemann, Alte Jakobstr. 108, IV. Frä. Grünberg, Köpnickstr. 8b, IV. Frau Jeché, Nixdorf, Steinmetzstraße 120, vorn I. Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 190.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7-9 Uhr. Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, im Laden. Sozm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu sprechen:

A. Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.

B. Für Arbeiter allein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am 1. Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.

C. Für Arbeiterinnen allein halten die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Fräulein Reichert, Fräulein Kummert und Fräulein Conradt zu den unter B angegebenen Zeiten Sprechstunden in den Räumen der Gewerbe-Inspektion Berlin O bezw. C und N ab.

Außerdem sind zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbe-Aufsichtsbeamte in den Dienstlokalen der Gewerbe-Inspektion anwesend.

Die Bezirke der Gewerbe-Inspektionen für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf sind wie folgt abgegrenzt:

- 1. Gewerbe-Inspektion Berlin C., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 1, 2, 6, 12 bis 16, 19 bis 22, 27, 29, 38, 40, 55 und 93.
2. Gewerbe-Inspektion Berlin O., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 23 bis 26, 43 bis 45, 48, 49, 52 bis 54, 65, 66, 70, 79, 86, 87, 94 bis 96, 102 und 103, sowie den Stadtkreis Nixdorf.
3. Gewerbe-Inspektion Berlin S., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 28, 30, 31, 34 bis 36, 39, 41, 42, 47, 56, 63, 67, 71 bis 73, 78 und 85, sowie den Stadtkreis Schöneberg.
4. Gewerbe-Inspektion Berlin W., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 3 bis 5, 8, 32, 33, 37, 57, 58, 64, 74 bis 77, 83, 84, 91, 100 und 104, sowie den Stadtkreis Charlottenburg.
5. Gewerbe-Inspektion Berlin N., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 7, 9, 10, 11, 17, 18, 46, 50, 51, 59 bis 62, 68, 69, 80 bis 82, 88 bis 90, 92, 97 bis 99, 101 und 105.

Uebersicht der Gewerbe-Inspektionen und der Gewerbe-Aufsichtsbeamten von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf.

Table with 4 columns: Bezeichnung der Gewerbe-Inspektion, Gewerbe-Inspektoren, Beamte der Gewerbe-Inspektionen, Diensträume der Gewerbe-Inspektionen. Rows list various districts and their respective inspectors and offices.

Aus Industrie und Handel.

Herr Daniel geht! Wie der Vorstand des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats anzeigt, ist der Geheim-Kommerzienrat Franz Daniel zu Düsseldorf, der mit den bekanntesten Kohlenmagnaten Thössen und Stinnes zu den bedeutendsten Vergewaltigern Rheinlands-Weßfalens gehört, aus dem Aufsichtsrat des Syndikats ausgeschlossen. Es liegt nahe, diesen Austritt aus der Leitung des Kohlen-Syndikats mit dem jüngst beendeten Vergewaltigerstreik in Verbindung zu bringen; so weit sich aber beurteilen läßt, hat er mit dem Streik nichts zu tun; es handelt sich vielmehr um Rivalitätsstreitigkeiten zwischen den Herren Thössen und Daniel. Herr Thössen sucht seinen Einfluß und Besitz um jeden Preis auszubehalten und hat sich in diesem Streben dazu verurteilt, teils direkt, teils unter der Hand durch mit ihm liederlich verbundenen Aktien und Anzeiger solcher Leuten aufzukauften, die bisher unter Daniels Herrschaft standen;

und dieser Einbruch in ihren Interessenrahm paßt der Familie Daniel nicht.

Auch die „National-Zeitung“ führt in einer wahrscheinlich aus dem Kreise der Berliner Bankfinanz stammenden Notiz das Ausscheiden Daniels aus dem Syndikat auf diesen Rivalitätsstreit zurück. „Man erinnert sich“, schreibt sie, „daß vor einiger Zeit hinter den Kulissen ein Kampf zwischen dem Daniels und einer anderen rheinisch-westfälischen Großmacht ausgefochten wurde, wobei es sich um die Vormachstellung in einer bis dahin unter Danielischem Einflusse stehenden Vergewaltiger-Gesellschaft handelte. Schließlich schien Geheimrat Daniel das Feld zu behaupten. Außerdem hat sich innerhalb des Syndikats erst vor wenigen Tagen eine Verschiedenheit der Meinungen ergeben, als die Frage zur Diskussion stand, ob man die Vergewaltiger-Gesellschaft zum Anlaß nehmen solle, um den Kohlenkonsumenten höhere Preise aufzuerlegen. Wäre dies der Grund des Rücktritts des Geheimrats Daniel, dann müßte man aus dem Umstande, daß Herr Geheimrat Nixdorf bleibt, den Schluß ziehen, daß Herr Geheimrat Daniel sich auf die Seite derer geschlagen hat, die von einer Wählung nichts wissen wollen.“

Vielleicht wird nun der Kampf zwischen den Dynastien Thössen und Daniel erst recht entbrennen. Den Vergewaltigern kann es einerlei sein, ob die beiden „Großmächte“ sich sanften oder gemeinsam ihre Profitpolitik betreiben.

Die allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1904 mit einem recht ansehnlichen Gewinntrug ab. An Jahrgeldern wurden im Jahre 1904 5 234 290 M. gegen 3 721 988 M. im Vorjahre eingenommen. Die Gesamt-Einnahmen betrugen 5 333 545 M., die Betriebsausgaben 3 985 929 M. und der Betriebsüberschuß 1 347 615 M. Hierzu tritt der Kursgewinn und Effektenzinsen mit 14 297 M., andere Zinseneinnahmen mit 23 723 M. und der Vortrag aus 1903 mit 612 053 M. Davon kommen in Abzug die Gesamtabschreibungen mit 618 037 M., so daß ein Reingewinn von 1 887 263 M. verbleibt. Die Dividende beträgt 14 Proz.

Die Mitteldeutsche Kreditbank hat, wie die meisten anderen Großbanken, ihr Geschäftsgebiet im letzten Jahre etwas ausgedehnt, doch nur in bescheidenem Maße. Nach dem Geschäftsbericht beträgt der im Jahre 1904 erzielte Bruttogewinn einschließlich des Vortrages von 650 496 M. aus dem Jahre 1903 — 5 882 787 M. (i. V. 5 372 548 M.). Dagegen sind erforderlich für Unkosten 1 688 710 M. (i. V. 1 331 339 M.), für Abschreibungen 97 379 M. (i. V. 180 788 M.), darunter auf Debitoren 34 655 M.). Als Reingewinn bleiben 4 146 697 M. (i. V. 3 643 730 M.), von dem 6 Proz. (für 1903 5 1/2 Proz.) Dividende verteilt werden.

Der Eisenbahnbau in den Vereinigten Staaten von Amerika ist im letzten Jahre nicht so beträchtlich gewesen als im Jahre 1903. Gebaut wurden im Jahre 1904 in den Vereinigten Staaten von Amerika neue Eisenbahnlinien in einer Gesamtlänge von 4168 englischen Meilen (1 Meile gleich 1624 Meter); hinter dem Vorjahre, das 5786 Meilen neuer Bahnen aufzuweisen hatte, blieb also die Bautätigkeit um ungefähr 25 Proz. zurück.

Am stärksten war die Bautätigkeit im Staate Missouri, in dem 372 englische Meilen Bahnlänge fertiggestellt wurden, dann folgen der Reihe nach Texas, Minnesota, Westvirginien, Pennsylvania, Mississippi, Nevada und Kalifornien.

Das Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten soll nach „Poores Manual“ Ende 1903 207 784 Meilen betragen haben und würde somit Ende 1904 auf rund 212 000 Meilen gleich 341 108 Kilometer ausgebaut sein.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des westlichen Westfalen (Stuhrgebiet) werden eine umfangreiche Agitation entwickeln, um die Arbeiter über die Bedeutung des Vergewaltigerstreiks aufzuklären. Zunächst soll im ganzen Bezirk ein Flugblatt verbreitet werden und vom 5. März an sollen allenthalb Versammlungen veranstaltet werden zur Besprechung des Streiks und seiner Lehren. Es sind bereits eine große Anzahl tüchtiger Redner für diesen Zweck gewonnen.

Außerdem werden am 18. März in dem Bezirk Versammlungen arrangiert, um für die russischen Freiheitskämpfer zu demonstrieren.

Im Schützenhofe in Bochum, dem Riesensaale, der an 7000 Personen faßt, fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung statt, in der Que und Sacke über den Vergewaltiger-Streit sprachen. Der Saal war überfüllt. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen.

Die heute im Schützenhof tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstags-Abgeordneten Que, einverstanden, insbesondere einverstanden mit den Ausführungen betr. die am vorigen Sonntag im selben Saale gehaltenen Rede des Abg. Brust, der sich während des ganzen Streiks weit vom Schutze gehalten, nach dem Streik aber nichts eiligeres zu tun hat, als die Einigkeit der Arbeiter zu zerstören.

Die Versammlung erklärt sich ferner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, wonach die soziale Frage für die Vergewaltiger wie für das gesamte Volk nur gelöst werden kann durch die Enteignung des Grundbesitzes, die Durchführung der Produktion auf der sozialistischen Grundlage überhaupt.

Die Versammlung erklärt — überzeugt von der Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit der privatkapitalistischen Produktionsweise, deren unheilvolle, gemeinschädliche Wirkung im Vergewaltigerstreik zum Ausdruck kommt — mit aller Energie dahin zu wirken, daß die privatkapitalistische von der sozialistischen Produktionsweise recht bald abgelöst wird. Um dies zu erreichen, verpflichten sich die Versammelten, neben der gewerkschaftlichen Organisation auch die politische Organisation zu stärken.

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltiger- und völkereindlichen Bestrebungen des Vergewaltigers Engel, die zu russischen Zuständen führen würden.

Die Versammlung entbietet den im Kampfe um ihre Menschenrechte stehenden russischen Freiheitskämpfern ihre vollste Sympathie.

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens beginnt am Dienstag, den 25. April, im Volkshaus „Nobbi“ zu Leipzig. Zur Erledigung der Geschäfte sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Zentralkomitees: a) Organisation. b) Agitation. Referenten: Sindermann und Braune. 2. Die Steuererhebung in Sachsen. Ref.: Hermann Goldstein. 3. Die Landtagswahlen. Ref.: Fritz Geier. 4. Die Armen-Verfassung in Sachsen. Ref.: D. Lange. 5. Anträge der Parteigenossen. 6. Wahl des Ortes für das Zentralkomitee. 7. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Anträge sind bis zum 10. April an das Zentralkomitee (Carl Sindermann, Dresden, Zwingerstr. 23, einzusenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Aus § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde der Redakteur der „Vergewaltiger-Zeitung“, Genosse Jansche in Bochum, von der dortigen Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte in einem Aufruf an die Streitenden denjenigen als Feindling und lächerlichen Maulhelden bezeichnet, der den ausgenommenen Kampf abbreche, bevor die Glebener-Kommission dies anordne. Von bestimmten Personen war nicht die Rede. Durch dieses Urteil sind die Arbeitswilligen als Gesamtheit zum Range einer Art öffentlicher Korporation aufgerückt.

Soziales.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft hielt am 21. Februar ihre Generalversammlung ab.

Der Geschäftsführer von Elm erstattete zunächst den Geschäftsbericht. Der Absatz der Genossenschaft im Jahre 1904 hat sich gegenüber dem Vorjahre um 22 Proz. von 10 585 Wille auf 12 695 Wille gesteigert. Vom Gesamtabsatz betrug der Absatz an die Konsumvereine 1903 53 Proz., 1904 56 4 Proz.

Das Gesamtergebnis für 1904 ist ein außerordentlich günstiges. Von dem Bruttogewinn von 30 245 M. hat die Verwaltung beschloffen, an Warenrückvergütung und Lohnzuschlag 4 Proz. zu zahlen. Auf den Bezug der Konsumvereine kommt demnach eine Warenrückvergütung von 12 121 M. zur Auszahlung; an die übrige Konsumvereine zusammen 6461 M. Auf die Gesamtlohnsumme von 181 731 M. wird ein Lohnzuschlag von 7269 M. bezahlt.

Die Genossenschaft beschäftigte im Jahre 1904 233 Personen, davon in Hamburg 82, in Frankenberg 151 Personen. Die Warenschulden betragen nach der Bilanz 68 384 M.; die ausstehenden Forderungen 61 657 M.; die Warenvorräte an Tabak und Zigarren 221 947 M.

Die Geschäftsanteile der Mitglieder hatten Ende 1904 eine Höhe von 28 193 M., erreicht, außerdem verfügt die Genossenschaft über 105 728 M. eigenes Betriebskapital. Von dem Reingewinn von 13 394 M. wird beschloffen, 6 Proz. gleich 1846 M. auf das Anteilstkonto der Mitglieder zu zahlen und den Restbetrag dem Betriebs- und Dispositionsfonds zuzusetzen.

Dem Vorstand wurde Decharge erteilt.

Ueber den Antrag der Verwaltung, für die Folge keine Einzelmitglieder, sondern nur noch Konsumvereine, Genossenschaften und Einkaufsgesellschaften als Mitglieder aufzunehmen, entspann sich eine längere Debatte. Zur Begründung des Antrages hob v. Elm hervor, daß der tatsächliche Inhaber des Geschäfts schon jetzt die Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sei. Mit den diesjährigen Aufzeichnungen werde dieselbe für ca. 24 000 M. Anteile besitzen. Demgegenüber kämen die Anteile der Einzelmitglieder nicht mehr erheblich in Betracht; im Jahre 1904 hätten sich nur 4 Mitglieder der Genossenschaft angeschlossen. Wirkliches Interesse für die Genossenschaft hätten nur die älteren Mitglieder, die sich derselben angeschlossen hätten während der Zeit, in welcher die Genossenschaft für die eingezahlten Anteile keine Zinsen bezahlte. Die Umwandlung der Genossenschaft zu einer Produktiv-Abteilung der Einkaufsgesellschaft sei nur eine Frage der Zeit; seit Einführung der Warenrückvergütung an die Konsumenten hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft aufgehört, eine reine Produktiv-Genossenschaft zu sein, das Mitglied derselben bildeten heute die Konsumvereine. Die Produktiv-Genossenschaften, welche ihre Stütze nicht in dem organisierten Absatz der Konsumvereine fänden, sei die Entwicklungsmöglichkeit eine sehr schwache.

Im Jahre 1901 sei der Absatz an die Konsumvereine 43 Proz. gewesen, heute betrage derselbe schon 56,4 Proz., nach dieser Richtung werde sich die Entwicklung weiter vollziehen. Diesen Verhältnisse werde am besten dadurch Ausdruck gegeben, daß nur noch Genossenschaften zur Mitgliedschaft zugelassen würden.

Der Antrag der Verwaltung wurde schließlich mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Ellen Key.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Im „Vorwärts“ vom 24. Februar (Unterhaltungsblatt) knüpft „es.“ an einen Vortrag von Ellen Key kritische Bemerkungen über die Persönlichkeit der berühmten Schwedin. Es ist wohl einigen Parteigenossinnen gestattet, gegenüber der äußerst scharfen, beinahe höhnlichen Kritik des Verfassers auch ihre in vieler Hinsicht stark abweichenden Ansichten über Ellen Key hier zu vertreten.

Dabei wollen wir völlig absehen von dem Inhalt dieses speziellen Vortrages, den wir persönlich nicht hörten; indes konnte die Schriftstellerin in ihren Ausführungen ja immer nur in knapper Form die Grundzüge der Weltanschauung entwickeln, die sie seit Jahren bereits in ihren vielgelesenen Essays dextrirt. Und es will uns doch scheinen, als ob „es.“ diese Essays nicht allzu eifrig studiert hätte, sonst würde er schwerlich ein so verächtlich-abspredendes Urteil einer Frau gegenüber fällen, die fraglos eine der vornehmsten, geistig durchbildetsten und selbständigsten weiblichen Persönlichkeiten ist, die wir gegenwärtig besitzen. Mag man im übrigen ihre Anschauungen an vielen Punkten äußerst angreifbar oder mindestens oft inkonsequent finden; — dieses Urteil unterschreiben auch wir — trotz alledem bleibt Ellen Key ein Mensch, der stets mit ernstem Denken und reinem Willen an alle Erscheinungen des Lebens herankat, eine wirklich eigene Individualität, von der, wie vielleicht von wenigen anderen, Anregungen zu freierer und edlerer Lebensführung in weite Kreise getragen worden sind.

Wer die tiefste Sehnsucht des Jahrhunderts so fein zum Ausdruck bringen konnte, wie Ellen Key in ihren Essays: „Die Wenigen und die Vielen“, wer die Ideale der höchsten Persönlichkeitsentwicklung mit so starkem, sozialem Empfinden zu durchdringen sich nicht von einer Schwedin allerlei über „Seelenvollheit“ vor-„geschickte Anzeigen“, die in buntem Durcheinander Goethe und Nietzsche und Wackerlind und weiß der Himmel, wen sonst noch, zu einem trüben Brei vermischt. Und wenn der Verfasser meint, „eine Nation, die einen Goethe, einen Schiller, einen Heine besitzt, brauche sich nicht von einer Schwedin allerlei über „Seelenvollheit“ vor-„geschickte Anzeigen“, so möchten wir dazu bemerken, daß gewisse, spezifisch moderne Anschauungsformen auch in Goethe, Schiller und Heine noch gar nicht vorhanden sein konnten, wie denn Ellen Key tatsächlich weit mehr von Ibsen, Nietzsche und anderen Modernen beeinflußt ist.

Es bleibt gerade Ellen Key's hohes, geistiges Verdienst, die Elemente modernen Denkens, die uns Kunst, Philosophie und Wissenschaft liefern, zu einem selbstgefügten Gedankenbau verschmolzen, sie zu einer modernen Philosophie des Lebens umgeschmiedet zu haben. Ellen Key — das geben wir gern dem Verfasser zu — mag dabei oft mit überflüssigen Worten operieren, hinter denen kein greifbar klarer Inhalt steht — ist das aber wirklich eine Befonderheit gerade der schwedischen Denkerin? Sollte sich der gleiche Vorwurf nicht hundertfach verstärlt z. B. Nietzsche gegenüber begründen lassen, den sie, wie „es.“ meint, neben so vielen anderen bewässert? „Es gibt eben Dinge, über die man nicht endlos redet, sondern man tut sie“, meint „es.“ Es ist schwer zu begreifen, wohin er damit zielt. Ellen Key hat — unfereßliches Wissen — ihr Leben stets in vollem Einklang mit ihrem Denken und Fühlen gelebt; sie hat ihr Wirken nicht auf bürgerliche Kreise beschränkt, sondern ist jederzeit energig für die weitgehendsten, proletarischen Forderungen eingetreten. Sie hat unter den Arbeiterinnen ihres Landes durch persönliche Agitation Aufklärung und Bildung zu verbreiten gestrebt: heißt das nicht tun, was sie redete? Dem eigentlich politischen Kampf sich zu widmen, heißt einmal nicht jeder Meinung, und Fähigkeiten, und wie hoch der Sozialdemokrat sehr berechtigter Weise auch immer diesen ersten, politischen Kampf werten möge: so bleibt es doch unhistorisch und ungerecht, den Kämpfer auf rein geistig-sittlichem Gebiete ohne weiteres zu den schwächlichen Träumern zu werfen.

Darum achten und verehren auch wir sozialdemokratischen Frauen — trotz aller Meinungsdivergenzen im einzelnen — Ellen Key als Kämpferin für eine freiere und eigennere Lebensgestaltung und als große und wahrhaftige Frauenpersönlichkeit.

Bankw. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Vereins für Frauen und Mädchen findet Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Riechischen Lokal, Berlinerstraße 52, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Frau Dr. Wegscheider-Biegler: „Die Frau und der Alkohol.“ 2. Diskussion. 3. Neuwahlen. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Gäste willkommen.

